



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

## **Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode: 1983/84**

03.09.1986 - Sitzung Nr.59

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

## 59. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. September 1986

### Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	3445
Eintritt des Abgeordneten Martin Thomas (GRÜNE) in die Bürgerschaft	3445
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	3446
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung	3446

#### Fragestunde

<b>1. Benachteiligung von Frauen bei Stellenausschreibungen im Beiblatt zum Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen</b>	
Anfrage der Abgeordneten Frau Bernbacher, Fücks und Fraktion der GRÜNEN vom 11. August 1986	3446
<b>2. Arbeitsverhältnisse im Rahmen des Sonderprogramms der Arbeitshilfe, Paragraph 19 Bundessozialhilfegesetz</b>	
Anfrage der Abgeordneten Busch, Kunick und Fraktion der SPD vom 18. August 1986	3447
<b>3. Finanzmanipulationen der Neuen Heimat in Bremerhaven</b>	
Anfrage des Abgeordneten Fücks und Fraktion der GRÜNEN vom 21. August 1986	3448
<b>4. Angebliche Haushaltseinsparungen durch Verlegung des Landesamts für den Datenschutz</b>	
Anfrage der Abgeordneten Teiser, Neumann und Fraktion der CDU vom 26. August 1986	3449
<b>5. Atomare Waffen in den bremischen Häfen</b>	
Anfrage des Abgeordneten Bischoff und Fraktion der GRÜNEN vom 27. August 1986	3451

#### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes**

Mitteilung des Senats vom 5. August 1986 (Drucksache 11/682)	
1. Lesung	
2. Lesung	

D a z u

#### **Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN vom 27. August 1986**

(Drucksache 11/695)

#### **Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 1. September 1986**

(Drucksache 11/697)

Abg. Frau Fröhlich (SPD)	3452
Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE)	3454
Abg. Niederbremer (CDU)	3457
Senator für das Bauwesen Meyer	3459
Abstimmung	3462

#### **Härtefonds für Opfer des Nationalsozialismus**

Antrag der Fraktion der GRÜNEN vom 9. Juni 1986 (Drucksache 11/644)

#### **Härterege lung für Opfer des Nationalsozialismus**

Antrag der Fraktion der SPD vom 26. Juni 1986 (Drucksache 11/667)

#### **Härterege lung für Opfer des Nationalsozialismus**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 1. September 1986 (Drucksache 11/698)

Abg. Fücks (GRÜNE)	3463
Abg. Beckmeyer (SPD)	3465

Abg. Klein (CDU) .....	3468	Abg. Fücks (GRÜNE) .....	3501
Senator für Umweltschutz und für Arbeit Frau Lemke .....	3471	Senator für Finanzen Grobecker .....	3503
Abg. Fücks (GRÜNE) .....	3472	Abg. Klein (CDU) .....	3505
Abg. Beckmeyer (SPD) .....	3473	Senator für Finanzen Grobecker .....	3506
Abstimmung .....	3474		
<b>Verhinderung der „Wunderland-Ansiedlung“</b>			
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. August 1986 (Drucksache 11/686)			
Senatsdirektor Dr. Hennemann .....	3475	<b>Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Aus- führung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbe- schädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr</b>	
Abg. Hollweg (CDU) .....	3475	Mitteilung des Senats vom 22. Juli 1986 (Drucksache 11/678)	
Abg. Schmurr (SPD) .....	3478	1. Lesung .....	
Abg. Fücks (GRÜNE) .....	3481	3507	
Abg. Hollweg (CDU) .....	3484	<b>Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49 vom 27. Juni 1986</b>	
Senatsdirektor Dr. Hennemann .....	3485	(Drucksache 11/670) .....	
		3507	
<b>Bericht über die bremischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus</b>			
Mitteilung des Senats vom 16. Juni 1986 (Drucksache 11/654)			
Senator für Inneres Kröning .....	3486	<b>Bericht des Petitionsausschusses Nr. 50 vom 18. August 1986</b>	
Abg. Thomas (GRÜNE) .....	3489	(Drucksache 11/688) .....	
Abg. Frau Leinemann (SPD) .....	3492	3507	
Abg. Focke (CDU) .....	3494	<b>Stellungnahme des Senats zum 8. Jahresbe- richt des Landesbeauftragten für den Daten- schutz</b>	
		Mitteilung des Senats vom 22. Juli 1986 (Drucksache 11/679) .....	
		3507	
<b>Investitionsprogramm für das Land und die Stadtgemeinde Bremen</b>			
Mitteilung des Senats vom 10. Juni 1986 (Drucksache 11/647)			
<b>Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. Juni 1986</b>			
Mitteilung des Senats vom 19. August 1986 (Drucksache 11/689)			
Abg. Klein (CDU) .....	3496	<b>Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung (Aufnahme des Um- weltschutzes) .....</b>	
Abg. Klatt (SPD) .....	3498	3507	
		<b>Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Rundfunkwe- sen“ .....</b>	
		3508	

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Lange, Thielke.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Frau Knorr**

**Vizepräsident v. d. Schulenburg**

**Schriftführer Pötting**

**Schriftführer Sixt**

**Schriftführer Urban**

---

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Senator für Jugend und Soziales

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug und für  
Bundesangelegenheiten **Kahrs** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

Senator für Finanzen **Grobecker** (SPD)

Senator für Inneres **Kröning** (SPD)

Senator für Umweltschutz und für Arbeit Frau **Lemke** (SPD)

---

Senatsdirektor **Dr. Fuchs** (Senator für Finanzen)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Jugend und Soziales)

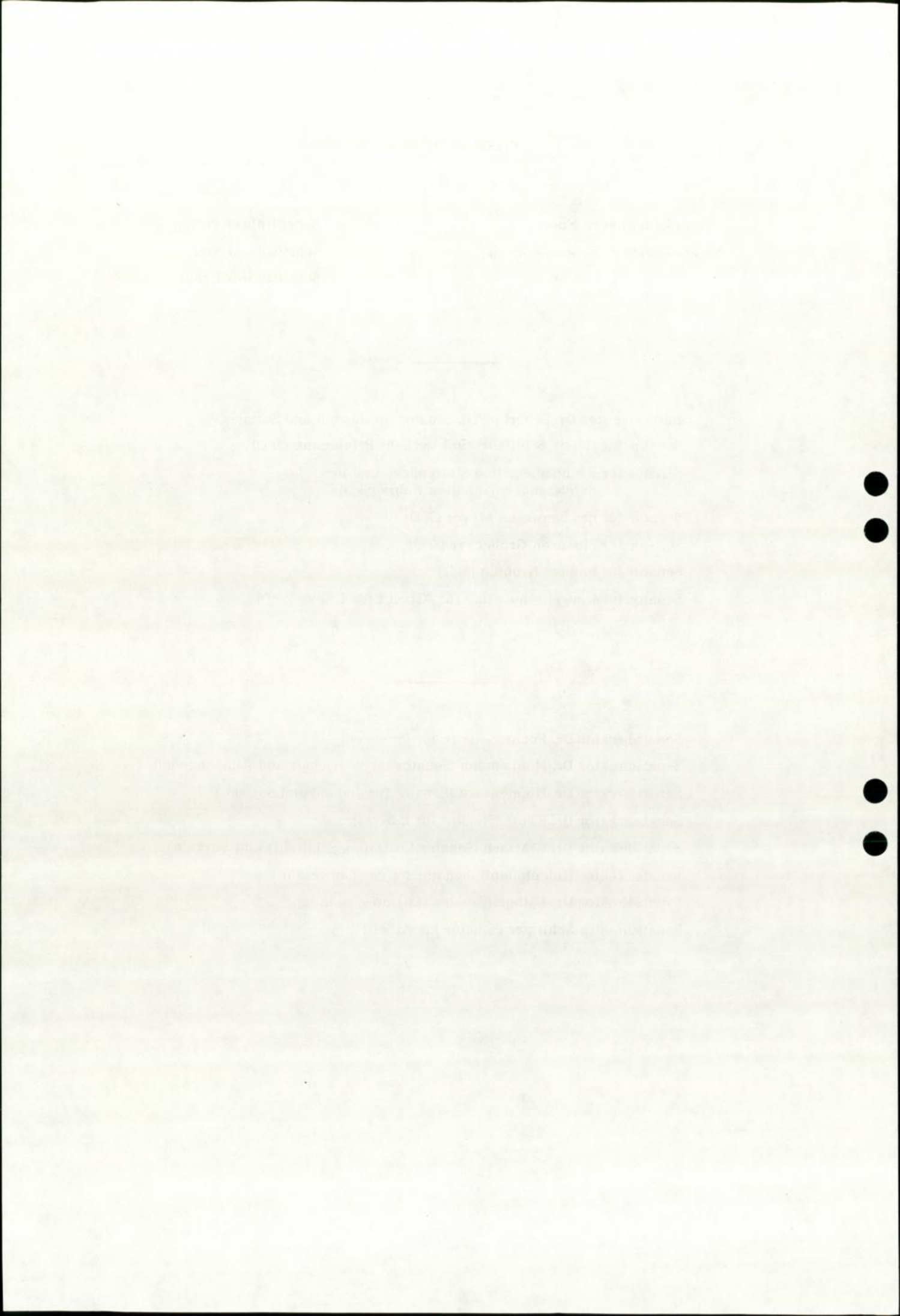
Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Dr. Kratzsch** (Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr)

Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Dr. Lüthge** (Senator für Umweltschutz)

Senatsdirektor **Schirmer** (Senator für Arbeit)



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 59. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Gewerblichen Lehranstalten im Schulzentrum Bürgerpark in Bremerhaven, das zweite Panzerartilleriebataillon 325 aus Schwanewede, eine Klasse der Schule Kattenturm und ein Gemeinschaftskundekurs vom Schulzentrum Horn.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 unserer Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Härteregelung für Opfer des Nationalsozialismus, Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 1. September 1986, Drucksache 11/698.

Ich schlage Ihnen vor, diese Entschließung, die gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als dringlich gilt, zusammen mit den Tagesordnungspunkten vier und fünf zu beraten.

Ergibt sich dagegen Widerspruch?

Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

(B) 2. Ölunfall in Bremerhaven, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 1. September 1986, Drucksache 11/699.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer mit der dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß ich den Antrag zusammen mit Tagesordnungspunkt neun, der unter dem gleichen Betreff steht, aufrufe.

Auch hier stelle ich Einverständnis fest.

3. Sicherung des Grundrechts auf Asyl, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD vom 2. September 1986, Drucksache 11/701.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer mit der dringlichen Behandlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, eine Verbindung mit den Tagesordnungspunkten 14 und 15 vorzunehmen, sie haben den gleichen Betreff.

Auch hier stelle ich Einvernehmen fest.

Meine Damen und Herren, zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen. Sie betreffen erstens die dringliche Behandlung von Anträgen, und zwar handelt es sich hier um den Antrag der Fraktion der SPD zur Ölunfallbekämpfung, Drucksache 11/693, um den Antrag der Fraktion der SPD und nunmehr auch der CDU zum Wahlkampfkostengesetz, Drucksache 11/702, und um den Antrag der Fraktion der GRÜNEN zum Beschäftigungsförderungsgesetz, Drucksache 11/696.

Zweitens wurden interfraktionelle Absprachen getroffen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte vier und fünf, es geht hier um den Härtefonds, der Punkte acht und 25, es geht hier um das Investitionsprogramm beziehungsweise um die Haushaltslage, der Punkte zehn und elf, hier geht es um Hafenschlick, 14 und 15, es handelt sich um das Asylrecht, und ferner um die Tagesordnungspunkte 22 und 23, hier geht es um die Petitionsausschußberichte.

Drittens wurden interfraktionelle Absprachen getroffen zur Aussetzung der Punkte sechs, er betrifft die Verfassungsänderung, 13, hier geht es um Selbsthilfegruppen, und 20, hier geht es um die Abfallbeseitigung.

Weitere interfraktionelle Absprachen wurden getroffen zur Umstellung der Tagesordnung, und zwar soll die Aktuelle Stunde zu Beginn der Sitzung am Donnerstag stattfinden. Im Anschluß daran soll der Antrag zum Wahlkampfkostengesetz beraten werden. Tagesordnungspunkt 18, hier geht es um Wunderland, soll zu Beginn der heutigen Nachmittags-sitzung aufgerufen werden. Soweit die interfraktionellen Absprachen!

Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, der Landeswahlleiter hat mir mitgeteilt, daß Herr Martin Thomas am 1. August für den ausgeschiedenen Abgeordneten Uwe Voigt in die Bremische Bürgerschaft eingetreten ist. Herr Thomas ist uns allen von seiner Tätig-

(C)

(D)

(A) keit als Assistent der Fraktion der GRÜNEN bekannt.

Ich begrüße Herrn Thomas in unserem Kreis und wünsche ihm viel Erfolg in seiner parlamentarischen Arbeit!

(Beifall)

Die Fraktion der GRÜNEN hat mitgeteilt, daß Herr Thomas bereits zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde.

(Heiterkeit — Abg. S t i c h w e h [SPD]: Eine Karriere!)

Die weiteren Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

**I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung**

Gentechnologie und Reproduktionsbiologie

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 1. September 1986  
(Drucksache 11/700)

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der Sitzungen am 1. und 2. Oktober 1986.

**II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung**

1. Übergang von der Orientierungsstufe auf weiterführende Schulen beziehungsweise nach der 10. Klasse in die gymnasiale Oberstufe

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 25. Juni 1986  
(Drucksache 11/675)

D a z u

Antwort des Senats vom 8. Juli 1986

2. Verweildauer in der Oberstufe eines Gymnasiums

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 25. Juni 1986  
(Drucksache 11/676)

D a z u

Antwort des Senats vom 8. Juli 1986

3. MBA Bremerhaven

Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN  
vom 4. Juli 1986  
(Drucksache 11/680)

D a z u

Antwort des Senats vom 22. Juli 1986

4. Zinssatz für öffentliche Baudarlehen

Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN  
vom 8. August 1986  
(Drucksache 11/690)

D a z u

Antwort des Senats vom 19. August 1986

**III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung**

1. Entscheidung des 89. Deutschen Ärztetages 1986.
2. Schreiben des indischen Generalkonsulats, Hamburg, zur Stiftung eines internationalen Preises zu Ehren von Frau Indira Gandhi.
3. Schreiben der Deutschen BP Aktiengesellschaft zu den Altölregelungen im neuen Abfallgesetz.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Fragestunde**

Im Rahmen der Fragestunde sind fünf Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit der **Benachteiligung von Frauen bei Stellenausschreibungen im Beiblatt zum Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Bernbacher, Fücks und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Bernbacher, die Anfrage zu stellen!

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wer ist dafür verantwortlich, daß — hier nur beispielhaft genannt — im Beiblatt zum Amtsblatt Nummer 16 vom 22. 7. 1986 etliche Stellen nicht geschlechtsneutral ausgeschrieben sind?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat, daß insbesondere die Senatorin für Umweltschutz und das Wasserwirtschaftsamt offenbar nur männliche Bewerber suchten?

Drittens: Wie will der Senat künftig sicherstellen, daß das Gebot der geschlechtsneutralen Arbeitsplatzausschreibung aus Paragraph 611 b BGB, der immerhin schon seit 1980 gilt, in seinem Einflußbereich durchgesetzt wird?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Grobecker.

**Senator für Finanzen Grobecker:** Herr Präsident, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: Die Verantwortung für die Ausschreibung der Stellen und für die Formulierung des Ausschreibungstextes liegt bei den jeweiligen Ressorts. Die Veröffentlichung der Stellenausschreibungen erfolgt zentral über die Senatskommission für das Personalwesen.

Zweitens: Die in der Frage angesprochenen Stellenausschreibungen ausschließlich in der männlichen Form beim Senator für Umweltschutz und beim Wasserwirtschaftsamt sind bedauerlicherweise durch ein Versehen verursacht worden. Die an die Frage geknüpften Unterstellung, daß nur männliche

(C)

(D)

(B)

- (A) Bewerber gesucht wurden, ist falsch. Unter den wenigen Bewerbern ist auch eine Frau.

Seit dem Bestehen des Umweltschutzressorts sind Stellenausschreibungen in 16 Amtsblättern beziehungsweise in örtlichen und überörtlichen Publikationen stets sowohl in der männlichen als auch in der weiblichen Form erschienen. Von den insgesamt 30 ausgeschriebenen Stellen beim Senator für Umweltschutz wurden 13 mit Frauen besetzt.

Drittens: Die Senatskommission für das Personalwesen wird aufgrund ihrer koordinierenden Funktion weiterhin darauf hinwirken, daß das Gebot der geschlechtsneutralen Arbeitsplatzausschreibung von den Ressorts eingehalten wird.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:  
Nein, danke!)

Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann bedanke ich mich bei Herrn Senator Grobecker. Damit ist die erste Anfrage erledigt.

Die zweite Anfrage befaßt sich mit den **Arbeitsverhältnissen im Rahmen des Sonderprogramms der Arbeitshilfe, Paragraph 19 Bundessozialhilfegesetz**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Busch, Kunick und Fraktion der SPD.

- (B) Ich bitte den Abgeordneten Busch, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Busch** (SPD): Wir fragen den Senat:

Welchen Stellenwert mißt der Senat dem Sonderprogramm nach Paragraph 19 Bundessozialhilfegesetz für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger zu, wie viele Arbeitsplätze werden zur Zeit im Rahmen dieses Programms angeboten, und in welchen Bereichen werden die Arbeitnehmer eingesetzt?

a) Sind zur Zeit alle Arbeitsplätze besetzt, und wie hoch ist der Anteil weiblicher Beschäftigter?

b) In welchem Umfang konnten Teilnehmer ins Berufsleben eingegliedert werden und/oder Ansprüche nach dem Arbeitsförderungsgesetz erwerben?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

**Bürgermeister Dr. Scherf, Senator für Jugend und Soziales:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat betrachtet das Sonderprogramm von bisher 100, in Zukunft 200 befristeten Stellen im Rahmen von Paragraph 19 Bundessozialhilfegesetz als bedeutsame Ergänzung seiner arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die Gruppe der langfristig Arbeitslosen und hier besonders der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger. Es richtet sich an solche Langzeitarbeitslose, die nicht die Voraussetzungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nach dem Arbeitsför-

derungsgesetz erfüllen. Für sie bedeutet es einen wichtigen Beitrag zu mehr beruflicher, sozialer und nicht zuletzt sozialrechtlicher Absicherung, die insbesondere erstmals oder wieder den Zugang zu den Programmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz eröffnet.

Nach einer kürzlich vorgenommenen Stichprobe waren die Arbeitnehmer zu 27 Prozent bei Behörden und zu 73 Prozent bei freigemeinnützigen Trägern, zum Beispiel Wohlfahrtsverbänden, Bürgerhäusern, Kirchengemeinden, beschäftigt. Am 1. Juli 1986 war das bisherige Kontingent von 100 Stellen voll ausgeschöpft. Die sukzessive Besetzung der vom Senat am 24. Juni 1986 zusätzlich bereitgestellten Stellen wird vorbereitet.

Der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer lag bisher bei 43 Prozent. Etwa 17 Prozent der Beschäftigten konnten über den zeitlichen Rahmen des Sonderprogramms von in der Regel einem Jahr zumindest vorübergehend eine Anschlußbeschäftigung erreichen. 78 Prozent der im Sonderprogramm Beschäftigten haben eine Anspruchsberechtigung nach dem AFG erworben und konnten so ganz oder teilweise auf Sozialhilfeleistungen verzichten.

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bei den anderen auch nicht! Dann stelle ich fest — —.

(Zurufe)

Bitte sehr, Herr Abgeordneter Helmke!

Abg. **Helmke** (GRÜNE): Eine Frage! Wie viele sind wohl von denen, die eine Weiterbeschäftigung erfahren haben, in eine Umschulungsmaßnahme hineingekommen? Ist das bekannt?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Dr. Scherf:** Das kann ich jetzt aus dem Stand nicht sagen. Wir haben eine sehr genaue Untersuchung angestellt. Ich gebe sie Ihnen gern schriftlich oder in der Deputation, Herr Helmke. Wir haben praktisch jeden einzelnen Fall weiterverfolgt. Daraus kann man ersehen, wer eine richtige Beschäftigung erreicht hat oder wer in eine anschließende Umschulungsmaßnahme gekommen ist.

**Präsident Dr. Klink:** Diese Frage wird also anderenorts und zu anderer Zeit beantwortet werden. Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann bedanke ich mich — —.

(Zurufe von der CDU)

Entschuldigung! Bitte sehr, Herr Erfurth!

Abg. **Erfurth** (CDU): Könnten Sie bitte noch einmal sagen, Herr Bürgermeister, in welchem Umfang Sozialhilfe eingespart werden konnte „zu Lasten“ der Beitragszahler?

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Bürgermeister!

**Bürgermeister Dr. Scherf:** Wir haben mit der Finanzverwaltung über einen Zeitraum von ungefähr zweieinhalb Jahren spitz gerechnet. Wir kommen zu dem Ergebnis, daß diese einjährige, aus dem bremischen Sozialhilfehaushalt finanzierte Entlohnung sich für den bremischen Haushalt insgesamt rechnet. Wenn man einen Zeitraum von ungefähr 26 oder 27 Monaten nimmt, dann heben die inzwischen erworbenen Ansprüche nach dem Arbeitsförderungsgesetz die im übrigen sonst notwendige Sozialhilfe auf.

Die Gesamtsumme habe ich nicht im Kopf, ich kann sie Ihnen aber nachreichen. Ich glaube sogar, Sie haben die Unterlage, Herr Erfurth, schlagen Sie einmal nach! Darin stehen die Zahlen genau, aber ich liefere sie Ihnen auch gern nach.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen? — Jetzt sehe ich richtig hin! Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die zweite Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Dr. Scherf.

Die dritte Anfrage trägt die Überschrift „**Finanzmanipulationen der Neuen Heimat in Bremerhaven**“. Die Anfrage ist unterschrieben vom Abgeordneten Fücks und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Fücks, die Anfrage vorzutragen!

(B) **Abg. Fücks (GRÜNE):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Informationen liegen dem Senat zu dem Vorwurf vor, daß die Neue Heimat in Bremerhaven Anträge an die öffentliche Hand manipuliert hat, um staatliche Fördermittel bei der Veräußerung von Eigenheimen aus dem Bestand der Gesellschaft zu erlangen, obwohl die Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren?

Zweitens: Hat die Neue Heimat insbesondere Interessenten zum Kauf von Eigenheimen in Leherheide-Ost verleitet, die nicht über das erforderliche Eigenkapital verfügten, und sind deshalb rund 20 dieser Häuser inzwischen zwangsversteigert worden?

Drittens: Trifft es zu, daß solche Manipulationen im Amt für Bauförderung in Bremerhaven gedeckt wurden und daß die Finanzbehörde in Bremen spätestens seit 1984 von Unregelmäßigkeiten zu Lasten der öffentlichen Hand wußte?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Meyer.

**Senator für das Bauwesen Meyer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Über das Thema ist bereits in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft am 4. Juni 1985 sehr ausführlich diskutiert worden. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß der Senat vor Abschluß der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen

und des sich gegebenenfalls anschließenden gerichtlichen Strafverfahrens öffentlich keine Schuldzuweisungen vornehmen kann. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind bis heute nicht abgeschlossen.

Zu zwei: Ob die Neue Heimat Interessenten ohne das erforderliche Eigenkapital zum Kauf von Eigenheimen in Leherheide-Ost verleitet hat, ist ebenfalls Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung. Es gilt deshalb das zu eins Gesagte.

Nach Informationen des Senats hat es bisher zwölf Zwangsversteigerungen gegeben, wobei in einigen Fällen aber auch andere Ursachen als fehlendes Eigengeld, zum Beispiel Scheidung et cetera, ausschlaggebend waren.

Zu drei: Vor Abschluß des strafrechtlichen Verfahrens kann der Senat auch keine Stellungnahme zu den in der dritten Frage erhobenen Vorwürfen gegenüber dem Amt für Bauförderung abgeben.

Zu Kenntnissen des Senators für Finanzen ist festzustellen, daß dieser 1984 als Bürge aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten in einem 1980 von Bremerhaven bewilligten Fall nach Rückfrage durch das Amt für Bauförderung Bremerhaven darüber unterrichtet worden ist, daß die Angaben der Neuen Heimat Nordsee über das Eigengeld in dem betreffenden Bürgschafts- und Förderungsantrag unrichtig waren. — Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Fücks!

**Abg. Fücks (GRÜNE):** Herr Senator, könnten Sie uns mitteilen, welche Konsequenzen damals die Finanzbehörde aus dieser Information über die Antragsmanipulation zumindest in diesem einen Fall gezogen hat?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Meyer:** Die Finanzverwaltung ist sofort dahingehend tätig geworden, daß sie versucht hat, und zwar mit Erfolg, die notleidenden Bürgschaften einzutreiben. Die Neue Heimat hat seinerzeit darauf hingewiesen, daß dieser Fall eingetreten ist durch externe Akquisitoren, die nicht mehr bei der Neuen Heimat beschäftigt seien, und hat ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs die dem Land Bremen drohenden Schäden ausgeglichen. So ist insgesamt ein Betrag von 296 000 DM an „notleidenden Bürgschaften“ hereingekommen, so daß unmittelbar kein Schaden entstanden ist.

Ich füge hinzu, seitdem jetzt die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen und eventuell ein Verfahren eingeleitet wird, werden solche außergerichtlichen Einigungen von der Neuen Heimat abgelehnt, weil sie befürchtet, damit ein Anerkenntnis der Schuld einzugehen. Wir werden dies selbstverständlich dahingehend nachverfolgen, daß wir gegebenenfalls auch Strafantrag stellen.

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Fücks!

Abg. **Fücks** (GRÜNE): Herr Senator, wann ist mit einem Abschluß der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu rechnen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Meyer:** Dies befindet sich nicht in unserem unmittelbaren Zugriffsbereich. Ich habe nur den Eindruck, da die Akten vor wenigen Tagen an das Amt für Bauförderung in Bremerhaven zurückgeschickt worden sein sollen, daß die Ermittlungen unmittelbar vor dem Abschluß stehen.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Fücks!

Abg. **Fücks** (GRÜNE): Können Sie bestätigen, daß sich diese Ermittlungen nicht nur gegen die Neue Heimat, sondern auch gegen das Amt für Bauförderung in Bremerhaven richten?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Meyer:** Nach meinen Informationen werden auch mögliche Unregelmäßigkeiten im Amt für Bauförderung im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, wie auch aus der Antwort hervorgeht, mit untersucht.

(B)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die dritte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Meyer.

Die vierte Anfrage steht unter dem Betreff „**Angewandte Haushaltseinsparungen durch die Verlegung des Landesamts für den Datenschutz**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Teiser, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Teiser** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welches Ergebnis hat die durch Herrn Senator Kahrs in der Sitzung der Bürgerschaft vom 1. Juli 1986 zugesagte Prüfung der angeblichen Einsparungen durch Verlegung des Landesamts für den Datenschutz nach Bremen ergeben?

Bleibt der Senat bei seiner Aussage, daß für eine Neueinrichtung der Dienststelle in der Stadt Bremen keinerlei Kosten entstehen?

Auf welches Objekt beziehen sich die durch Herrn Senator Kahrs festgestellten 27 300 DM Einsparungen für Miete und Pacht?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Kahrs.

**Senator für Rechtspflege und Strafvollzug und für Bundesangelegenheiten Kahrs:** Herr Präsident,

meine Damen und Herren! Die Anfrage beantworte ich für den Senat wie folgt:

Zu eins: Die Prüfungen sind nicht abgeschlossen.

Zu zwei: Dies wird angestrebt.

Zu drei: Auf das Mietobjekt in Bremerhaven.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie Zusatzfragen?

(Abg. **Teiser** [CDU]: Ja, einige wenige!)

Bitte sehr, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Senator, trifft es zu, daß der Haushaltsausschuß gestern festgestellt oder einstimmig beschlossen hat, daß die Einsparungen, die vorgeschlagen werden, abgelehnt werden, daß der Haushaltsausschuß davon ausgeht, daß die Dienststelle in Bremerhaven bleibt und daß der Senat nur noch die Möglichkeit hat, das Landesamt nach Bremen zu verlegen, ohne dafür Kosten für die Neuerrichtung einer Dienststelle in Bremen vom Haushaltsausschuß bewilligt zu bekommen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Ihre Frage ist nicht von tiefer Verfassungskennntnis geprägt, Herr Teiser. Der Senat kann überhaupt nicht gezwungen werden.

(Abg. **Teiser** (CDU): Das habe ich auch nicht festgestellt!)

(D)

Das ist auch keine Feststellung oder keine zutreffende Feststellung.

Zunächst einmal möchte ich sagen, daß der Senat davon Kenntnis nehmen wird, daß der Haushaltsausschuß Einsparungsvorschläge des Senats ohne vorherige Kontaktaufnahme verworfen hat. Die Konsequenzen daraus sind nicht die, die Sie hier für sich meinen feststellen zu müssen. Der Senat wird in seiner Handlungsfreiheit dadurch überhaupt nicht eingeschränkt. Er kann nach wie vor am Standort Bremerhaven festhalten.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Senator, Sie haben in der Sitzung am 1. Juli 1986 hier festgestellt, daß Einsparungen von 97 000 DM zu erzielen seien, wenn die Behörde von Bremerhaven nach Bremen verlagert würde. Trifft es zu, daß die Summe der eventuell zu erzielenden Einsparungen sich bei der Vorlage für den Haushaltsausschuß mittlerweile auf unter 50 000 DM reduziert hat, und wie erklären Sie sich das?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Zunächst einmal darf ich korrigieren, ich habe diese Feststellung nicht getroffen, sondern ich habe vorgetragen, daß der Datenschutzbe-

(A) auftragte dieser Auffassung sei. Ob das eine zutreffende Zahl ist, wird sich letztendlich erst daraus ermitteln lassen, ob, wenn das Amt nach Bremen verlegt wird, eine kostenlose Unterbringung in einem Gebäude des Landes vorgenommen werden kann.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Senator, ist es für den Senat üblich, daß er erst Beschlüsse faßt, diese als A-Beschlüsse deklariert, die bis zum 1. Oktober zu vollziehen sind, sich nach der Beschlußlage auf Angaben von Dienststellenleitungen bezieht und erst anschließend sagt, wir müssen das noch einmal überprüfen, ob das fundiert ist?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Die Reihenfolge, Herr Teiser, ist natürlich völlig unrichtig. Der Senat hat beschlossen aufgrund von Recherchen der Arbeitsgruppe des Senats, das möchte ich Ihnen gern in Erinnerung rufen, und damals ist festgestellt worden von der Arbeitsgruppe des Senats, daß die Einsparungen etwa bei 100 000 DM liegen. Die Angaben des Datenschutzbeauftragten, die ich Ihnen das letzte Mal vorgetragen habe, decken sich in etwa damit. Ich habe aber ausdrücklich Bezug genommen auf Angaben des Datenschutzbeauftragten, so daß Ihre Argumentationskette in sich nicht schlüssig ist.

(B) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Eine noch! Herr Senator, wenn wir von den Zahlen, die in den Haushaltsausschuß eingebracht worden sind, über zu erzielende Einsparungen in Höhe von maximal 44 000 DM, wobei auch diese Angaben, wie Sie sicherlich wissen, noch nicht geprüft sind, die Umzugskosten abziehen, geschätzt 10 000 DM, und die Kosten für die Neuerrichtung der Dienststelle, die nach, sage ich einmal, Informationen aus den zuständigen Ämtern mit Leichtigkeit über 100 000 DM hinausgehen, wenn diese Einsparungen also nicht zu erzielen sind, können Sie dann hier für den Senat feststellen, daß das Landesamt in Bremerhaven verbleiben wird?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Ich teile Ihre Rechenprämisse nicht, ich bin anderer Auffassung, der Senat ist anderer Auffassung. Der Finanzsenator hat prüfen lassen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sich aus Postgebühren, Fernmeldegebühren, Bewirtschaftungskosten, Miete, Reisekosten eine Einsparung von 42 500 DM ergibt und daß sich durch Einsparung von zwei Dritteln Mann-Jahren weiterhin ein Betrag von 50 000 DM ergibt, insgesamt also 92 000 DM.

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Jährlich!)

Jährlich!

Wenn Sie davon ausgehen, daß, wenn das Amt nach Bremen verlegt wird, dem Datenschutzbeauftragten kein Dienstwagen zur Verfügung gestellt zu werden braucht, werden sich weitere Einsparungen zwischen 15 000 DM und 20 000 DM ergeben. Das heißt also, Ihre ganze Argumentationskette, Ihr Rechenwerk hängt völlig in der Luft, ist völlig ohne Hintergrund.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Senator, teilen Sie mit mir die Auffassung, daß das Einbringen von fiktiven Dienstwagen in Sparkonzepte nicht fast lächerlich ist?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Also, die Frage beantwortet sich selbst. Ich kann doch nicht auf solche Art Fragen hier Antwort geben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, ich frage Sie als Senatskommissar für den Datenschutz — bei Ihrem Ressort ist ja der Landesbeauftragte für den Datenschutz angesiedelt —:

(Senator **Kahrs**: Das ist zutreffend!)

Trifft es zu, daß in der Finanzvorlage für die letzte Sitzung des Haushaltsausschusses Ihre hier genannten Einsparungsbeträge nicht erwähnt waren, sondern lediglich Einsparungsbeträge nach Abzug der Umzugskosten von 33 000 DM, und daß gleichzeitig erwähnt wurde, daß die Kosten für die Unterbringung in einem bremischen Domizil noch offen seien?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Herr Klein, ich habe zu Punkt eins der Frage geantwortet, daß die Nachprüfungen nicht abgeschlossen sind. Das eine ist die Vorlage der Finanzverwaltung, und das andere ist eine Überprüfung gewesen, die in direktem Kontakt zwischen dem Datenschutzbeauftragten und einer Mitarbeiterin des Finanzsenators erfolgt ist.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Wir erklären Sie es sich dann, daß die Vorlage der Finanzverwaltung, die Sie offenbar inhaltlich einräumen, nicht Ihre Kostenpositionen mit übernommen hat?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Es ist nicht meine Kostenposition, sondern das ist eine Position, die mir vom Daten-

(C)

(D)

(A) schutzbeauftragten übermittelt worden ist, die sich ergeben hat aus Überprüfungen der Finanzverwaltung, die nicht abschließend festgestellt sind, Herr Klein.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Dann kann man also davon ausgehen, Herr Senator, daß die hier mehrfach von Ihnen der Bürgerschaft genannten Kostenpositionen so wenig abschließend geprüft sind, daß sie nicht Eingang finden konnten in eine abschließende Vorlage der Finanzverwaltung für die Haushaltsberatungen 1987?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Das hängt vom Zeitpunkt ab, Herr Klein, der Feststellungen dieser Zahlen. Die Vorlage, die Sie gestern zur Hand haben, ist älter als die Ergebnisse, die ich Ihnen heute vortrage.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Abschließende Frage, Herr Senator: Werden Sie als Senatskommissar für den Datenschutz dem Senat vorschlagen, den einstimmigen Beschluß des Haushaltsausschusses zu berücksichtigen, die Behörde des Datenschutzbeauftragten in Bremerhaven zu belassen?

(B) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Ich werde einen derartigen Vorschlag dem Senat nicht unterbreiten. Ich werde aber dem Senat diesen Beschluß des Haushaltsausschusses mitteilen und ihn bitten, erneut zu beraten.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Werden Sie kein Votum haben, Herr Senator, in dieser Frage?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Aber natürlich, aber ich werde Ihnen das hier nicht sagen, Herr Klein!

(Abg. **Klein** [CDU]: Auch nicht der Bürgerschaft?)

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Senator, in der Landtagsitzung am 1. Juli 1986 haben Sie, ohne sich auf den Chef des Landesamts in Bremerhaven, Herrn Büllesbach, zu beziehen, festgestellt: „Weitere Kosten der Neueinrichtung der Dienststelle entstehen nicht.“ Wie kann ich Ihre Aussage vom 1. Juli bewerten, wenn Sie heute erklären, daß diese Untersuchungen noch gar nicht abgeschlossen sind?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

(C)

**Senator Kahrs:** Ihr Vortrag ist nicht korrekt, Herr Teiser.

(Abg. **Teiser** [CDU]: Doch, es steht hier so!)

Sie müssen von Anfang an lesen! Ich habe in meinen Ausführungen über Zahlen ausdrücklich Bezug genommen auf den Datenschutzbeauftragten.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die Angelegenheit erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Kahrs.

(Beifall bei der SPD)

Die fünfte und damit die letzte Anfrage in der Fragestunde verlangt Auskunft über **atomare Waffen in den bremischen Häfen**. Die Anfrage trägt die Unterschriften des Abgeordneten Bischoff und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Bischoff** (GRÜNE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, daß das am 27. 9. 1986 in Bremerhaven erwartete amerikanische Schlachtschiff Iowa mit Marschflugkörpern und Raketen, die mit atomaren Sprengköpfen bestückt sind, ausgerüstet ist?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat die häufigere Präsenz — zum Beispiel Atom-U-Boote — von atomaren Massenvernichtungswaffen in den bremischen Häfen im Hinblick auf den Bürgerschaftsbeschluß vom 16. 3. 1983, Drucksache 10/1034?

Drittens: Teilt der Senat die Auffassung vieler Bürger, Verbände, Initiativen und auch des DGB, innerhalb bremischer Grenzen eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brinkmann.

**Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Brinkmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen eins und zwei: Die vorübergehenden Aufenthalte von Schiffen der Marinen befreundeter Staaten in den bremischen Häfen haben im Gegensatz zu der Annahme der Frage zwei nicht zugezogen. Im übrigen entsprechen solche Besuche den internationalen Gepflogenheiten.

Zu Frage drei: Der Senat besitzt nicht die Kompetenz, über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Bremen zu entscheiden.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Bischoff!

Abg. **Bischoff** (GRÜNE): Gibt es eine rechtliche Handhabe, atomar bestückten Schiffen den Zugang

(D)

(A) zu bremischen Häfen zu verwehren, wenn man es von bremischer Seite politisch will?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brinkmann:** Diese rechtliche Handhabe haben wir in Bremen nicht.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die fünfte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brinkmann.

Damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

### Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes

Mitteilung des Senats vom 5. August 1986  
(Drucksache 11/682)

1. Lesung
2. Lesung

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN  
vom 27. August 1986**  
(Drucksache 11/695)

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
vom 1. September 1986**  
(Drucksache 11/697)

(B)

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, daß die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer heutigen Sitzung beschlossen hat, die Tagesordnungspunkte drei bis fünf der Stadtbürgerschaft in die Debatte einzubeziehen. Die Abstimmungen selbst erfolgen dann in der Stadtbürgerschaft.

Wir kommen zur ersten Lesung über die Gesetzesvorlage.

Gemäß Paragraph 34 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung findet in der ersten Lesung zunächst eine allgemeine Besprechung der Gesetzesvorlage statt, ihr folgt in der Regel die Einzelberatung. Ich schlage Ihnen jedoch vor, die Änderungsanträge in die allgemeine Aussprache einzubeziehen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Die allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf des Senats, Drucksache 11/695, sowie über die Vorlagen der Stadtbürgerschaft mit den Drucksachen-Nummern 11/463 S, 11/464 S und 11/465 S ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Fröhlich.

Abg. Frau **Fröhlich** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt die Änderung des Bremischen Wassergesetzes, zumal diese Neuregelung dem Umweltschutz dient. Deshalb sind wir Sozialdemokraten sehr daran inter-

essiert, daß diese Gesetzesänderung so schnell wie möglich in Kraft tritt. (C)

Diese Gesetzesänderung ist auch deshalb notwendig, weil bisher im Bremischen Wassergesetz eine Regelung fehlte, die es ermöglicht, im Entwässerungsortsgesetz die notwendigen Ordnungswidrigkeitentatbestände aufnehmen zu können. Für ganz wichtig halten wir die Änderung des Paragraphen 133 Absatz 7 Ziffer 3, der besagt, daß die Gemeinden bestimmen können, daß die Einleitung von Abwässern in die öffentliche Kanalisation oder in Grundstücksentwässerungseinrichtungen, die von der Gemeinde entleert werden, untersagt oder widerruflich genehmigt werden kann. Hierdurch soll die ortsrechtlich vorgesehene Qualitätsüberwachung auch der Abwässer aus Schmutzwassersammelgruben und Kleinkläranlagen klargestellt werden, weil die bisherige Regelung nur Einleitungen in die Kanalisation betrifft.

Nun zum Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN! Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag aus folgenden Gründen nicht zu: Mit der Änderung des Bremischen Wassergesetzes sind nur die für ein schnelles Inkrafttreten und Umsetzen der neuen entwässerungsortsrechtlichen Regelungen verfolgt worden, und zwar, wie ich bereits vorher ausführte, zur Einbeziehung der Entsorgung der Schmutzwassersammelgruben und Kleinkläranlagen. Die landesrechtliche Umsetzung des fünften Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 25. 7. 1986 sollte nach unserer Auffassung gesondert erfolgen. Dies wird dann in detaillierterer Weise geschehen müssen, als es der Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN vorsieht. (D)

(Vizepräsident v. d. Schulenburg  
übernimmt den Vorsitz.)

Mit Ihrem Änderungsantrag würde lediglich die Vorbehandlung vor Kanaleinleitungen grundsätzlich mit dem Anforderungsniveau des Standes der Technik verknüpft.

Die in Punkt zwei des Antrags vorgesehene Regelung halten wir für unnötig. Eine der vorgeschlagenen Ergänzung vergleichbare Regelung ohne Beschränkung auf das Zehnfache des normalen Höchstbetrages ist bereits in Paragraph 17 des Ordnungswidrigkeitengesetzes enthalten und bereits geltendes Bundesrecht.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes zu und lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN ab.

Inzwischen ist, wie wir gehört haben, heute noch ein Antrag der Fraktion der CDU eingegangen. Auch diesen Antrag der Fraktion der CDU lehnt die SPD-Fraktion ab, weil durch Wegfall der Worte „durch Ortsgesetz“, wie es bisher enthalten war, nun die Möglichkeit besteht, daß neue fachliche Erkenntnisse über Schadstoffbegrenzungen, das heißt, über neue Grenzwerte zügiger umgesetzt und über Verordnungen geregelt werden können, die dann in

(A) den Deputationen noch diskutiert werden können. Sollte es dann in den Deputationen Probleme geben, besteht immer noch der Weg, dies ins Parlament einzubringen. Aus diesen genannten Gründen lehnen wir den CDU-Antrag zum Wassergesetz ab.

(Beifall bei der SPD)

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zum Entwässerungsortsgesetz. Das geltende Ortsgesetz über die Entwässerung in der Stadtgemeinde Bremen mußte überarbeitet werden, da sich die bundes- und landesrechtlichen Vorgaben wesentlich geändert haben. Mit diesem Gesetz sollen Gewässerverunreinigungen vermieden werden, wofür wir doch alle hier im Hause sind. Schmutzwassersammelgruben und Kleinkläranlagen werden nicht mehr vom Betreiber entleert, sondern die Stadtgemeinde muß die Entleerung vornehmen. Bisher wurden nicht unerhebliche Mengen von Grubenhaltungen unzulässig und umweltgefährdend beseitigt.

In Bremen gibt es zirka 3 000 Schmutzwassersammelgruben und zirka 800 Kleinkläranlagen. Durch das Kanalbaustufenprogramm wird sich die Anzahl der Gruben bis Anfang der neunziger Jahre um zirka 850 Gruben und die Anzahl der Kleinkläranlagen um zirka 180 vermindern. In Zukunft wird nun das Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung die Abfuhr der Abwässer aus den Schmutzwassersammelgruben und Schlämme aus den Kleinkläranlagen übernehmen. Mit dieser Regelung soll im Interesse des Gewässerschutzes gewährleistet werden, daß eine ordnungsgemäße Entsorgung erfolgt.

Besonders erwähnen möchte ich noch, daß der Paragraph 6 alternative Technologien nicht ausschließt wie zum Beispiel Wurzelraumentfernungsverfahren, Schilfrohrversuche oder viele andere, was heute noch gar nicht bekannt ist, was sich eventuell nach der Erprobung als wesentlich besser herausstellen könnte, als die hier eben genannten Verfahren.

Nun zu Ihren Änderungsanträgen, Frau Kollegin Bernbacher! Erstens, der Begriff des Abwassers ist bundes- beziehungsweise landesrechtlich vorgegeben, und kommunalrechtlich darf eine Erweiterung des Begriffes nicht erfolgen. Es ist völlig unbestritten, daß Straßen und Parkplätze zu den befestigten Grundstücksflächen zählen und daß das davon abfließende Niederschlagswasser somit Abwasser ist. Niederschlagswasser von nicht befestigten Flächen ist nach dem Wasserrecht kein Abwasser und kann auch nicht durch ortsgesetzliche Regelungen als Abwasser definiert werden, auch nicht unter Berücksichtigung einer erfolgten Verschmutzung.

Zweitens, die Möglichkeit, von den Einleitern eine Zwischenspeicherung zu verlangen, ist nach dem vorgelegten Ortsgesetzesentwurf in Fortführung der schon bisher geltenden Regelungen sowohl für Schmutzwasser — siehe hierzu Paragraph 8 Absatz 7 — als auch für Niederschlagswasser — siehe Paragraph 9 Absatz 1 und Absatz 2 — bereits vorgesehen.

Auch eine Vorbehandlung darf für nichthäusliches Schmutzwasser und für verschmutztes Niederschlagswasser bereits gefordert werden.

Drittens, wir sind der Auffassung, daß das von Ihnen Gewollte bereits in Anwendung des Paragraphen 4 Absatz 5 des Entwässerungsortsgesetzes erreichbar ist. Paragraph 4 Absatz 3 des Entwurfs des Entwässerungsortsgesetzes steht einer Umnutzung der Gruben von Kleinkläranlagen und Schmutzwassersammelgruben nicht entgegen.

Viertens, diese Ergänzung ist nicht erforderlich, weil der vorgelegte Entwurf die gewünschte Reinigung beziehungsweise Zwischenspeicherungsmaßnahme vor der Kanaleinleitung in Paragraph 9 Absatz 1 und Absatz 2 bereits vorsieht.

Fünftens, eine Vorbehandlung darf für nichthäusliches Schmutzwasser und für verschmutztes Niederschlagswasser bereits gefordert werden, dazu habe ich bereits beim Wassergesetz unsere Stellungnahme abgegeben.

Sechstens, der Entwurf umfaßt die Gewässer in jeder Beziehung, ohne bestimmte Aspekte besonders zu betonen.

Siebtens, die erforderlichen Kontrollen mit Kostentragungspflicht des Einleiters werden auf der Grundlage des Paragraphen 8 Absatz 7 des Entwässerungsortsgesetzes mit der Einleitungserlaubnis festgesetzt. Wir sehen es als nicht vertretbar an, einem Einleiter die Kosten etwa zusätzlicher Kontrollen auch dann aufzuerlegen, wenn das Ergebnis der Kontrolle das gesetzmäßige Verhalten des Einleiters bestätigt. Die mit Ihren Anträgen angestrebte umfassende Kostentragungspflicht des Einleiters für alle Kontrollen könnte auch die Gefahr eines Verstoßes gegen das Übermaßverbot mit sich bringen.

Achtens, eine vergleichbare Regelung ohne Beschränkung auf das Zehnfache des normalen Höchstbetrages ist nach Paragraph 17 des Ordnungswidrigkeitengesetzes bereits geltendes Bundesrecht.

Aus den von mir genannten Gründen lehnt die SPD-Fraktion die Änderungsanträge der GRÜNEN ab. Die SPD-Fraktion stimmt dem Entwässerungsortsgesetz zu.

(Beifall bei der SPD)

Nun, meine Damen und Herren, noch zum Entwässerungsgebührenortsgesetz! Aufgrund der Neuregelung des Entwässerungsgesetzes sind ergänzende gebührenrechtliche Bestimmungen erforderlich. In Zukunft wird nur noch eine einheitliche Entwässerungsgebühr erhoben. Die Gebühr ist danach zu bemessen, inwieweit die öffentliche Einrichtung tatsächlich benutzt wird.

Die Gebührenregelung berücksichtigt die Abfuhr und Behandlung von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen und von Abwasser aus Schmutzwassersammelgruben. Die Stadt muß nach dem Wassergesetz für diese Einrichtungen die Abwasserbeseitigungspflicht übernehmen. Besonders verschmutztes Nie-

(C)

(D)

(A) Niederschlagswasser von bebauten und befestigten Grundstücken ist im Gesetz auch erfaßt.

Umweltschutz, meine Damen und Herren, gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb erwähne ich hier auch noch die Gebühren. Für die Fäkalschlammabfuhr beträgt der Gebührensatz 2,90 DM je Kubikmeter, die Gebühr entspricht damit der gültigen Kanalbenutzungsgebühr.

Wir sind der Auffassung, daß dieser Gebührensatz gerechtfertigt ist, da die durchschnittlichen Kosten der Gemeinden je Haushalt beziehungsweise je Grundstück mit Kleinkläranlage — mit Abfuhr, Reinigung und Beseitigung des Klärschlammes — nahezu den Kosten entsprechen, die auf einen Haushalt entfallen, der an die öffentliche Kanalisation angeschlossen ist.

Höhere Kosten entstehen bei den Schmutzwassersammelgruben. Für die Abfuhr, Behandlung und Beseitigung wurden 17,50 DM pro Kubikmeter Abwasser errechnet. Die Betreiber von Schmutzwassersammelgruben zahlen einen Zuschlag von 4,10 DM, also sieben DM pro Kubikmeter Abwasser. Dieser Zuschlag, meine Damen und Herren, ist erforderlich, weil die Eigentümer der Grundstücke, die an die Kanalisation angeschlossen sind, durch Kanalbeiträge jedenfalls einen Teil der Einrichtung der kommunalen Abwasserbeseitigung finanziert haben.

(B) Für Besitzer von Schmutzwassersammelgruben, die ihre Grube bisher schon ordnungsgemäß betrieben haben, wird sich aufgrund der vorgesehenen Gebührenregelung eine erhebliche Kostenminderung ergeben. Kostensteigernd wird sich die Neuregelung nur dann auswirken, wenn die Betreiber von Sammelgruben in der Vergangenheit ihrer Verpflichtung zur regelmäßigen Entleerung nicht nachgekommen sind oder die Entleerung unter Umgehung der wasserrechtlichen Vorschriften vorgenommen wurde.

Die Neuregelung dieses Gesetzes umfaßt auch auf dem Grundstück verschmutztes Niederschlagswasser. Es muß als Schmutzwasser in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet werden, wenn es zur Schadstoffreduzierung nicht ausreichend vorbehandelt werden kann. Eine Gebühr von 2,90 DM pro Kubikmeter Abwasser ist nach unserer Auffassung gerechtfertigt, da die öffentlichen Abwasseranlagen belastet werden. Nach dem Entwässerungsorts-gesetz soll die Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser in die Kanalisation nur dann zugelassen werden, wenn alle Möglichkeiten der Vermeidung von Verschmutzungen oder auch der Vorbehandlung oder Rückhaltung von Schadstoffen ausgenutzt sind. Die Gebührenbelastung trägt also auch dazu bei, daß solche vorrangigen Lösungen allseits gesucht und unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion stimmt dem Entwässerungsgebührenortsgesetz zu und ebenfalls der Änderung des Ortsgesetzes über

die Abwälzung der Abwasserabgaben. — Vielen Dank! (C)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bernbacher.

Abg. Frau **Bernbacher** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Gesundes, gutes Wasser wird immer knapper und teurer, wenn wir weiter zulassen, daß täglich Unmengen von Schadstoffen in unsere Gewässer gelangen und Gifte aller Art im Boden versickern, und wenn wir das Grundwasser als unerschöpfliches Reservoir behandeln.

Nachdem die GRÜNEN seit Jahren über diese Gefahren und den dringenden notwendigen Wasserschutz reden, fordert die SPD-Fraktion im Bundestag bereits im August 1984 ein Sofortprogramm zum Schutz des Wassers. Hier in Bremen reagieren die Sozialdemokraten eher schleppend. Die in dem Antrag der SPD vorgeschlagenen Änderungen sind längst überfällig und erlauben keine großen Töne über fortschrittlichen Gewässerschutz an der Spitze der Bundesrepublik.

Die Fraktion der GRÜNEN fragt sich angesichts der neuen Progressivität in Bonn, warum die SPD in Bremen bei der jetzt anstehenden umständlichen Änderung in drei Lesungen nicht gleich die Punkte im Bremischen Wassergesetz berücksichtigt hat, für die sie in Bonn so vehement kämpft. Daher werde ich Sie, meine Damen und Herren, an die Forderungen der Sozialdemokraten in Bonn erinnern. (D)

In Übereinstimmung mit dem Sofortprogramm der SPD-Bundestagsfraktion von 1984 hätte das Bremische Wassergesetz folgende Änderungen erfahren müssen, und ich trage sie noch einmal vor, weil Frau Fröhlich versucht hat, unsere Änderungsvorschläge zu relativieren, um sagen zu können, wir tun dies alles schon.

Erstens, zur Änderung des Paragraphen 2 Absatz 1 des Bremischen Wassergesetzes! „Die Gewässer sind als Bestandteil des Naturhaushalts so zu bewirtschaften, daß deren natürlicher Zustand so weit als möglich erhalten oder wieder hergestellt wird.“ Gerade bei diesem Passus fällt uns Ihr Abstimmungsverhalten bei unserem Antrag auf ein Renaturierungsgutachten zur Mittelweser ein. Aber so ist das eben, in Bonn große Töne spucken, aber in Bremen kleine Brötchen backen!

Zweitens, zur Änderung des Paragraphen 2 Absatz 2 des Bremischen Wassergesetzes, die Aufnahme der Verpflichtung zum sparsamen Umgang mit Wasser, der Nutzung von Niederschlagswasser als Brauchwasser und der Verpflichtung, Abwasser zu vermeiden! Bei der Debatte um die Indirekteinleiter muß es doch allen klar sein, wie lebenswichtig der sparsame Umgang mit kostbarem Trinkwasser und Grundwasser ist und wie unerlässlich die Abwasservermeidung in Zukunft sein wird.

(A) Drittens, zur Änderung des Paragraphen 12 Bremisches Wassergesetz, der Anforderung an das Einleiten von Abwasser! Hier wäre eine Ergänzung im Sinne des SPD-Sofortprogramms in Bonn angebracht, nämlich, daß wassergefährdende Stoffe sowohl bei Direkt- als auch bei Indirekteinleitern nach dem Stand der Technik im Abwasser zu minimieren sind. Oder ist das in Bremen gegenüber den vielen Problembetrieben, die ihr Abwasser in den Kanal einleiten, nicht durchsetzbar? Müssen wir weiter mit Übergangsvorschriften für chemische Reinigungen und Galvanikbetriebe und anderen Dauerverschmutzern rechnen?

Viertens, zur Änderung des Paragraphen 144 Bremisches Wassergesetz, den Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe! Wo bleibt Ihre in Bonn vorgeschlagene Ergänzung, daß die unterirdische Lagerung von wassergefährdenden Stoffen nur dann zulässig ist, wenn die Gefährdung des Grundwassers oder anderer Gewässer wegen der geringen Menge auszuschließen ist? Verbeugen Sie sich hier in Bremen vor dem Nato-Tanklager in Farge mit seinen drei Millionen Litern giftiger, hochexplosiver Treibstoffe in unterirdischen Tanks, die sich dazu noch im Wasserschutzgebiet befinden? Tolerieren Sie die unterirdischen Tanks der Chemikalienhändler oder der Plastikverarbeiter und auch der Kaffeeröstereien? Wann werden Sie die Lagerstättenverordnung, die die Sicherheitsvorschriften regelt, hier endlich vorlegen und verabschieden? In anderen Bundesländern ist das längst geschehen.

(B)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Fünftens, zur Änderung des Paragraphen 126, der das Grundwasser betrifft! Hier gibt sich die Bonner SPD-Fraktion ganz fortschrittlich. Angesichts des zunehmenden Mangels an gutem Trinkwasser wird die Einführung einer Abgabe auf die Entnahme von Grundwasser durch Gewerbe und Industrie gefordert. Gilt das nicht auch für Bremen, wo sich zur Zeit die Bremer Wollkämmerei mit 1,5 Millionen Kubikmeter pro Jahr, einem Drittel des Nordbremer Trinkwasserbedarfs, sehr üppig bedient, während das Trinkwasser für die meisten Bremer Bürger aus dem 200 Kilometer entfernten Harz-Gebiet besorgt werden muß? Ich wiederhole noch einmal, 1,5 Millionen Kubikmeter gutes Trinkwasser für einen Industriebetrieb, und das auf viele, viele Jahre! Welch eine entsetzliche Verschwendung!

Auch an diesem Beispiel der Grundwasserentnahme scheiden sich die Geister in Ihrer Partei. Wortstark in Bonn, wo keine Konsequenzen zu fürchten sind, und kleinlaut in Bremen, wo man den Beweis antreten muß!

Nachdem nun die Kläranlage in Seehausen ihre Kapazität voll zu zeigen versucht, wird im Ablauf der Kläranlage immer deutlicher, welche Schadstoffmengen pro Tag die Reinigungsstufen überhaupt nicht zurückhalten können. Diese zum Teil sogar

(C) krebserregenden und fruchtschädigenden Substanzen, die durch die Kläranlage in die Weser quasi durchbrechen, stammen zum größten Teil nicht aus den Haushaltungen, sondern aus Gewerbe- und Industriebetrieben.

Diese durchbrechenden Schadstoffe belasten nicht nur die Weser und die Nordsee, sondern auch über eine höhere Abwasserabgabe für eben einen Teil der Substanzen unseren Haushalt. Die Novellierung der Bremischen Wassergesetze, um die Schadstoffflut in die Kanäle einzudämmen, ist also dringend geboten. Im Nacken sitzt dem Bremer Senat der Umstand, daß bei einer wesentlich geringeren Wassermenge pro Tag der Anteil von zum Beispiel Dichlormethan, einem unangenehmen und giftigen Vertreter der Chlorwasserstofffamilie, in Seehausen ähnlich groß ist wie der Frachtausstoß an der Klöckner-Hütte, nämlich zwei bis fünf Kilogramm pro Tag.

Doch können die hier über das Gesetzespaket abstimmen Abgeordneten nicht einmal überprüfen, ob das Kernstück der Entwässerungssatzung, nämlich die Festsetzung der konkreten Grenzwerte für Konzentration und Frachten pro Stunde, auch stark genug ist, daß die Kläranlage vor giftigen Abwässern geschützt wird, denn der Senat sieht vor, die Entscheidung über den wichtigsten Punkt des Gesetzes auf später zu verschieben und danach über Übergangslösungen nachzudenken. Jahre können darüber vergehen.

Diese Verschleppungstaktik, nur um rücksichtslose Wirtschaftsunternehmen vor mangelnden ökologischen und ökonomischen Auflagen solange wie möglich zu verschonen, können unsere Gewässer nicht mehr verkraften. Zuviel kostbare Zeit ist bereits jetzt versäumt worden. Nicht umsonst schlagen Wasserexperten landauf landab Alarm, und in der Journaille, selbst in den simpelsten Blättern wird über das Thema Wasser jeden Tag berichtet.

Aber die konkrete Ausführung des Anspruchs, Gewässer und Grundwasser besser vor Schmutz und Gift zu schützen, müßte jetzt debattiert und entschieden werden, und nicht später, und dann gilt es schnellstens, diese zum Schutz der Gewässer veränderten Gesetzes anzuwenden. Für uns ist es unabdingbar, endlich zu wissen, ab welcher Schadstofffracht und ab welcher Konzentration ein Kanalbenutzer Vorreinigungsleistungen zu erbringen hat, und ab wann das spätestens umgesetzt sein muß. Wann werden Routinekontrollen eingerichtet, an denen festgestellt wird, ob sich jeder an die Grenzwerte hält, oder besser noch, ob er die Grenzwerte unterschreitet?

Nun denn, trotz des fehlenden Herzstückes der Debatte und damit des Entwässerungsgesetzes, welches die Schadstoffflut in die Weser und in die Nordsee und über den Klärschlamm in die Landwirtschaft eindämmen soll, möchte ich im folgenden kurz einzelne von uns vorgeschlagene Gesetzesänderungen darstellen und begründen.

Erstens, Stand der Technik auch für Indirekteinleiter! Wir sind der Ansicht, daß die Änderung des

(C)

(D)

(A) Paragraphen 133 Absatz 7 des Bremischen Wassergesetzes mit einer kleinen Ergänzung versehen werden muß, um dem Bestreben der Bundestagsfraktionen bei der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes bereits jetzt Rechnung zu tragen. Genau so wie die Direkteinleiter bei der Wasserreinigung sich nach dem Stand der Technik zu orientieren haben, soll dies auch für die Indirekteinleiter gelten. Deshalb unser Vorschlag, Stand der Technik bei notwendiger Vorbehandlung durch die Kanalbenutzer! Dies gilt entsprechend auch für den Paragraphen 3 — Überlassungspflicht — und Paragraph 8 Absatz 7 — Einleitung nichthäuslichen Schmutzwassers —. Auch hier sollte der Passus Stand der Technik dringend aufgenommen werden.

Zweitens, zur Begriffsbestimmung Niederschlagswasser! In Paragraph 2 des Entwässerungsortsgesetzes ist die Begriffsbestimmung Abwasser auf das Niederschlagswasser von Straßen und großen Parkplätzen auszudehnen. Auch wenn durch die Bemühung um das Verbot des Bleibenzins eine Reduzierung der Schadstofffracht Blei von viel befahrenen Straßen und Parkplätzen im abfließenden Niederschlagswasser bereits eingetreten ist, muß weiter überlegt und geprüft werden, welche Reinigungsmöglichkeiten für abfließendes Niederschlagswasser ins nächste Kleingewässer technisch möglich und räumlich machbar sind.

(B) Die Einleitung von Niederschlags-, Grund-, Quell- und Drainagewasser ins Trennsystem sollte nur dann gestattet werden, wenn es nur unbedeutende Mengen an Schadstoffen enthält, die einem als Vorfluter benutztes Gewässer auch noch ermöglicht, ein Lebensraum für Pflanzen und Tiere zu sein. Unbelastetes Regenwasser oder besser gering belastetes Regenwasser zum Beispiel von Dachflächen muß in Zukunft besser genutzt werden, als es einfach in den nächsten Bach oder gar in die Kläranlage abzuleiten.

Neben der begrüßenswerten Aufnahme der Werbungspflicht der Behörden für Regenwasserversickerungsanlagen sollte besonders bei Neubauten, aber auch in Paragraph 4 Absatz 2 die Möglichkeit gegeben werden, alte beziehungsweise überflüssig gewordene Grundstücksentwässerungen in Regenwasserzisternen umzuwandeln. Ein Sammeln von Regenwasser zum Gießen des Gartens und der Straßenbäume oder die Benutzung des Brauchwassers ist sicher ökologisch sinnvoller, als es einfach in einen Kiesschacht versickern zu lassen oder für die Gartenbewässerung beziehungsweise für die Toiletten-spülung und so weiter kostbares Trinkwasser zu verschwenden.

Überhaupt, meine Damen und Herren, sollte sich der Senat und dieses Haus demnächst nicht nur Gedanken über eine Grundwasserentnahmeabgabe für private und gewerbliche Brunnen machen, sondern ebenfalls darüber, wie der Einsatz von Regenwasser als Brauchwasser im großen Stil, und nicht nur hier und da, gefördert und verstärkt werden kann.

Drittens, die Finanzierung der Überwachungskosten durch den Verursacher! Bereits in den vor-

ausgegangenen Debatten haben wir auf die Notwendigkeit verwiesen, die Kosten der Indirekteinleiterkontrollen genauso wie die Kosten der Direkteinleiterkontrollen auf die Betreiber abzuwälzen. In Paragraph 10 Absatz 2 Satz 3 schlagen wir deshalb die Streichung des letzten Halbsatzes vor, der die Abwälzung der Überwachungskosten nur dann vorseht, wenn die Analyse Verstöße gegen das Ortsgesetz und seine ihm nachfolgenden Verordnungen feststellt. So verfahren im übrigen auch die Städte Frankenberg an der Eder, die Stadt München und der Umlandverband Frankfurt.

Nur wenn die Überwachungskosten nicht zu Lasten der Stadtgemeinde gehen, sondern vom Einleiter zu tragen sind, wird eine kontinuierliche, sorgfältige Indirekteinleiterüberwachung aufrechtzuerhalten sein. Das ist auch besonders im Hinblick auf den Sparzwang der Gemeinden zu sehen, denn sonst könnte es passieren, daß eben aufgrund von Geldknappheit die Überwachungskontrollen nicht regelmäßig durchgeführt werden.

Viertens, Ordnungswidrigkeiten! Die bei der routinemäßigen Kontrolle oder durch andere Hinweise aufgedeckten Ordnungswidrigkeiten werden oft, und das wissen wir hier alle im Haus und auch in den Behörden nur zu gut, mit viel zu geringen Geldbußen belegt. Hier sollte das Ortsgesetz abschreckende Wirkung entwickeln. Wir schlagen deshalb vor, die Geldbuße am wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, zu orientieren und ein Überschreiten des Höchstmaßes der Geldbuße bis zum Zehnfachen in besonders gravierenden Fällen zu ermöglichen. Wenn Sie, Frau Fröhlich, sagen, daß dies bereits jetzt so vorgesehen ist, dann wird es aber nicht in die Praxis umgesetzt. Wir müssen die Gesetze auch wirklich anwenden, die wir haben, damit etwas geschieht.

Gerade bei der Abwasserabgabe ist nämlich deutlich geworden, daß selbst die Zahlung von erhöhter Abgabe und Geldbußen in keiner Weise die an sich notwendigen Reinigungskosten erreichen. Nur ein wortscharfes Ortsentwässerungsgesetz ist völlig sinnlos, wenn die Verstöße dagegen nicht auch entsprechend geahndet werden können und sogar der Entzug der Einleitungserlaubnis in den Kanal in schwerwiegenden Fällen erfolgen muß.

Fünftens, die Wurzelraumentorgung! Wir gehen davon aus, daß der Senat und die zuständigen Wasserbehörden in Paragraph 3 Absatz 1 — Überlassungspflicht — auch die Wurzelraumkläranlage als zulässige Abwasserbeseitigung anerkennt, wenn zum einen ein ausreichender Schutz des Grundwassers und ein einwandfreies Funktionieren ohne schädliche Belastung des Vorfluters gewährleistet sind und zum anderen die Abfuhr aus wege- beziehungsweise grundstückstechnischen Gründen über den rollenden Kanal eine unzumutbare Belastung darstellt.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß das Land Schleswig-Holstein, das CDU-regierte Land Schleswig-Holstein, 800 000 DM zur Erprobung der

(C)

(D)

- (A) Wurzelraumsorgung zur Verfügung gestellt hat. Demgegenüber nehmen sich die Mittel, die das Land Bremen dafür ausgibt, sehr bescheiden aus.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Wir sind auch viel kleiner!)

Unser Eintreten für das Wurzelraumverfahren bedeutet allerdings nicht, und das sei hier unmißverständlich betont, daß wir der Verschmutzung von Kleingewässern und Grundwasser Tür und Tor öffnen wollen. Nur zu genau wissen wir aus eigener Erfahrung aus dem Bemühen von Bürgerinitiativen und Einzelpersonen um die immer noch stattfindende Gewässerbelastung, besonders an der Ihle und an der Bäke in Bremen-Nord, durch Fäkalgrubenüberläufe. Aber nur um die Grubenabfuhr sicherzustellen, sollten zum Beispiel keine Straßen ausgebaut werden, wenn Bürger bereit und in der Lage sind, den ordnungsgemäßen Reinigungsprozeß der Hausabwässer von Schad- und Nährstoffen durch Kleinkläranlagen am Stand der Technik orientiert zu gewährleisten.

(Glocke)

Ich bin sofort fertig!

Zum Abschluß möchte ich nur noch einige grundsätzliche Bemerkungen zum Problem Abwasser machen. Gesetze und Verordnungen sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen, wenn ihr Vollzug und die ständige Überprüfung ihrer Einhaltung nicht ausreichend gewährleistet wird. Jedenfalls muß das Behördenpersonal die Motivation haben, die Schadstofffrachten aus den indirekt einleitenden Betrieben zu kontrollieren und zu reglementieren. Uns sind Fälle nicht nur aus der Vergangenheit bekannt, wo Behördenbeschäftigte es aufgegeben haben, auf Mißstände im Kanalnetz und in den Abwasserbehandlungsanlagen aufmerksam zu machen beziehungsweise zu melden, weil einfach keine Konsequenzen für die Verursacher entstehen. Dies darf nicht mehr geschehen.

Wir appellieren daher an dieser Stelle an alle zuständigen Mitarbeiter, Angestellte und Beamte, ihre Verantwortung täglich neu ernst zu nehmen und die Kontrolle der Abwässer und ihrer Leitungsrohre zu beobachten! Wir bedanken uns bei allen denen, die trotz häufigem Gegenwind, und das aus allen Richtungen, mitgeholfen haben, Abwassersündern das Handwerk zu legen und in zähen Verhandlungen Problemeinleitern Vorreinigungsleistungen abzuverlangen beziehungsweise bestehende Verordnungen entsprechend zu verschärfen.

In unserer Verantwortung, meine Damen und Herren, liegt es nun, daß schnellstens die Festsetzung der Grenzwerte für Schadstofffrachten in unsere Gewässer erfolgt und daß uns genügend Sach- und Personalmittel zur Verfügung stehen, um die gesetzlich von uns festgelegten Vorschriften in die Tat umzusetzen. Setzen Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, bei diesem ernstesten Problem den Senat unter

Druck, denn bis zum Jahr 2000, und das ist nicht mehr in weiter Zukunft, wird das menschliche Überleben in Industriegebieten wie im Land Bremen von der Wasserqualität und der Wasserversorgung abhängen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Niederbremer.

Abg. **Niederbremer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lassen Sie mich drei Vorbemerkungen machen zur Debatte der heute vorgesehenen Gesetzesänderung!

Erstens: Das ist auch bei den beiden Kolleginnen als Vorrednerinnen deutlich geworden, dies gilt für die CDU genauso, wir unterstützen alle Maßnahmen, die dazu führen, daß es einen verbesserten Gewässerschutz für die Oberflächengewässer und das Grundwasser gibt.

(Beifall bei der CDU)

Das Ringen in den vergangenen Jahren in diesem Hause ging ja darum, Gesetze, Regelungen zu schaffen, die dies verbessern, die den Senat, die Verwaltung, die öffentliche Hand wie auch die Privaten verpflichten, entsprechende Maßnahmen einzuleiten beziehungsweise entsprechende Regeln durchzuführen.

Zweitens: Die CDU tritt dafür ein, daß alle Grundstücke, die nicht an dem normalen Kanalnetz angeschlossen sind, ordnungsgemäß ihre Abwässer entsorgen. Das gilt im übrigen, das darf ich einmal hier einfügen, für alle, nicht nur für diese Grundstückseigentümer, sondern natürlich auch für die öffentliche Hand. Wir müssen einmal wieder die Dimensionen hier sehen. Wir diskutieren hier um mehrere tausend Kubikmeter im Jahr, ein Zeitraum, in dem gleichzeitig über eine Million Kubikmeter mehr oder weniger ungereinigte Abwässer in die Oberflächengewässer eingeleitet werden durch die sogenannten Notauslässe, wofür der Senat die Verantwortung trägt. Wir müssen das einmal wieder erwähnen, weil wir so tun, als ob hier das Abwasserproblem mit den Kleinkläranlagen in Bremen gelöst ist. Bei weitem nicht! Dies ist ein ganz kleiner Punkt. Es werden auch weiterhin noch große Abwasserverunreinigungen eintreten.

(Beifall bei der CDU)

Drittens — ich komme noch einmal darauf —: Im einzelnen werden wir als CDU dafür eintreten, daß alle umweltverträglichen Abwasserentsorgungsverfahren auch weiterhin in Bremen zugelassen sein sollten. Dies erscheint uns leider bei den vorliegenden Gesetzentwürfen nicht unbedingt gewährleistet.

Nun zunächst zu dem Bremischen Wassergesetz, das auf der einen Seite, das ist ausgeführt worden, die Kleinkläranlagen, Sammelgruben mit einbezie-

(C)

(D)

(A) hen soll, das auf der anderen Seite, was völlig unstrittig ist, ich erwähne es noch einmal, aus datenschutzrechtlichen Gründen geändert wird, und das eine wesentliche Änderung enthält, auf die ich gern eingehen möchte! Der Senat, und auch die SPD hat das eben deutlich gemacht, Kollegin Fröhlich hat das dargelegt — ich werde nicht soviel Paragraphen nennen, für mich geht es nur um zwei Paragraphen, weil sonst im einzelnen sowieso keiner nachvollziehen kann, was in den Paragraphen steht —, möchte einen wesentlichen Paragraphen, den Paragraphen 133, ändern. Es soll geregelt werden, daß zukünftig nicht mehr die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung oder in Bremen die Stadtbürgerschaft über wesentliche Grundzüge der Abwasserbeseitigung durch Ortsgesetz entscheiden. Er möchte diese Verpflichtung, diese Maßnahmen nur durch Ortsgesetz zu regeln, herausnehmen. Dies ist letztendlich ein Freibrief für die beiden Stadtverwaltungen, zukünftig, ohne die Verpflichtung, hier im Parlament, der Stadtverordnetenversammlung oder der Stadtbürgerschaft, dies vorzutragen, zu entscheiden.

(Abg. Töpfer [SPD]: Da kennen Sie aber die Stadtverordnetenversammlung schlecht!)

Ich freue mich auch, daß Herr Beckmeyer oder Herr Töpfer wach geworden ist, sicherlich werden Sie das in Bremerhaven noch einmal debattieren!

(B) (Abg. Töpfer [SPD]: Das ist eine Frechheit! Das ist unerhört!)

Dies ist, das darf ich so deutlich sagen, bei den Bundesländern ein einmaliger Vorgang. Sie werden in Niedersachsen und auch in anderen Bundesländern feststellen können, daß nach wie vor wesentliche Fragen der Abwasserbeseitigung, und die entsprechenden Wassergesetze sehen dies vor, durch Satzungen, vergleichbar bei uns mit Ortsgesetzen, geregelt werden müssen. Nur in Bremen soll dies herausgenommen werden.

(Abg. Töpfer [SPD]: Sie kennen die Praxis nicht in Bremerhaven!)

Ich glaube, Herr Töpfer, da geben Sie mir sicherlich recht, ein umweltbewußter Parlamentarier sollte solchen Freibriefen sicherlich nicht zustimmen, vielleicht können Sie sich dem anschließen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben diesen Punkt nicht erst vor zwei Tagen entdeckt, sondern haben von seiten der CDU sowohl in der Baudeputation wie auch besonders in der Umweltdeputation auf diese Problematik hingewiesen. Es ist als Begründung angeführt worden, daß man, wenn man nicht mehr das Ortsgesetz vorschreibt für wesentliche Aufgaben, wie es bisher heißt, dann flexibler zum Beispiel Grenzwertregelungen festlegen könnte.

(C) Auf Anhieb sage ich einmal, wer will das nicht, warum sollen wir nun nicht zu weniger Bürokratie beitragen können, wenn solche Dinge flexibler und schneller umweltgerecht angepaßt würden. Bei genauer Nachforschung ist uns gesagt worden, daß es letztendlich um einen Zeitraum von vier Wochen geht. Das heißt, wenn Sie zum Beispiel eine Rechtsverordnung erlassen, dauert das fast genau so lange wie ein Ortsgesetz, nur daß Sie noch die Sitzungen der Stadtbürgerschaft oder der Stadtverordnetenversammlung abwarten müssen.

(Abg. Frau Fröhlich [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Es ist uns von hochrangigen Verantwortlichen aus den Ressorts gesagt worden, daß das nur noch der Durchlauf durch die Bürgerschaft und die entsprechenden Lesungen sind, wobei wir sowieso in der Stadtbürgerschaft nur eine Lesung haben. Es geht nur um eine Sitzung.

(Abg. Töpfer [SPD]: Sie müssen sich einmal die Begründung ansehen, die im Gesetzentwurf steht!)

Wir meinen gerade in diesem Punkt, daß die geplante Änderung, die Sie hier vorschlagen, die Parlamentarier der Stadtverordnetenversammlung oder der Stadtbürgerschaft in dieser Frage praktisch außen vor zu lassen, mehr Rechtsunsicherheit schafft, statt Rechtssicherheit bringt.

(D) In der Begründung wird an einer Stelle gesagt — nicht im Gesetz, in der Begründung, die ja als Anhang jetzt vorliegt —, es sollen auch zukünftig wesentliche Fragen durch Ortsgesetz geregelt werden. Welche wesentlichen Fragen sind das denn? Warum sagen Sie das denn nicht im Gesetz? Wer entscheidet dann, was wesentlich ist oder nicht?

Die CDU ist der Auffassung, daß durch diese schwammige Formulierung, die in der Begründung sowieso nachher nicht greift, Sie mehr Rechtsunsicherheit schaffen, weil die Gerichte letztendlich entscheiden, wo wieder Ortsgesetze geschaffen werden und wo nicht, und dies wollen wir auch aus Gründen des Umweltschutzes nicht. Wir sind weiterhin der Auffassung, daß hier im Hause die wesentlichen Grundsätze festgeschrieben werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist vereinbart worden, daß auch die Vorlagen aus der Stadtbürgerschaft in dieser Debatte mitbehandelt werden. Ich möchte aus diesen Vorlagen einen Paragraphen kurz heranziehen, der für uns von wesentlicher Grundlage ist. Er ist schon von den Kolleginnen vorher angesprochen worden. Im Entwässerungsortsgesetz ist dies der kritische Paragraph 6, wo es nach der jetzigen Formulierung darum geht, daß nur noch Schmutzwassersammelgruben zukünftig vorgeschrieben werden für Grundstücke, die aus verschiedenen Gründen nicht an das normale Kanalnetz angeschlossen werden können. Es ist gesagt

- (A) worden — ich will Ihnen einmal kurz den Ablauf in der Umweltdeputation schildern —, es sei trotzdem noch möglich, daß zukünftig zum Beispiel auch noch Naturklärverfahren genehmigt werden können. Es waren auch Vertreter der Behörden da, es konnte keiner definitiv sagen, wo denn das so festgeschrieben sei, daß auch zukünftig andere Verfahren noch möglich sind.

(Frau Senator L e m k e : Nach Erprobung!)

Ich will Ihnen sagen, wie das läuft, Frau Senatorin.

(Frau Senator L e m k e : Nein, das brauchen Sie nicht, das weiß ich selbst!)

Wir haben noch einmal nachgefragt. Für andere Verfahren — der Gesetzestext ist im übrigen eindeutig, nach dem Ortsgesetz, das hier vorgeschlagen wird, sind nur noch Schmutzwassersammelgruben zulässig — gibt es einen Trick, und das machen Sie einmal den einzelnen klar: Der Landesgesetzgeber hat die Möglichkeit, die Gemeinden von der Abwasserbeseitigungspflicht bei bestimmten Grundstücken zu befreien. Das heißt, es muß zunächst bei einem solchen Grundstückseigentümer eine Befreiung erfolgen, daß die Stadtgemeinde nicht mehr abwasserbeseitigungspflichtig ist. Dann kann praktisch die Regelung erfolgen, daß hier ein anderes Verfahren zugelassen ist.

- (B) Warum schreiben Sie denn diese flexible Regelung nicht gleich ins Ortsgesetz? Das ist einfacher, klarer und hilft sicher allen Beteiligten. Dies wäre unser Anliegen. Aber dies ist nicht unbedingt Ihr Wille. Vor einem Jahr ist in den Deputationen die Frage der Kleinkläranlagen behandelt worden. Da ist ziemlich deutlich gesagt worden, daß andere Verfahren außer Schmutzwassersammelgruben nicht zugelassen werden sollen. Dazu zählen sicherlich auch die Naturklärverfahren.

Wir wollen, daß dies weiterhin zulässig ist, ganz einfach aus den Gründen, weil es umweltfreundlicher sein kann. Die jetzige starre Regelung in dem Entwässerungsortsgesetz kann dazu führen, wir hoffen es nicht, daß sie umweltschädlich ist, weil bisher genehmigte Anlagen, so sieht es das Gesetz vor, weiter betrieben werden können. Neuinvestitionen im Zweifelsfall, die diese Anlagen noch sicherer und besser machen, unterbleiben, weil sie nicht genehmigt werden, und letztendlich könnte damit die Folge natürlich sein, daß hier Gewässerverschmutzungen eintreten können, die wir sicherlich alle nicht wollen. Deshalb lehnen wir diese hier vorgeschlagene Regelung in diesem Punkt ab.

Zusammenfassend darf ich sagen, die CDU tritt dafür ein, daß Gesetzesänderungen, nicht nur in dem Bereich, aber hier insbesondere, nur vorgenommen werden, die die parlamentarischen Rechte nicht aushöhlen. Gesetzesänderungen sollten vorgenommen werden, die nach unserer Auffassung mehr Rechtssicherheit statt Verunsicherung bringen und die im

- (C) Interesse des Umweltschutzes auch flexibel gehandhabt werden können.

Der wichtigste Punkt sicherlich — das ist hier von den beiden Vorrednerinnen angesprochen worden — ist, daß nicht neue Verfahren, die vielleicht umweltfreundlicher in der Abwasserbeseitigung sein können, faktisch ausgeschlossen werden. Wir bitten Sie deshalb, nehmen Sie unseren Änderungsantrag schon in dem Wassergesetz an, um hier auch zukünftig ein Mitspracherecht der jeweiligen Parlamente zu behalten! — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Meyer.

**Senator für das Bauwesen Meyer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seitens des Senats will ich doch ein paar Ausführungen machen. Ich muß mich, Frau Bernbacher, gleich wieder einmal mit Ihnen beschäftigen.

(Abg. Frau B e r n b a c h e r [GRUNE]:  
Schlimm, nicht?)

Das ist insofern für mich immer etwas ein Problem, als daß ich mich natürlich, gerade auch wenn Sie besonders temperamentvoll diskutieren, sehr gern mit Ihnen und mit Ihren Argumenten auseinandersetze. Nur hat es natürlich überhaupt keinen Sinn, wenn man hier so eine Standardrede für Wahlkämpfer in bezug auf sauberes Gewässer hält und die hier vorliest.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben also, als ehemaliger Lehrer darf ich das sagen, wirklich 15 Minuten am Thema vorbeigeredet, und in den letzten zwei Minuten sind Sie dann auf den Punkt gekommen. Natürlich kann man die Diskussion aufnehmen, jederzeit, meine Damen und Herren, ob die Überläufe weiter abgebaut werden können. Das Mischwasserkanalnetz wird ja überarbeitet, das Programm liegt auf dem Tisch.

Natürlich kann man darüber reden, wann denn die Grenzwerte für Indirekteinleiter erneut überprüft werden. Ich habe Ihnen übrigens gestern per Boten in Ihre Fraktion schriftlich mitgeteilt, daß im Oktober die neue Grenzwertverordnung in den Deputationen auf den Tisch gelegt werden wird. Warum fragen Sie denn hier heute danach? Sie wissen das doch!

Natürlich kann man darüber diskutieren, welche Standardregeln der Technik eingearbeitet werden müssen in das Gesetz. Das kann man alles diskutieren, nur man muß sich zwingendurch bei einem solchen Beitrag doch auch einmal mit dem vorgelegten Gesetz auseinandersetzen. Das haben Sie kaum getan.

(Beifall bei der SPD)

(A) Ich will es noch einmal betonen, wir hatten ja auch teilweise darüber diskutiert, die eigentliche Diskussion über dieses Gesetz jetzt nicht hier zu führen, sondern in der Stadtbürgerschaft, weil der Landesgesetzgeber sozusagen bei diesem Mosaikstein, um den es heute geht, lediglich eine Ermächtigung gibt, daß die Stadtgemeinden entsprechend verfahren können. Wir als Stadtgemeinde Bremen haben hierfür die gesamten ortsgesetzlichen Notwendigkeiten auf den Tisch gelegt, wir werden morgen darüber zu beschließen haben.

Es geht dabei um einen Mosaikstein, zugegebenermaßen, aber um einen ganz wichtigen Aspekt, nämlich endlich, nachdem wir 98 Prozent unserer Haushalte in Bremen an das Kanalnetz angeschlossen haben — übrigens eine wirklich, weil hier so viel herumgemäkelt wird, stolze Leistung in Bremen, wo wir noch vor zehn Jahren so viele Ortsgebiete hatten, die keinen Kanal hatten, sind wir jetzt federführend in der Bundesrepublik damit,

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU)

die übrigens zu 100 Prozent in biologische Kläranlagen eingeleitet werden —, das Abwasserproblem in den Randbereichen zu lösen. In bezug auf das Kanalnetz in Bremen sind wir federführend in der Bundesrepublik.

(Abg. Neumann [CDU]: Führend, federführend nicht!)

(B) Führend, natürlich, schönen Dank, führend in der Bundesrepublik! Ich wollte nur einmal deutlich machen, daß wir neben Problemen im Mischwasserkanalnetzsystem, die niemand leugnet, auch eine ganze Reihe von zielgerichteter Politik betrieben haben, die sehr viele Erfolge gerade bei der Sauberkeit der Gewässer in den letzten Jahren erzielt hat.

Es bleibt das Problem, und dies soll hier gelöst werden, wie wir in einigen Randbereichen, wo keine —

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

lassen Sie mich dies bitte weiter fortführen, nacher gern! — Kanalisation gekommen ist und wo wir zum Teil auch, das kann man heute schon einschätzen, nach 1990 keine Kanalisation werden bauen können, dafür sorgen, daß es zu einer Gewässerreinigung kommt. Man muß wohl offen sagen, ohne da ins einzelne zu gehen, die Unterlagen der Verwaltungen weisen eindeutig darauf hin, daß in einigen Bereichen auf Privatgrundstücken in den letzten Jahren sehr stark geschlurt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Es ist dahingehend geschlurt worden, daß eben nicht ordnungsgemäß abgefahren worden ist, und wir haben jetzt ein System entwickelt, daß wir durch eine Abfuhr der Stadtgemeinde beziehungsweise von ihr beauftragter Unternehmen und dadurch, daß wir

den Reinwassermaßstab einführen, weitestgehend (C) jedenfalls gewährleisten können, daß hier solche Schlampereien ein Ende haben, daß Grundwasser-Verunreinigungen zukünftig nicht mehr wie bisher in diesem Umfang erfolgen können. Dies ist, ich sage es noch einmal, ein Mosaikstein, aber ein ganz wichtiger Mosaikstein bei unserer Politik, die Gewässer sauberzuhalten.

Ich will zu der Gebührensatzung noch etwas sagen, weil dies eigentlich auch ein wichtiges Thema ist, was wir in Borgfeld, Frau Hänecke weiß das, vor einigen Monaten schon einmal diskutiert haben und was wir im Werderland auch sehr intensiv diskutieren. Ich glaube, daß das Gebührensystem, das wir der Stadtbürgerschaft morgen vorschlagen, ein sehr gerechtes System dahingehend ist, daß die Belastungen für den Gebührenzahler zwischen denjenigen, die einen Kanalanschluß haben, und denjenigen, die so entsorgt werden, wie ich es eben beschrieben habe, zukünftig gerecht sind. Dies ist, glaube ich, auch in den Beiträgen, die eben geleistet worden sind, gar nicht kritisch hinterfragt worden.

Gibt es zu der Grubenentleerung Alternativen? Das ist ein ganz wichtiges Thema, Herr Niederbremer ist darauf eben noch einmal eingegangen. Hierzu kann man noch einmal sagen, daß die Verwaltungen unter der Federführung der Kollegin Lemke im Bereich des Werderlandes beabsichtigen, Wurzelraumverfahren zu erproben. Wir werden zu prüfen haben, welche Erfolge dieses Wurzelraumverfahren in den nächsten Jahren hat. Es gibt auch gerade unter sehr ernst zu nehmenden Wissenschaftlern durchaus skeptische Meinungen, insbesondere auch, wenn ich das Kosten-Nutzen-Verhältnis betrachte. (D)

Wir werden uns nach der Erprobungsphase insbesondere darüber auch zu unterhalten haben, wie wir denn nun die Gebührenbelastung hier aufteilen, welche Investitionen auf den Grundstücken außer dem eigentlichen Wurzelraumbereich zu tätigen sind, damit dies auch vernünftig funktioniert. Das aber sind Fragen, die im Detail in der Erprobungsphase erarbeitet werden können.

Ich kann Ihnen darüber hinaus mitteilen, daß der Senator für Umweltschutz und der Senator für das Bauwesen Untersuchungen einleiten werden, ob und welche Alternativen in den nicht kanalisierten Gebieten bei den jeweils unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten für die Abwasserbeseitigung bestehen. Wir werden also umfangreiche, durch externe Gutachter begleitete Untersuchungen einleiten, um innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre endgültig abzu prüfen, welche unterschiedlichen Verfahren wir in welchen Ortsteilen Bremens durchführen können. Wir werden aber, das ist jedenfalls gegenwärtig die Abschätzung, nicht überall endgültig auf die Grubenentleerung zukünftig verzichten können.

Der Gesetzgeber oder die Verwaltung, der Senat, der Ihnen diesen Gesetzentwurf vorlegt, sagt hier noch einmal ganz nachdrücklich, daß solche alter-

(A) nativen Verfahren durch diese Gesetzgebung vollkommen abgedeckt sind und realisiert werden können. Ich glaube, dies ist ein ganz wichtiger Aspekt, auf den wir in der Tat gemeinsam in den nächsten Jahren sehr viel Arbeit werden konzentrieren müssen.

Ich will an dieser Stelle etwas zu den Anträgen der GRÜNEN sagen. Hier komme ich noch einmal darauf zurück, daß, Frau Bernbacher, man auch eher noch in den Dialog hätte eintreten können, seit drei Monaten liegt dieser Gesetzentwurf vor. Sie gehen in Ihren Anträgen über das eigentliche Thema, das wir hier behandeln wollen, weit hinaus. In der Tat kann man natürlich darüber diskutieren, und hier muß auch die Verwaltung, hier muß auch das Parlament etwas tun, wo wir den Begriff Stand der Technik im Bereich der Abwasserreinigung einfügen.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Ja, der fehlt!)

Das ist völlig klar. Nur, Frau Bernbacher, lassen Sie uns doch in diesem Gesetzeszug, der in den Abstimmungen mit diesem Inhalt behandelt worden ist, so beschließen!

Ich kann hier ankündigen, das Bundeswassergesetz ist ja jetzt verabschiedet, daß, wenn die Verwaltungsvorschriften des Bundes erarbeitet sind, dort wird daran sehr intensiv gearbeitet, die Abstimmungen in der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser gelaufen sind, dies wird Anfang des nächsten Jahres erfolgen, wir zügig beugehen werden, um in die Bremische Wassergesetzgebung diesen Terminus einzufügen, und zwar nicht nur in dem begrenzten Maße, wie Sie es jetzt bei der Abwasserreinigung schwerpunktmäßig in Ihren Anträgen haben, sondern wir werden uns auch bei dem Begriff Stand der Technik darüber zu unterhalten haben, was bei dem Verursacher, das heißt in den Betrieben, in den Unternehmen, zu erfolgen hat.

(B) Ich will damit nur sagen, der Begriff Stand der Technik, den Sie durch Ihre Anträge einführen wollen, muß umfassender diskutiert werden und muß umfassender in die Gesetzgebung eingefügt werden. Dies ist aber kein Thema von heute, sondern dies muß breit angelegt werden, zwischen den Ländern abgestimmt werden. Wir werden dann auch zügig dies im kommenden Jahr in unsere Wassergesetzgebung einarbeiten.

Insofern glaube ich, meine Damen und Herren, daß ich durch meinen Versuch, noch einmal den Schwerpunkt zu setzen, deutlich gemacht habe, daß wir auf der einen Seite in den letzten Jahren in Bremen immer zügig — ich spreche insbesondere auch das Thema Indirekteinleiter dabei an — dafür gesorgt haben, daß unsere Gewässer sauberer werden. Wir fügen mit diesem Gesetzesvorhaben einen weiteren wichtigen Mosaikstein hinzu, und Sie können hier im Landtag und auch in der Stadtbürgerschaft sicher sein, daß der Senat sehr zügig die weiteren Arbeiten an der inhaltlichen Verbesserung, an der Erwei-

terung des Bremischen Wassergesetzes fortführen wird, um die Gewässer in den nächsten Jahren in Bremen noch sauberer zu bekommen, als das gegenwärtig der Fall ist. — Vielen Dank!

(C)

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage von Frau Bernbacher entgegenzunehmen?

**Senator Meyer:** Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Frau Bernbacher!

Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE): Herr Senator, darf ich noch zwei Fragen an Sie stellen! Einmal haben Sie ja in Ihren Ausführungen eben doch nicht beantwortet, warum diese Grenzwerte nicht schon jetzt vorliegen, damit die Abgeordneten auch wissen, ob diese Grenzwerte wirklich ausreichend sind. Wenn Sie mir sagen, Sie haben mir gestern — der Brief ist erst heute in meine Hände gekommen — gesagt, daß es Ende Oktober oder Ende des Jahres geschieht,

(Senator Meyer: Wahrscheinlich im Oktober!)

so wissen wir ja alle, wie lang vier Monate sein können, wenn solche Dinge herausgegeben werden. Darum noch einmal meine Frage!

(D)

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Also, vier Monate sind immer gleich lang! Aber bitte, stellen Sie eine Frage!

(Senator Meyer: Das kommt darauf an, welche Jahreszeit wir haben!)

Abg. Frau Bernbacher (GRÜNE): Eine weitere Frage habe ich zu Punkt drei in Ihrem Brief. Da sagen Sie, daß Einleitererlaubnisse nach den Grenzwerten von 1983 erfolgen. Wann werden denn diese alten Grenzwerte angeglichen an die neuen? Das beantworten Sie in diesem Brief auch nicht!

**Senator Meyer:** Ja, zu der Zeit will ich einmal sagen, der Brief von Ihnen ist datiert vom 22. 8. dieses Jahres. Daraus kann man erkennen, wie schnell wir arbeiten und antworten, wenn Sie uns schreiben, Frau Bernbacher.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen alles stehen und liegen.

Ich will zu Ihrer Frage nur sagen, Frau Bernbacher, wir haben bei den Indirekteinleitern 1983 die Grenzwerte festgelegt und haben, ich glaube, das geht auch aus dem Antwortschreiben an die Fraktion der GRÜNEN hervor, einen großen Erfolg schon erzielt, nämlich erstens den Erfolg, daß alle in den Unternehmen wissen, daß hier permanent überprüft wird,

- (A) und zweitens, daß wir 340 Bescheide herausgegeben haben über Grenzwerte.

Übrigens die Überprüfungen — Sie hatten das vorhin angesprochen, wir wollten Geld sparen —, die permanenten selbsttätigen, selbstverantwortlichen Überprüfungen müssen von den Einleitern selbst finanziert werden! Wir nehmen zwischendurch auch noch stichprobenhaft weitere Überprüfungen vor, so daß wir hier richtig in den letzten zwei Jahren sehr weit gekommen sind. Wie ja auch gerade in bezug auf die Klärschlammverordnung unsere Klärschlammbelastung im Klärwerk Seehausen doch deutlich gemacht hat, sind die Schadstoffbelastungen deutlich zurückgegangen. Wir sind hier also richtig ein gutes Stück weitergekommen.

Jetzt sind wir dabei, die Grenzwerte fortzuschreiben. Wir werden sie in der Deputation zu diskutieren haben. Ich gehe davon aus, daß wir, nachdem die fachbehördlichen, wie auch in dem Schreiben ausgeführt, Abstimmungen erfolgt sind, diese Grenzwerte dann festlegen, daß die Bescheide, die herausgegangen sind — ich kann jetzt nicht sagen, in welcher Frist —, erneuert und dann angepaßt werden an die neuen Grenzwerte.

Lassen Sie mich bei dem Stichwort Grenzwerte nur noch eben einmal das Thema aufnehmen, das Herr Niederbremer angesprochen hat! Ich glaube, es ist richtig, daß wir solche Grenzwerte, die wir des öfteren überprüfen müssen, im Verordnungswege festsetzen. Ich kann nur noch einmal zusichern, daß andere grundsätzlichere Dinge natürlich auch ins Parlament gehen, wobei Sie in Bremen den großen Vorteil haben, daß Sie durch das Deputationswesen auch im Verordnungsgeberbereich voll mit eingebunden sind.

- (B) Insofern schließt sich hier auch in Ihrer Fragestellung, glaube ich, der Kreis, dies ist ein wesentlicher Mosaikstein, wir werden wahrscheinlich schon im kommenden Monat die Fortschreibung der Grenzwerte vornehmen, so daß wir noch schärfer gegen Einleiter in unser Kanalnetz werden vorgehen können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 der Geschäftsordnung lasse ich zunächst über die Änderungsanträge abstimmen, und zwar rufe ich als ersten den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/695 auf.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/695 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und REP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Als nächstes stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/697 ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/697 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und REP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Änderungsantrag ab.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf des Senats in erster Lesung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und REP)

Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Da der Senat um dringliche Behandlung und Beschlußfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat, lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob wir unmittelbar nach der ersten Lesung in die zweite Lesung eintreten.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, es ist so beschlossen.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(C)

(D)

- (A) Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und REP)

Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

#### **Härtefonds für Opfer des Nationalsozialismus**

Antrag der Fraktion der GRÜNEN  
vom 9. Juni 1986  
(Drucksache 11/644)

Wir verbinden hiermit:

#### **Härterege lung für Opfer des Nationalsozialismus**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 26. Juni 1986  
(Drucksache 11/667)

- (B) **Härterege lung für Opfer des Nationalsozialismus**

Antrag (Entschlie ßung) der Fraktion der CDU  
vom 1. September 1986  
(Drucksache 11/698)

Meine Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir die Aussprache so einrichten, daß wir diesen Punkt bis 13 Uhr abschließen können! Wir haben uns ja vorgenommen, die Nachmittagssitzung um 14.30 Uhr mit dem Fragenkomplex Wunderland zu beginnen. Ich möchte nicht, daß wir diesen Punkt vielleicht am späten Nachmittag weiter beraten. Richten Sie sich also bitte in der Einteilung Ihrer Zeit darauf ein!

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Fücks.

Abg. **Fücks** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um Ihre Anregung, was die Redezeit betrifft, kurz aufzugreifen: Wir haben bewußt darauf verzichtet, verlängerte Redezeit zu diesem Punkt zu beantragen, um die übervolle Tagesordnung nicht aufzuhalten, aber ich hoffe doch, daß es bei diesem Thema kein Feilschen um Minuten geben wird.

Ich möchte mit einem Zitat beginnen: „Unsere Geschichte ist lebendig, vor allem lebt sie in denen, die damals Opfer waren.“ Das ist ein treffendes Motto für unseren Antrag, einen Bremer Härtefonds für Opfer des Nationalsozialismus einzurichten. Ich habe diesen Satz in einer Rede gefunden, die der

Bürgermeister zum fünf und zwanzigjährigen Jubiläum der Synagoge Bremen gehalten hat. Es war eine Rede gegen das Vergessen.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg  
übernimmt den Vorsitz.)

Unser Antrag zielt genau darauf, ein Zeichen der Solidarität und der Achtung gegenüber den vergessenen Opfern rassischer, religiöser, politischer und kultureller Verfolgung in den zwölf Jahren des Tausendjährigen Reichs zu setzen. Es geht nicht um Wiedergutmachung. Allein dieser Begriff ist schon zynisch angesichts der millionenfachen Greuel der Konzentrationslager, der Zwangssterilisation, der systematischen Verfolgung, Selektion und Ermordung all jener, die mit dem Stempel des Lebensunwerten, des Untermenschen oder des Abnormen gebrandmarkt wurden. Nein, von Wiedergutmachung reden wir nicht, wohl aber von einer Geste der Hilfsbereitschaft und der Reue gegenüber all denen, die von den bundesdeutschen Wiedergutmachungsgesetzen der Adenauer-Ära erneut ausgegrenzt und ins Dunkel des Vergessens abgeschoben wurden.

Wir fordern einen auf individuelle Hilfe zugeschnittenen Härtefonds für jene, die während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in Bremen gelebt und gelitten haben und deren Lebensabend heute finanziell nicht gesichert ist. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß Menschen, die damals in Arbeitslagern drangsaliert wurden, die mit knapper Not den Vernichtungslagern entkamen, die Sklavenarbeit für die Rüstung leisten mußten oder dem Wahn der Rassenhygieniker zum Opfer fielen, heute in Armut leben und daß sie sich die notwendige Behandlung ihrer körperlichen und seelischen Verletzungen nicht leisten können.

Die Überlebenden der faschistischen Tötungsmaschine sind heute etwa 60 bis 80 Jahre alt. Die Zeit drängt! Wer ihnen noch helfen, wer ihnen noch eine Spur Gerechtigkeit widerfahren lassen will, muß sich beeilen.

Das geltende Bundesentschädigungsgesetz sieht Wiedergutmachungsleistungen für die aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen Verfolgten vor. Die industriell organisierte Ausrottung der europäischen Juden war schlechthin nicht mehr zu leugnen, außerdem war der Bundesrepublik an guten Beziehungen zu Israel gelegen. Aber all jene, die mit den Juden den Leidensweg der rassistischen Verfolgung gingen, die Roma und Sinti, die als rassisch minderwertig abqualifizierten Bevölkerungsgruppen oder die als slawische Untermenschen mißhandelten Völker Osteuropas wurden in Gesetz und Praxis der Wiedergutmachung erneut diskriminiert.

Auch unter den politisch Verfolgten ist selektiert worden. Während zahlreiche Aktivisten und Mitläufer des Faschismus erneut in Amt und Würden aufstiegen, waren die Angehörigen des kommunistischen Widerstands neuen Demütigungen und Verfolgungen ausgesetzt. Soweit sie ihrer Überzeugung

(C)

(D)

(A) treu blieben und sich politisch engagierten, wurden ihnen als Gegnern der freiheitlich demokratischen Grundordnung alle Rechte auf Wiedergutmachung aberkannt.

Die Verfolgung der Homosexuellen, die Zwangssterilisation und der schließliche Massenmord an Behinderten, psychisch Abweichenden, gegen die herrschende Norm lebenden Menschen ist nach dem Krieg nie gründlich aufgearbeitet, sondern gründlich verdrängt worden. Im Bundesentschädigungsgesetz kommen sie schlichtweg nicht vor. Soweit den Opfern nachträglich Entschädigungszahlungen eingeräumt wurden — wie den Opfern der Zwangssterilisation, die seit 1980 auf Antrag mit 5 000 DM abgefunden werden —, scheuen sich dennoch viele aus Angst vor fortdauernder Diskriminierung, ihre Rechte überhaupt geltend zu machen.

Der Blick auf jene, die durch die Maschen der offiziellen Wiedergutmachung fallen, ist lehrreich. Er zeigt uns, welche unterirdischen Verbindungslinien zwischen dem Ungeist des Nationalsozialismus und dem Zeitgeist der bundesdeutschen Gesellschaft bestehen. Die Angst vor dem Fremden, die sich bis zum Haß auf alles Andersartige steigern kann, schlägt uns heute wieder als Ausländerfeindlichkeit entgegen, als Abwehr gegen fremde Kulturen, die als Bedrohung der eigenen zerbrechlichen Identität empfunden werden.

(B) Die jüdischen und slawischen Untermenschen von damals sind von den Türken und den Tamilen von heute weniger weit entfernt, als uns lieb sein kann. Dafür, wie schnell die Pogromstimmung gegen Roma und Sinti wieder aufflackern kann, die Verachtung gegen Homosexuelle, die Ausgrenzung von körperlich oder geistig Behinderten, gibt es in den letzten Jahren allzu viele Beispiele. Das ist noch kein Faschismus, aber der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch. Deshalb ist die Frage, wie wir uns zu den vergessenen Opfern des Nationalsozialismus stellen, nicht nur eine Frage der Bewältigung vergangener Schuld, sondern es ist auch eine Frage der zukünftigen Entwicklung unserer Gesellschaft.

Sie können der Antwort auf diese Frage nicht ausweichen, meine Damen und Herren von SPD und CDU, indem Sie einige feierliche und richtige Sätze des Bundespräsidenten zitieren und ansonsten alle praktischen Schlußfolgerungen auf die Bundesregierung abschieben. Die Bremische Bürgerschaft muß sich der Geschichte von Verfolgung und Vernichtung stellen, die in Bremen stattgefunden hat. 15 Minuten sind knapp für ein solches Thema. Ich will mich deshalb darauf beschränken, einige Schlaglichter auf diese Geschichte zu werfen, um deren Bewältigung es in unserem Antrag geht.

Im Juli 1933 wurde das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses erlassen, das den Auftakt für die Praxis der Zwangssterilisation lieferte. Der Boden war dafür schon bestellt.

Der Leiter der bremischen Heil- und Pflegeanstalt Ellen, Professor Walter, war zum Beispiel schon vor der NS-Zeit ein engagierter Anhänger der Zwangs-

(C) sterilisation als Mittel der Rassenhygiene. Wer nicht in der Lage war, seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu verdienen, wer körperlich, geistig oder in seinem Sozialverhalten von der herrschenden Norm abwich, wurde zur Ballastexistenz erklärt, vor der die Gesellschaft zu schützen sei. Die Zwangssterilisation war dabei nur die Vorstufe zur gänzlichen Vernichtung. In Bremen sind 2 665 Anträge auf Zwangssterilisation vor dem Erbgesundheitsgericht statistisch erfaßt. Lediglich 438 Anträge wurden abgelehnt, 2 227 durchgeführt.

Sterilisationsgründe waren zum Beispiel Epilepsie, asoziale Lebensweise, Blindheit, chronische Arbeitsscheu, ungehemmtes Triebleben oder mangelnder Begriff für fremdes Eigentum — alles Zitate aus entsprechenden Urteilen! Seit 1935 konnten bereits Kinder ab dem zehnten Lebensjahr ihrer Fruchtbarkeit beraubt werden.

Daß die Vorstellungen von Erbgesundheit und Rassenhygiene nach 1945 nicht einfach verschwanden, zeigt das Beispiel des Leiters der gerichtsärztlichen Abteilung beim Hauptgesundheitsamt Bremen, des Medizinalrats Dr. Carow, der sich noch 1953 für eine Beibehaltung des — Zitat — „im Gerüst ausgezeichneten alten Sterilisationsgesetzes“ einsetzte.

(D) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ein besonders dunkles Kapitel ist die Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges. Zwangsarbeiter waren ein Alltagsphänomen. Sie wurden in Betrieben jeder Größe und Branche eingesetzt, arbeiteten bei der Trümmerräumung und dem Behelfswohnungsbau. Jeder sah sie, jeder wußte von ihnen, und trotzdem wurden sie nach dem Krieg nahezu perfekt aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. In den Wiedergutmachungsgesetzen blieben sie bis heute ausgeschlossen.

Im August 1944 waren im Gebiet des Deutschen Reiches etwa 7,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte im Einsatz, davon 1,9 Millionen Kriegsgefangene und 5,7 Millionen sogenannte Zivilarbeitskräfte. Rund zwei Drittel kamen aus Polen und der Sowjetunion, mehr als die Hälfte waren Frauen, ihr Durchschnittsalter lag bei 20 Jahren, es waren Kinder von 14 Jahren dabei. Vor allem die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitskräfte aus der UdSSR und aus Polen wurden praktisch als Arbeitsklaven behandelt.

Überarbeitung und Unterernährung führten zu Todesraten von bis zu 50 Prozent. Beim Bau des U-Boot-Bunkers Valentin in Bremen-Farge waren zum Beispiel etwa 10 000 Zwangsarbeiter eingesetzt, KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene, Insassen des Arbeitslagers Farge. Nach dem Krieg wurden in dem Gebiet um diese Baustelle rund 5 000 Leichen gefunden.

Privater Kontakt von Zwangsarbeitern zu Deutschen war streng verboten. Auf sexuellen Verkehr zwischen Ostarbeitern und deutschen Frauen stand die Todesstrafe.

Auch in Bremen als einer der Rüstungshochburgen im Reich hat Zwangsarbeit während des Zweiten

(A) Weltkrieges eine große Rolle gespielt. Der Ausländeranteil belief sich schon 1942 auf zirka 23 Prozent aller Beschäftigten, und zwar mit steigender Tendenz, je mehr Männer zur Wehrmacht einberufen wurden und je mehr Frauen mit Kindern vor den Bombardierungen evakuiert wurden. 1944 gab es in Bremen zirka 200 Lager für ausländische Arbeitskräfte. Zu diesem Zeitpunkt waren 25 537 Fremdarbeiter oder Fremdarbeiterinnen registriert. Das waren damals rund ein Drittel der stark dezimierten Wohnbevölkerung unserer Stadt.

Bei Borgward arbeiteten 4 290 ausländische Arbeiter, bei Weser-Flug 3 270, bei Focke-Wulf 545, bei der AG „Weser“ 2 040, in den Häfen 1 610 und in der Bremer Wollkämmerei 1 200. Industrie, Militär und staatliche Verwaltungen wirkten bei der Organisation der Zwangsarbeit Hand in Hand. So verwaltete der Bausenator in Bremen die Gemeinschaftslager für ausländische Arbeitskräfte und rechnete ihren Einsatz einerseits mit den Betrieben, andererseits mit der SS-Hauptverwaltung ab.

1944/45, um Ihnen ein Beispiel zu nennen, wurden 800 jüdische Frauen aus dem KZ Auschwitz in Bremen zur Trümmerbeseitigung eingesetzt. Angefordert hatte sie der regierende Bürgermeister der Stadt. Ihr Arbeitseinsatz wurde durch den Bausenator organisiert. Untergebracht waren sie zunächst im SS-Arbeitslager Hindenburg-Kaserne, später im KZ-Außenlager Obernheide in der Gemeinde Stuh. Nach den Ermittlungen des Auschwitz-Komitees leben noch zirka 150 dieser Frauen. Sie haben bis heute keinerlei Entschädigung für ihre Arbeit erhalten. Zwangsarbeit ist eben nicht als entschädigungswirksamer Tatbestand anerkannt, um es in der Bürokratisprache zu sagen.

(B) Das jüdische Auschwitz-Komitee hat sich an den Senat gewandt, um die Frage einer finanziellen Entschädigung zu klären, und zwar entsprechend des Beispiels der Firmen, die seit den sechziger Jahren in einigen Fällen aufgrund großen internationalen Drucks Zahlungen für die Ausbeutung von Sklavenarbeit an jüdische Organisationen geleistet haben. Am 13. Mai dieses Jahres hat ein Gespräch zwischen Lilli Kopetzki, der Präsidentin des Auschwitz-Komitees, und Bürgerschaftspräsident Dr. Dieter Klink stattgefunden, ohne Ergebnis.

Der Senat hat in dieser Angelegenheit viele verständnisvolle Worte gefunden, aber alle praktischen Konsequenzen weit von sich gewiesen. Diese Kluft zwischen Worten und Taten ist schwer erträglich, auch wenn die Angst vor unübersehbaren finanziellen Folgen einer Bremer Landesinitiative verständlich ist.

Wenn Sie unseren Antrag genau lesen, meine Damen und Herren, werden Sie feststellen, daß wir keine Ersatzregelungen für eine Reform der Entschädigungspraxis auf Bundesebene vorschlagen. Das kann Bremen allein nicht leisten. Wir unterstützen alle Initiativen, die darauf abzielen, endlich auf Bundesebene die Entschädigungsgesetze für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung zu öffnen. Zweit-

rangig ist, ob das in Form einer Stiftung oder einer Reform des Bundesentschädigungsgesetzes geschieht. Aber wir können und müssen in Bremen die Bereitschaft zur konkreten Hilfe im Einzelfall erklären, und zwar unter Einbeziehung der Firmen, die damals von Zwangsarbeit profitierten.

Die konkrete Ausgestaltung des Bremer Härtefonds soll in einer Anhörung mit Betroffenen und ihren Verbänden geklärt werden. Das wäre zumindest eine Demonstration der Bürgerschaft, daß sie sich der Geschichte von Verfolgung und Wiedergutmachung in Bremen stellt und daß sie dieses Problem zu einer öffentlichen Angelegenheit der Gegenwart erklärt, über die wir nicht länger schweigend hinweggehen können.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 26. Juni dieses Jahres auf Initiative der Alternativen Liste einstimmig die Einrichtung eines Härtefonds für Opfer des Nationalsozialismus beschlossen, der einen würdevollen Lebensabend finanziell absichern soll. Hinter diesen Beschluß sollte die Bremische Bürgerschaft nicht zurückfallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Beckmeyer.

Abg. Beckmeyer (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag der Freien Hansestadt Bremen erörtert heute ein Thema, das, so meine ich, sich nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen und für Profilierungen eignet. Es ist ein, wie ich meine, für alle Parteien gleichermaßen moralisch und politisch wichtiges Thema.

Die Wiedergutmachung von Nazi-Unrecht war und ist Inhalt wichtiger Wiedergutmachungsgesetze und Wiedergutmachungsleistungen der Nachkriegsgeschichte. Auf viele dieser Entschädigungsleistungen kann man mit Recht auch als gute, notwendige Beispiele hinweisen. Doch unser Stolz auf großzügige Regelungen zur Linderung des faschistischen Unrechts wird durch eine große Anzahl von noch nicht geklärten Fragen getrübt. Es gibt noch viele vergessene und bewußt ausgeklammerte Opfer des Nationalsozialismus. Es gibt zu viele Opfer und Opfergruppen.

Die Frage der Zwangsarbeit auch in Bremen ist uns wieder in Erinnerung gebracht worden. Die Verdrängung ins Vergessen ist fürs erste einmal aufgehalten.

Durch die Anfrage des Auschwitz-Komitees Anfang dieses Jahres an das bremische Staatsarchiv ist ein erster kleiner Schleier gelüftet worden, was an Verabscheuungswürdigem auch in Bremen während der NS-Herrschaft geschehen ist und verantwortet werden muß. Wir als Sozialdemokraten haben uns an die Initiative von Herbert Wehner aus dem Jahre 1979 erinnert gefühlt, eine Stiftung Wiedergutmachung ins Leben zu rufen. Sie ist damals an juristi-

(C)

(D)

(A) schen Bedenken eines Bundeslandes gescheitert. Es bestritt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes.

Die Antwort des Staatsarchivs Bremen brachte die Bestätigung, daß aus dem eben schon von Herrn Fücks zitierten SS-Arbeitslager Hindenburg-Kaserne beziehungsweise dem späteren KZ-Außenlager Obernheide in Stuhr 800 jüdische KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit in Bremen eingesetzt waren. Davon waren 500 Frauen ungarischer und 300 Frauen polnischer Nationalität.

Das Staatsarchiv antwortete weiter — ich darf zitieren —: „Da die eigentlichen Unterlagen des Außenlagers Obernheide wie auch des Stammlagers Neuengamme vernichtet worden sind, läßt sich die Frage nach Überlebenden nicht exakt beantworten. Während des Aufenthalts in Bremen beziehungsweise Obernheide sind zirka zwölf Frauen umgekommen. Aus Berichten wissen wir, daß viele der Häftlingsfrauen den Aufenthalt im Konzentrationslager Bergen-Belsen, wohin sie zu Beginn des April 1945 deportiert worden sind, nicht überlebt haben. Bei vorsichtiger Schätzung kann man davon ausgehen, daß heute von den ehemaligen Häftlingen noch zirka 150 am Leben sein dürften. Ihre Anschriften dürften sich ermitteln lassen.“ So das Staatsarchiv!

Diese jüdischen KZ-Häftlinge, diese jüdischen Frauen, waren vom 2. August 1944 bis zum 4. April 1945 in Bremen als Zwangsarbeiterinnen eingesetzt. Sie wurden anschließend nach Bergen-Belsen deportiert.

(B) Diese eingesetzten KZ-Häftlinge waren vom Reichswohnungskommissar den Gauwohnungskommissaren, den sogenannten Gauleitern, und über diesen den örtlichen Baubehörden als Arbeitskräfte angeboten worden. Die von Bremen angeforderten Arbeitskräfte sind über den Senator für das Bauwesen bremischen Firmen zur Verfügung gestellt und von diesen insbesondere im Behelfswohnungsbau und bei der Trümmerbeseitigung eingesetzt worden.

Schon in vergangenen Jahren, erst recht aber nach den Erkenntnissen des Staatsarchivs, haben sich die Landesregierung, wir Sozialdemokraten, aber auch die GRÜNEN mit der Problematik beschäftigt. Ich erinnere an die Kleine Anfrage der GRÜNEN in diesem Hause, deren Beantwortung ja noch aussteht. Die Antwort werden wir, und das sei Ihnen gesagt, Herr Fücks, sicherlich auch in der dafür zuständigen Deputation, der Deputation für Arbeit und Wiedergutmachung, eingehend würdigen und beraten sowie auf ihre Konsequenzen untersuchen müssen.

Es stellt sich rasch die Frage, ob das die einzigen Menschengruppen waren, die als Zwangsarbeiter in Bremen zum Arbeitseinsatz kamen. Meine Damen und Herren, in diesen Tagen kam mir bei der Vorbereitung dieses Tagesordnungspunkts der „Katalog zur ständigen Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme“ in die Hände. Hier findet sich ein weiterer wichtiger Hinweis auf umfangreiche Zwangsarbeit in Bremen. Die Rubrik „Liste der Außenlager

des KZ Neuengamme“ ist lang. Auch Bremer Lager werden aufgeführt. (C)

Außer den schon erwähnten 800 weiblichen KZ-Insassen in Obernheide, die beim Senator für das Bauwesen Aufräumungsarbeiten, bei der Firma Rodiek sowie bei der Firma Lünig und Sohn zur Herstellung von Fertigbetonteilen und zum Bau von Behelfsheimen eingesetzt waren, finden sich Hinweise auf andere Lager.

Erstens, das Lager der zweiten SS-Baubrigade in Huckelriede! Hier sind zwischen dem 12. Oktober 1942 und dem Juni 1944 750 Männer für Aufräumungsarbeiten und zum Bau von Luftschutzbunkern über das Hochbauamt Bremen eingesetzt worden.

Zweitens, das Lager der Borgward-Werke! Hier sind 1944 zirka 1 000 Männer beim Bau von Kraftfahrzeugen eingesetzt worden, KZ-Häftlinge.

Drittens, das Lager der Deschimag in Blumenthal! Hier sind vom September 1944 bis April 1945 mindestens 929 Männer bei Werftarbeiten eingesetzt worden.

Viertens, das KZ-Lager der Deschimag im Schützenhof! Auch hier sind 582 Männer während der besagten Zeit für Schiffbauarbeiten tätig gewesen.

Fünftens, das Lager Farge, das Herr Fücks auch schon erwähnte — es unterstand der Marineoberbauleitung — mit zirka 2 090 KZ-Häftlingen für den Bau des U-Boot-Bunkers Valentin sowie weitere Lager bei der Norddeutschen Hütte!

Über den Verbleib dieser Menschen, meine Damen und Herren, ist nur wenig bekannt. Viele von ihnen kamen in Bergen-Belsen um, viele starben in der Lübecker Bucht. Viele Häftlinge kamen bei den Todesmärschen und den Transporten der letzten Kriegswochen ums Leben. (D)

Bereits 1942 wurden erste Außenlager in Betrieben und bei Bauobjekten außerhalb des Konzentrationslagers Neuengamme eingerichtet. Die Gefangenen wurden in Betrieben der Rüstungsindustrie sowie bei Bau- und Befestigungsarbeiten eingesetzt. Die Kompetenzverteilung zwischen der SS und dem Einzelbetrieb wurde durch einen Vertrag genau geregelt. Die SS bestimmte im Lager, der Betrieb gab die Arbeitszeiten und die Arbeitsleistungen vor. Er war auch meistens für die Unterbringung und ärztliche Versorgung zuständig.

Die KZ-Häftlinge wurden vielfach zu besonders schweren und gefährlichen Arbeiten in Bremen herangezogen. Sie arbeiteten im allgemeinen unter der Bewachung der SS in Zwölf-Stunden-Schichten. In den Betrieben, wenn auch andere Arbeiter anwesend waren, schlug die SS die Häftlinge meistens nicht. Dies geschah dafür um so intensiver im allgemeinen nach dem Appell im Lager.

Kranke und Arbeitsunfähige sandte die SS in das Stammlager zurück, wo viele von ihnen starben. Neue Häftlinge traten an ihre Stelle. Eine sogenannte Rotation setzte ein.

Mehr als 7 000 Männer und Frauen des KZ Neuengamme arbeiteten ständig in Bremen. Die Zahlen aus

(A) der Dokumentation sind Belegzahlen vom Stichtag 25. März 1945. Die Zahlen sind als Mindestzahlen zu verstehen, das heißt, die Lager können zu anderen Zeiten eine höhere Belegung gehabt haben.

Weitere Hinweise, meine Damen und Herren, über eine noch größere Dimension der Zwangsarbeit finden sich in der Dokumentation „Hungern für Hitler: Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940 bis 1945“. Herangezogen wurden in dieser Dokumentation alte Gestapo-Akten aus Bremen. Es wurden genauestens aufgestellte Listen „Bremer Fremdarbeiterlager“ ausgewertet. Diese Listen umfassen die Lageranschriften, die Beschäftigungsfirma, die Nationalität der Lagerinsassen, und die Stärke der Wachmannschaften.

Unter der laufenden Nummer 38 heißt es zum Beispiel unter anderem: „Firma Bremer Wollkämmerei, Blumenthal. Anschrift: Gemeinschaftslager Blumenthal, Albrechtstraße. Zuständiges Polizeirevier: 22. Anzahl der ausländischen Arbeiter: 520 Männer, 678 Frauen, insgesamt 1 198.“

Die Gesamtzahl der damals in Bremen zwangsarbeitenden Ausländer betrug nach diesen Unterlagen mindestens 27 000. Aber auch dies ist eine höchst vage Zahl. Ich glaube, daß die Zahl der in Bremen beschäftigten Zwangsarbeiter weitaus höher liegt.

Ich spare mir jetzt die Namen der einzelnen Betriebe, Herr Fücks sprach sie schon an: Borgward, Weser-Flug, AG „Weser“, Hafensbetriebsverein, Vulkan.

(B) Angeblich, meine Damen und Herren, sollen kürzlich auf dem Dachboden des Bremer Polizeihauses weitere Akten über Bremer Lager entdeckt worden sein. Es sind Listen des Grauens, der Unmenschlichkeit. Wir erwarten, daß auch sie gründlich ausgewertet werden. Die Opfer verlangen nach Gerechtigkeit.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]:  
Bloß nicht mehr zu lange!)

Fürwahr, Frau Bernbacher!

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich komme zurück auf die schon erwähnte Dokumentation „Hungern für Hitler“. In ihr ist unter anderem die Rede von einer Gruppe von polnischen Jungen aus Posen, Kindern, die im Kamm-Maschinen-Saal der Bremer Wollkämmerei Zwangsarbeit leisten mußten. Ich möchte aus diesen Erinnerungen eines der überlebenden Kinder, eines heute erwachsenen Mannes, zitieren. Es heißt dort:

„So ging die Zeit dahin, und wir hatten uns an vieles gewöhnt. Aber eines Tages — es muß 1943 gewesen sein — geschah etwas, was wir bis dahin noch nicht gesehen hatten: Im Krempelsaal wurden Menschenhaare verarbeitet. Über den Maschinen hingen schwarze Schiefertafeln, auf denen jeweils mit Kreide notiert stand, welche Partie gerade ver-

arbeitet wurde. Zum Beispiel: ‚Australische Wolle‘ oder ‚Merino‘, das Wort Wolle, oder Kamelhaar, Ziegenhaar. Dort stand jetzt: ‚Menschenhaar‘. In große Ballen gepreßt, eingenäht in Jutesäcke waren die Haare in die Fabrik geliefert worden. Es waren erhebliche Mengen. (C)

Ich erinnere mich an zwei Partien, die im Sommer 1943 im Abstand von zwei bis drei Monaten verarbeitet worden sind. In dem Krempelsaal, wo ich arbeiten mußte — er lag im letzten Stock der Abteilung ‚Hochbau‘ —, standen zehn Krempelmaschinen. Jede Maschine konnte etwa 600 Kilogramm pro Tag verarbeiten, zwei oder drei Tage lang liefen die Haare jeweils über die Maschinen. Es können also vielleicht 20 Tonnen gewesen sein.

Die Haare hatten verschiedene Farben; es waren auch Zöpfe dabei: manche dickgeflochten, aber auch dünne Mädchenzöpfe. In manchen Zöpfen waren kleine Metallmünzen eingeknüpft mit griechischen Schriftzeichen oder einem kleinen Loch in der Mitte. Teilweise hingen an den Haaren noch Fetzen der Kopfhaut.

Wir haben untereinander über die Haare gesprochen, denn wir konnten uns denken, woher sie kamen — aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern. So ahnten wir, was es wohl mit den Haaren auf sich hatte. Wenn man diese Mengen sah, konnte man sich ausrechnen, von wie vielen Menschen die Haare stammen mußten.

Die Deutschen, die Meister und Vorarbeiter, die Kastenpacker und Aufpasser, haben natürlich auch gesehen, was da über die Maschinen lief. Ich habe aber nie beobachtet, daß einer von ihnen irgendeine Regung zeigte, im Gegenteil. Ich erinnere mich an einen Vorarbeiter, der mir sogar gedroht hat: ‚Du, paß mal auf, wenn du draußen was von den Haaren erzählst, dann fährst du ab ins KZ!‘ (D)

Wer von den Deutschen im Betrieb alles von den Haaren wußte, kann ich nicht sagen, aber so wenige können es nicht gewesen sein. Die Ballen sind ja genauso wie die anderen Rohfasern am Schiffsanleger angelandet worden; von da kamen sie in die Lager Räume am Weserufer; dort wurden sie gestapelt und dann zur Verarbeitung in den Hochbau geschickt.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, eindrucksvoller kann man die Lage und die psychologische Situation von Zwangsarbeitern, von Kindern gar nicht beschreiben. Aber es gab darüber hinaus noch weitere Vorschriften wie beispielsweise die normale Polizeiverordnung zur Regelung des Verhaltens der im Lande Bremen eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums vom 9. Mai 1940, erlassen vom Senator für die Innere Verwaltung, in der die Beziehungen zwischen den einzelnen Volksgruppen untereinander, aber auch zum deutschen Volk, wie es dort heißt, beschrieben werden.

Die ethnische und rechtliche Differenzierung bestimmten die Lebensbedingungen der Ausländer in den Lagern. Die sogenannten Ostarbeiter wurden

(A) stets von den Westarbeitern streng getrennt, zur Not mit Stacheldraht. Die russischen Kriegsgefangenen bekamen Blätter von Zuckerrüben als Gemüse auf Vorschlag des Oberkommandos der Wehrmacht. Ähnliche Zustände führten natürlich auch zu unmenschlichen Situationen in den bremischen Lagern. Als Beispiel zitiere ich aus dem Schreiben des Leiters des Wohlfahrtsamtes Bremen vom 19. November 1941 an den Senator für die Innere Verwaltung:

„Wie mir heute morgen berichtet wird, hat die Anzahl der Todesfälle unter den russischen Kriegsgefangenen im Lager Grambke bis heute bereits die Zahl 150 erreicht, das ist etwa ein Viertel der Belegschaft.“ Er schreibt weiter: „Da die gesundheitliche Überwachung des Lagers nicht zu den Aufgaben des Wohlfahrtsamtes gehört, kann ich nicht übersehen, ob diese zahlreichen Todesfälle auf Unterernährung oder darauf zurückzuführen sind, daß die Gefangenen die ihnen jetzt gebotene, für sie vielleicht ungewohnte Kost nicht vertragen.“ Ich erspare mir das weitere.

Oder am 18. Januar 1943: „Bettelnde russische Zivilarbeiter“, ein Schreiben der Geheimen Staatspolizei an die Polizeipräsidenten in Bremen, Wesermünde und Cuxhaven!

Meine Damen und Herren, das Blinklicht leuchtet auf, ich will zum Schluß kommen! Ich will aber noch etwas zu den Gruppen sagen, die neben diesen Zwangsarbeitern berücksichtigt werden müssen. Dankenswerterweise hat Herr Fücks auch sie schon erwähnt, ich meine die Zwangsdeportierten, die Angehörigen der Sinti und Roma, die Opfer der Erbgesundheitsgesetze, die Euthanasiegeschädigten, die Zwangssterilisierten und die Homosexuellen. Auch sie sind in eine umfassende Entschädigungsregelung einzubeziehen.

Die bremische Landesregierung hat inzwischen, so meine ich, wichtige politische Schritte eingeleitet. Auf Initiative des Bremer Bürgermeisters ist der Punkt Entschädigung von NS-Opfern auf die Tagesordnung der am 3. Oktober 1986 stattfindenden Ministerpräsidentenkonferenz gekommen. Nächste Woche ist dies das Thema der Konferenz der Staats- und Senatskanzleien.

Auch der Deutsche Bundestag hat sich am 25. Juni 1986 mit diesem Thema beschäftigt, wie wir allerdings als Sozialdemokraten meinen, nicht mit einer abschließenden Regelung. Sie steht meines Erachtens noch aus, darum auch die Forderung im Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Wir fordern mit der Bundestagsfraktion der Sozialdemokraten die Einrichtung einer Stiftung des Bundes, der Länder und auch der Privatwirtschaft mit einem Stiftungsvermögen von mindestens 250 Millionen DM, um auch den noch nicht berücksichtigten Gruppen rasch Hilfe zu gewähren.

Ich möchte zum Abschluß kommen, deshalb erspare ich mir, unsere einzelnen Forderungen noch einmal vorzutragen. Ich glaube, und da stimme ich Ihnen zu, Herr Fücks, daß wir rasch handeln müssen,

weil diese Opfer heute fast alle ausnahmslos in einem sehr hohen Alter sind und wir uns den moralischen Vorwurf nicht leisten können, dies weiter zu verschleppen. Aus dem Grunde mein Appell und unsere politische Einschätzung zu dem, was von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, als Antrag vorgelegt worden ist!

Sie haben die ersten beiden Punkte unseres Antrags wörtlich übernommen und haben dann darauf abgehoben, daß Sie abwarten möchten, was im November aus dem Bericht der Bundesregierung über die Lage der NS-Opfer und über die entsprechenden Entschädigungsregelungen, die bisher gewährt worden sind, herauskommt.

Wir sind der Meinung, daß heute die Zeit des Abwartens eigentlich vorbei ist und daß wir uns spätestens im November, wenn dies auf dem Tisch liegt, darum kümmern müssen, wie es darum steht, daß die im Namen des Deutschen Reiches verursachten Verbrechen entsprechend entschädigt werden, wobei ich das Wort Entschädigung eigentlich ungern in den Mund nehme, weil es der Sachlage überhaupt nicht gerecht wird. Entschädigung ist in diesem Zusammenhang eigentlich ein völlig falsches Wort. Heute muß humane Hilfe für die Opfer, die noch leben, geleistet werden.

Zu den GRÜNEN gewandt sage ich darum: Wir werden uns heute bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten, weil wir natürlich Wert darauf legen, daß der Bund in dieser Frage nicht aus der Verpflichtung entlassen wird.

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Das wollen wir auch!)

Wir sind mit Ihnen einig. Wir werden dieses Thema in der Deputation für Arbeit und Wiedergutmachung nach Vorliegen des Berichts erneut aufgreifen, wir sind auch bereit, mit uns darüber reden zu lassen, daß, wenn erkennbar wird, daß auf Bundesebene aufgrund einer Blockade der CDU/CSU möglicherweise nichts geschieht, wir in dieser Frage noch einmal innerbremisch nachdenken werden. Dieses Thema ist damit nicht vom Tisch.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte unseren Antrag an! Ich denke, wir haben die moralische Verpflichtung, hier jetzt endlich Hilfe zu leisten!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Kollege Beckmeyer, ich stimme Ihnen in der Bewertung des schrecklichen Sachverhalts, den Sie hier noch einmal in Erinnerung riefen und beklagt haben, zu. Es ist keine bloße Formsache, meine Damen und Herren, daß die

(C)

(B)

(D)

(A) CDU-Bürgerschaftsfraktion in ihrem Antrag wie die SPD-Fraktion formuliert: „Die Bürgerschaft (Landtag) war und ist sich der politisch-moralischen Verpflichtung gegenüber allen Opfern des Nazi-Regimes bewußt.“

Das ist ein selbstverständlicher Ausfluß der Grundhaltung, daß wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft der Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker zustimmen, die er zum vierzigsten Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages gehalten hat. Die überwältigende Zustimmung aller Fraktionen, aller politisch relevanten Gruppen, Herr Kollege Fücks, zu dieser Rede des Bundespräsidenten ist ein wichtiger Beweis dafür, daß sogenannte unterirdische Verbindungslinien zwischen Faschismus und unserer heutigen Gesellschaft politisch keine Rolle spielen.

Da es hier um Härteregulungen geht, die seit Beginn der achtziger Jahre im Deutschen Bundestag beschlossen worden sind und fortgeschrieben werden sollen, muß, meine Damen und Herren, damit der Gesamtsachverhalt hinsichtlich einer Entschädigungsregelung ins Bewußtsein gerückt wird, ein kurzer Überblick über das gegeben werden, was die Bundesrepublik Deutschland bislang an tauglichen oder untauglichen Versuchen der Entschädigung oder Wiedergutmachung geleistet hat.

(B) Ich teile das Unbehagen, angesichts des Leides, das durch nationalsozialistische Gewaltherrschaft zugefügt worden ist, von Wiedergutmachung oder Entschädigung zu sprechen. Ich bin mir mit der Union voll dessen bewußt, daß dieses unsagbare Leid durch materielle Leistungen, durch Geldleistungen oder durch geldwerte Leistungen niemals ausgeglichen werden kann. Es sind unvollkommene menschliche Versuche, und die Bundesrepublik hat bislang sich dieser moralischen Pflicht wie folgt gestellt:

Bereits unmittelbar nach Kriegsende ist es zu einer sogenannten Entschädigungsgesetzgebung zugunsten Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gekommen. Die zunächst in den Ländern getroffenen gesetzlichen Regelungen wurden nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch eine umfangreiche Gesetzgebung und durch Wiedergutmachungsabkommen, insbesondere durch das Israel-Abkommen, ergänzt. Grundlage waren das sogenannte Bundesergänzungsgesetz für die Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 1. Oktober 1953, das Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer von nationalsozialistischer Verfolgung vom 29. Juni 1956 und das Bundesentschädigungsschlußgesetz von 14. September 1965 und das Bundesrückerstattungsgesetz. Sämtliche im Antrag der Fraktion der GRÜNEN angeführten Personengruppen werden von diesen Gesetzen grundsätzlich erfaßt.

Nach dem Bundesentschädigungsgesetz werden Personen entschädigt, die aus politischen, rassischen, religiösen Gründen oder wegen ihrer welt-

(C) anschaulichen Ansichten verfolgt worden sind und durch diese Verfolgungsmaßnahmen Schaden an Leben, Körper oder Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder ihrem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitten haben. Für Personen, denen aus anderen Gründen entsprechende Schäden rechtswidrig zugefügt worden sind, gilt das sogenannte allgemeine Kriegsfolgengesetz.

Personen, die aus den im Bundesentschädigungsgesetz genannten Gründen unter der NS-Gewaltherrschaft Zwangsarbeit in einem Konzentrationslager oder sonst unter haftähnlichen Bedingungen bei deutschen Unternehmen oder sonstigen Stellen leisten mußten, haben nach dem Bundesentschädigungsgesetz Haftentschädigung erhalten.

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Haftentschädigung!)

Für die durch die Zwangsarbeit selbst erlittenen Schäden an Gesundheit und in der beruflichen Existenz erhalten die Betroffenen zum Teil Entschädigung in Form von Renten, Kapitalentschädigung oder Heilverfahren. Angesichts des unterschiedlichen Ausmaßes der Schäden im Einzelfall mußte der Gesetzgeber nach Art und Umfang der Schäden differenzieren. Aus diesem Grunde hat er den bereits erwähnten verfolgten Gruppen, die unter der NS-Herrschaft besonders schwer gelitten und zum Teil schwerste Schäden davongetragen haben, in den Wiedergutmachungsgesetzen im engeren Sinne, insbesondere im Bundesentschädigungsgesetz mit den darin enthaltenen besonders weitgehenden Beweiserleichterungen, volle Entschädigungsansprüche eingeräumt.

(D) Meine Damen und Herren, 1965 war also das Bundesentschädigungsschlußgesetz Konsens im Bundestag, gleichwohl war dem Problemfeld nicht ausreichend Genüge getan. Ende der siebziger Jahre wurde diese Entschädigungsfrage unter dem besonderen Gesichtswinkel einer Härteregelung im Bundestag erneut debattiert. Die Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der FDP beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, einen Fonds für Härteregulungen einzurichten. Das war ein übereinstimmender Beschluß in Korrektur der mehrfach geäußerten Auffassung im Deutschen Bundestag, interfraktionell, meine Damen und Herren, es handelte sich bei der Entschädigungsregelung um eine abschließende Regelung.

Es waren nach den Entschädigungsgesetzen 91 Milliarden DM geleistet worden, und nun wurde ein Fonds gebildet, der mit 540 Millionen DM dotiert wurde. Ich rufe meine Überzeugung, mein Bekenntnis, meine Damen und Herren, in Ihre Erinnerung zurück: Diese gewaltigen Summen sind nicht geeignet, das Unrecht, das Leid, den Terror auszugleichen. Das ist menschlich unmöglich. Es sind unvollkommene Versuche.

Nach der Einrichtung dieses Härtefonds und der zusätzlichen Dotation gab es erneut im Bundestag

(A) Diskussionen, insbesondere im Jahr 1985. Sachgleiche Initiativen, wie sie heute hier von den GRÜNEN vorgelegt worden sind, sind von den GRÜNEN im Deutschen Bundestag eingebracht worden, zum Beispiel ein Gesetz über Entschädigung für Zwangsarbeit in der Nazi-Zeit und ein Gesetz über die Entschädigung aller durch Staatsunrecht Verfolgten während des Dritten Reiches.

Gleichwohl muß in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß gerade die in dem Antrag der GRÜNEN genannten Personengruppen der Sinti, der Roma, der Zwangssterilisierten, der Zwangsarbeiter und auch der Homosexuellen in den Richtlinien des Härtefonds erfaßt sind. Dennoch ging der Deutsche Bundestag bei der Diskussion dieser Initiativen davon aus, daß im Vollzug der Härterege lung, wobei der Bundestag selbst interfraktionell im Härtefonds vertreten ist, festgestellt werden kann, daß ein zusätzlicher Regelungsbedarf vorhanden ist. Das ist die Basis unseres Antrags.

Wir gehen gemeinsam mit der SPD davon aus, daß die Regelungen des Bundesentschädigungsgesetzes in den verschiedenen Novellierungen nicht allen Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gerecht werden. Wir bejahen die zusätzliche Härterege lung, die interfraktionell Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre verabschiedet und eingerichtet worden ist, und sind der Auffassung, daß die Entscheidung von CDU/CSU- und FDP-Bundestagsfraktion vom 6. November 1985 richtig ist, im Licht der erneut geführten Diskussion die Bundesregierung zu einem konkreten Bericht über die Ausführung der Richtlinien zum Härtefonds aufzufordern.

(B) Über die Eilbedürftigkeit brauchen wir nicht zu streiten. Wir diskutieren nicht im Jahr 1970, Herr Kollege Beckmeyer, nicht im Jahr 1980, wir diskutieren heute, und die Frist für die Bundesregierung läuft am 1. November 1986 ab, also alsbald. Wir halten es nach gründlicher Beratung in der Fraktion für sachgemäß, für im Interesse der Opfer des Faschismus liegend, wenn die Bundeskompetenz erhalten bleibt und eine Regelung gefunden wird, die die bisherigen komplexen Regelungen ergänzt. Deswegen lehnen wir den Antrag der GRÜNEN ab. Wenn das kleinste Land einen Härtefonds bildet, ist das ein unangemessener Vorgriff auf die eigentlich kompetente Regelung der Bundesinstanz.

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Berlin!)

All diese Fragen sind bisher im Bund geregelt worden, Herr Kollege Fücks, ich weiß, daß Ihr Antrag in Berlin, der Antrag der AL, ein Entschädigungsgesetz zu ändern, vom Hauptausschuß abgelehnt worden ist. Ich habe gerade die Drucksache erhalten. Es stimmt in der Tat, daß die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus in Berlin aufgrund dieser Initiative einen Berliner Härtefonds vorgeschlagen hat.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Na bitte!)

(C) Aber ich halte auch dies nicht für den richtigen Weg. Ich bin der Meinung, die Bundeskompetenz muß erhalten bleiben, dort ressortieren die entscheidenden Aufgaben, wenn ich zum Beispiel an das Bundesfinanzministerium denke, und dort muß im Lichte der Erfahrungen der Berichterstattung über den Vollzug des Härtefonds ein entsprechender Regelungsbedarf festgestellt und die entsprechende differenzierte Regelung vorgenommen werden, und zwar auch und gerade zugunsten des aus Ihrem Antrag hervorgehenden Personenkreises.

Im übrigen ist das kein Kneifen der Länder, um Mißverständnissen vorzubeugen, vor der finanziellen Verantwortung, denn bei allen Entschädigungsregelungen — ich sagte, bislang nach dem normalen Bundesentschädigungsrecht 91 Milliarden DM — sind ja die Länder mit 50 Prozent beteiligt. Dieser Anteil würde dann nach dem Königsteiner Schlüssel auch auf das Land Bremen entfallen. Verstehen Sie mich da also bitte nicht falsch! Ich bin aus Sachgründen dafür, daß die Bundeskompetenz erhalten bleibt, und lehne deswegen diesen Einzelvorgriff für eine beschränkte Anzahl der Opfer im Interesse der Opfer ab.

(D) Bezogen auf den SPD-Antrag bin ich aus Sachgründen der Meinung, daß es zu früh ist, jetzt schon eine Bundesstiftung zu verlangen. Warum nicht eine Verbesserung des Härtefonds, wie er bereits mit Zustimmung der SPD-Fraktion in Bonn etabliert ist? Im übrigen gehen Sie von einer Summe von 250 Millionen DM aus, Herr Kollege Beckmeyer. Das muß sorgfältig geprüft werden, ob das überhaupt ausreicht, denn der erste Härtefonds ist ja schon mit 540 Millionen DM dotiert, wie mir eine Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums zeigt.

Stellen Sie sich bitte diese Parallelität zwischen dem existierenden Härtefonds, der ja auch einem Regelungsbedarf entsprochen hat, und einer Bundesstiftung vor! Wollen Sie ein so schreckliches Problemfeld noch durch eine überflüssige Bürokratisierung zusätzlich belasten? Doch sicherlich nicht! Deswegen bitte ich, sich unserem Antrag anzuschließen.

Wir sind gegenüber der Verbesserung der Härterege lung aufgeschlossen und wollen aus den dargelegten Gründen den alsbald vorzulegenden Bericht der Bundesregierung zu diesem Fragenkomplex abwarten, um dann davon ausgehen zu können, daß eine nachhaltige effektive Verbesserung der Härterege lung bei den Opfern nationalsozialistischer Gewaltherrschaft vollzogen werden kann.

Deswegen, meine Damen und Herren, lehnen wir den Antrag der GRÜNEN ab. Da wir tendenziell mit dem Antrag der SPD übereinstimmen, enthalten wir uns aus den dargelegten Gründen bei dem Antrag der SPD der Stimme und bitten im Interesse dieser wichtigen Sache, die einer moralischen Verpflichtung des gesamten deutschen Volkes entspricht, um Annahme unseres Antrags!

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort Frau Senator Lemke.

**Senator für Umweltschutz und für Arbeit Frau Lemke:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Mir geht es so, daß, wenn ich mich mit dieser Zeit befaße und darüber hinaus möglicherweise auch noch mit Dokumentationen, die noch vorhanden sind und die wir auch mit zu bearbeiten haben, wenn wir die Anfrage der GRÜNEN beantworten und in der Deputation für Arbeit und Wiedergutmachung debattieren, daß mich mehr als Abscheu erfaßt. Deshalb fällt es mir aus vielen Gründen schwer, hierüber zu reden.

Ich bin mit Ihnen darin einig, daß, wenn wir von Entschädigung oder Wiedergutmachung reden — und da fällt mir auch der Titel der Arbeitsdeputation ein, nämlich Deputation für Arbeit und Wiedergutmachung —, dies alles nicht die Worte sind, solche erlittenen Greuelataten zu entschädigen oder wiedergutzumachen. Ich glaube nicht, daß man ein solches erlittenes Leid damit benennen kann oder irgend etwas damit erreichen kann. Ich würde die Formulierung „materielle Hilfe für das, was man erlitten hat“ wählen. Ich glaube, darauf können wir uns alle einigen.

(B) Einiges ist hier schon vorgetragen worden, und wir werden uns, wie gesagt, damit noch zu befassen haben, wenn die Beantwortung, die sehr schwierig ist, weil viele Dokumente vernichtet worden sind, und die Beratung in der Deputation erfolgt. Wir werden dann auch auf die konkreten Zahlen zurückgreifen können.

Ich will hier nur sagen, daß der Senat auch in letzter Zeit Beträchtliches geleistet hat, um den vergessenen Opfern zu helfen. Unstrittig ist, da gibt es offensichtlich keinen Dissens zwischen allen Fraktionen, daß es trotz Bundesentschädigungsgesetz Lücken und vergessene Opfer aus dieser Zeit gibt, die vom Bundesentschädigungsgesetz eben nicht berücksichtigt und erfaßt werden. Deshalb hat der Senat einiges getan.

Der Senat hat zum Beispiel dafür gesorgt, daß die Entschädigungsrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz nicht voll auf die Sozialhilfe angerechnet werden. So verfahren außer Bremen nur noch zwei andere Bundesländer, nämlich Nordrhein-Westfalen und Hessen. Wir sind also eines der wenigen Bundesländer, das wenigstens auf diese Weise versucht, den Verfolgten etwas entgegenzukommen.

Der Senat ist in dieser Angelegenheit auch im Bundesrat initiativ geworden und hat eine entsprechende gesetzliche Änderung beantragt. Diese Änderung ist gescheitert. Sie hat leider im Bundesrat keine Mehrheit gefunden. Das ist ein Fakt.

Der Präsident des Senats hat die Frage der Verfolgten — insbesondere auch die Frage nach der Entschädigung von Zwangsarbeitern — auf die Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenz setzen lassen, die im Oktober dieses Jahres stattfindet, um in

(C) dieser Ministerpräsidentenkonferenz darüber zu beraten und zu verhandeln. Ich selbst habe mit der Sprecherin des Auschwitz-Komitees zum Problemkreis der Zwangsarbeiter ein Gespräch führen dürfen und habe ihr mitgeteilt, welchen Weg der Senat einschlagen will, um hier zu einer Regelung zu kommen.

Nach meinem Eindruck, Herr Fücks, war es so, daß das zwar nicht akzeptiert, das kann man nicht sagen, aber daß zumindest gesagt worden ist, dann warten wir einmal ab, was sich sowohl aus dieser Ministerpräsidentenkonferenz ergibt als auch aus den Initiativen, die die Fraktionen im Bundestag ergriffen haben.

Ich möchte daran erinnern, daß nach der Debatte, die im Juni dieses Jahres im Bundestag geführt worden ist, endgültig noch einmal Anfang November im Bundestag darüber beraten werden soll, und ich denke, daß es deshalb, aber nicht nur aus taktischen Gründen, nicht klug wäre, den Bund durch eine eigene Landesinitiative aus seinem Handlungsdruck zu entlassen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Dies ist eine Bundesangelegenheit, und ich glaube nicht, daß die Landesinitiative dann zu dem gewünschten Weg führt, den wir einschlagen wollen, nämlich den Bund hier nicht aus dem Handlungsdruck zu entlassen, bevor hier irgend jemand sagt, es sei eine rein finanzielle Entscheidung. So ist es nicht! Der Landesinitiative gebe ich nicht nur wegen des Handlungsdrucks nicht den Vorzug, sondern es stellt sich doch auch bei einer Landesinitiative sofort die Frage nach der Abgrenzung entsprechend der Landesgrenzen.

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht wirklich darauf ankommen, ob ein Lager für Zwangsarbeiter diesseits oder jenseits der Ochtum gelegen hat! Oder kann es von Bedeutung sein, ob die Betroffenen in Bremen oder vielleicht in Delmenhorst unter diesen schrecklichen Bedingungen arbeiten mußten, möglicherweise noch eingewiesen oder eingesetzt von demselben Unternehmen? Wenn man sich diese Fragen einmal stellt — und so ist es wahrscheinlich gewesen, die Dokumentation und die Beantwortung der Fragen werden das jedenfalls für bestimmte Fälle ergeben —, heißt das gleichzeitig auch, sie zu verneinen. Deshalb die Haltung des Senats!

Abschließend möchte ich Ihnen allen noch sagen, daß ich natürlich hoffe, daß sich der Bund dieser Verantwortung insgesamt nicht entzieht. Aber darüber hinaus, und wir werden das Ergebnis abzuwarten haben, ich kann das heute noch nicht beurteilen, bin ich der Ansicht, daß, wenn wir diesen Problembereich beraten werden, wir hier zu einer von allen Fraktionen und von allen Parteien — und sei es dann auch nur in Bremen — gemeinsam getragenen Lösung kommen müssen, denn es geht ja nicht um irgendeine Minderheit, sondern es geht um die

- (A) Bewältigung eines Teils gemeinsamer deutscher Geschichte. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks.

Abg. **Fücks** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz auf die Begründungen eingehen, mit denen Sie unseren Antrag zurückweisen. Frau Senator, wäre die Wirkung eines solchen Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft, die grundsätzliche Bereitschaft zur Einrichtung eines Bremer Härtefonds zu erklären, wirklich die, den Bundestag und die Bundesregierung aus ihrer Verpflichtung zu entlassen, für eine Bundesregelung zu sorgen? Unserer Auffassung nach wäre das Gegenteil der Fall. Wir würden damit auch in Richtung Bonn ein politisches Signal setzen, das die Dringlichkeit dieser Angelegenheit unterstreicht und das den Handlungsdruck auf die Bundesregierung verstärken würde.

Wir würden entsprechende Initiativen auch in anderen Kommunen und Bundesländern ermutigen, und wir haben bereits darauf hingewiesen, daß Berlin mit einer CDU-Mehrheit diesen Schritt gemacht hat. Wir würden gleichzeitig die Bereitschaft erklären, unbürokratisch und jenseits aller rechtlichen Kompetenzerwägungen Menschen konkret zu helfen, von denen wir gar nicht wissen, wie lange sie noch leben und warten können, bis eine Neuregelung auf Bundesebene erfolgt.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Thape entgegenzunehmen?

Abg. **Fücks** (GRÜNE): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Thape!

Abg. **Thape** (SPD): Herr Kollege Fücks, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es Berlin leichter fällt, eine Sonderregelung zu treffen, weil die Bundesregierung 50 Prozent des Berliner Etats finanziert?

Abg. **Fücks** (GRÜNE): Herr Kollege Thape, ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß es Berlin leichter fällt. Aber ich bin auch der Auffassung — und ich glaube auch, Frau Lemke und Herrn Beckmeyer so verstanden zu haben —, daß eine solche Entscheidung nicht allein unter finanzpolitischen Gesichtspunkten getroffen werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Thape (SPD): Aber im Alleingang auf jeden Fall!)

Wir unterscheiden uns in der Einschätzung der Möglichkeiten auf Bundesebene. Wenn wir die Situa-

tion richtig beurteilen, dann hat der Finanzausschuß als federführender Ausschuß im Juni dieses Jahres in Bonn einen ganz fatalen Beschluß gefaßt. Er hat nämlich die Bundesregierung aufgefordert, bis zum 1. November dem Plenum Bericht zu erstatten und eine Zwischenbilanz über die bisherigen Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen vorzulegen. Im gleichen Beschluß hat er sämtliche vorliegenden Anträge, die Wiedergutmachungsfrage neu aufzurollen, für erledigt erklärt. Leider hat die SPD mit der CDU gestimmt, die GRÜNEN haben sich enthalten. Sie hat damit auch ihre eigenen Anträge, die im Bundestag vorlagen, zunächst einmal für obsolet erklärt.

Wir halten das für fatal, weil wir davon ausgehen, daß sich zumindest in dieser Legislaturperiode in Bonn nichts mehr bewegen wird und daß sich auch, wenn es nicht zu einem Wechsel der politischen Mehrheit kommen wird, der nächste Deutsche Bundestag wenig und nur langwierig in dieser Frage bewegen wird. Deshalb denken wir, daß unbedingt jetzt die Möglichkeit durch eine Initiative aus den Kommunen und aus den Ländern genutzt werden muß, dieses ganze Verfahren zu beschleunigen.

Herr Klein hat in seinem Beitrag beinahe die Berechtigung und Notwendigkeit unserer Initiative in Frage gestellt, da auf Bundesebene, wenn nicht alles ausreichend geregelt sei, doch zumindest damit zu rechnen wäre, daß in nächster Zeit eine solche Regelung ergänzt werden würde. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wie tatsächlich der Stand der Dinge auf Bundesebene ist.

Das Bundesentschädigungsgesetz hatte von Anfang an den entscheidenden Webfehler, daß es die Beweislast auf die Opfer gewälzt hat. Das hat viele von vornherein schon daran gehindert, ihre Ansprüche geltend zu machen, weil sie nicht nachweisen konnten, in welchen Zeiten sie welchen Verfolgungen konkret ausgesetzt waren, keine Unterlagen darüber besaßen oder keine Zeugenaussagen mehr auftreiben konnten. Punkt eins!

Punkt zwei: Das Bundesentschädigungsgesetz hat, und das empfinde ich als eine solche soziale Herzlosigkeit, von Anfang an Entschädigungsregelungen sozial differenziert, es wurde also eine unterschiedliche Einstufung der Antragsteller je nach sozialem Rang vorgenommen. Die Grundentschädigung für einen Monat Konzentrationslagerhaft betrug 150 Reichsmark, im Jahr 1800 Reichsmark. Das war eine Regelung, die nach dem Krieg auf Druck der Alliierten beschlossen und die dann durch die Bundesrepublik übernommen wurde.

Jemand wie der ehemalige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hat hingegen wegen einer entgangenen Professorenstellung, nachdem er im Jahr 1944 wegen Kontakten zum Kreisauer Kreis zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, eine Entschädigung von 281 000 DM zugesprochen erhalten. Ich will das nicht gegeneinander abwägen, aber ich denke, daß eine Neuregelung unbedingt diese Art von sozialer Differenzierung abschaffen muß. Es

(C)

(D)

- (A) geht doch nicht an, daß diejenigen, die wohlhabend sind, großzügig entschädigt werden, und diejenigen, die vor allem aus dem Arbeiterwiderstand kamen oder die Zwangsarbeit leisten mußten, mit Pfennigbeträgen abgespeist werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein dritter Punkt: Kriegsdienstverweigerer und Deserteure! Es gibt bis in die jüngste Zeit hinein höchstrichterliche Urteile, die Entschädigungsansprüche von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus der Wehrmacht zurückzuweisen und die damit deren Verfolgung als rechtmäßig erklären, weil das Recht auf Desertation nicht anerkannt wird, selbst gegenüber einem Unrechtsregime und selbst gegenüber einem Raubkrieg, wie es der Zweite Weltkrieg von deutscher Seite aus gewesen ist.

Roma und Sinti: Herr Klein hat gesagt, auch die seien durch die Härterege lung erfaßt. Ja, freilich! Aber es gibt ein Urteil des Bundesgerichtshofs von 1956, das heute noch Rechtskraft hat, daß rassische Verfolgung von Roma und Sinti, die Entschädigungsansprüche begründen könnte, erst ab 1943 stattgefunden habe, und vorher, das ist jetzt wörtliches Zitat, habe das NS-Regime primär die asozialen Eigenschaften dieses Volkes geahndet.

Verstehen Sie, das meine ich, wenn ich von unterirdischen Verbindungslinien in der Gesinnung, im Geist der Verfolgung zwischen Faschismus und der Zeit danach gesprochen habe!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Sprecher der Interessenverbände der Sinti und Roma, Romani Rose, hat diesen Beschluß des Finanzausschusses vom Juni dieses Jahres so kommentiert, daß er sagt, er hätte den Eindruck, daß der Finanzminister es darauf anlegt zu warten, bis niemand aus seinem Volk mehr übrig sei, der noch Rente beanspruchen könne, und das sind noch etwa 2 000 Überlebende der NS-Zeit in der Bundesrepublik.

Zwangsarbeiter: Es gibt ein höchstrichterliches Urteil des Bundesgerichtshofs über einen Antrag eines polnischen Zwangsarbeiters auf Entschädigung für Sklavenarbeit, die er in Deutschland im Zweiten Weltkrieg leisten mußte, das feststellt, daß alle Ansprüche von Zwangsarbeitern aus kriegführenden Staaten, darunter fallen allemal auch die aus Polen und der Sowjetunion, bis zu einer endgültigen Reparationslösung zurückgestellt werden müßten, das heißt bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag.

Diese ganze Gruppe, und das war die allergrößte Gruppe von Zwangsarbeitern, ist aus der Härterege lung ausgeschlossen worden. Da kann man doch nicht sagen, es ist alles großzügig und aufs beste auf Bundesebene geregelt, und es sind nur noch kleine Randgruppen vielleicht, denen man noch einmal eine neue Möglichkeit von Entschädigung eröffnen muß! Deshalb glaube ich, daß diese Spekulation auf die Bundesebene darauf hinauslaufen wird, Zeit zu

verlieren, die wir dann nicht wieder gutmachen können. (C)

Ich appelliere an Sie noch einmal, zumindest diesen Gesichtspunkt zu berücksichtigen, daß wir gar keine finanziellen Festlegungen getroffen haben. Wir haben auch nicht gesagt, der Härtefonds muß so und so aussehen, sondern wir haben gesagt, laßt uns eine Anhörung mit den Verfolgten und ihren Interessenverbänden machen. Dort soll es noch einmal genau besprochen werden. Das hätte uns auch Zeit eingeräumt abzuwarten, was auf Bundesebene jetzt definitiv passiert.

Wir wollten ja gar nicht konkret vorgreifen. Wir wollten eine Absichtserklärung in diese Richtung haben, und wir haben auf unser Bitten an die SPD-Fraktion, laßt uns nach einer gemeinsamen Lösung in dieser Sache suchen, laßt uns das nicht gegeneinander ausspielen, immer nur gehört, wir können nicht und wollen nicht, bevor auf Bundesebene und bevor auf der Ebene der Ministerpräsidentenkonferenz eine Einigung erfolgt ist.

Wir haben dann in der letzten Woche nach Gesprächen, die wir geführt haben, vorgeschlagen: Wenn Sie unserem Antrag schon nicht zustimmen können, dann überweisen Sie ihn doch um Himmels willen mit uns zusammen an die Deputation für Arbeit und Wiedergutmachung. Herr Beckmeyer hat ja davon gesprochen, Frau Lemke auch, daß das Thema dort noch einmal behandelt werden soll. Warum sind Sie nicht bereit, unseren Antrag und damit die Möglichkeit des Härtefonds durch eine Überweisung an die zuständige Deputation offenzuhalten? Ich fürchte, Sie wollen das nicht auf dem Tisch behalten. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil das so ist und weil uns diese Angelegenheit so wichtig ist, werden wir heute nicht dabei mitmachen, daß diese Idee des Bremer Härtefonds und eine öffentliche Anhörung mit den Betroffenen von diesem Haus abgelehnt wird. Wir ziehen nämlich hiermit unseren Antrag zurück und werden ihn zu gegebener Zeit, wenn es notwendig ist, wieder präsentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Beckmeyer.

Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Anbetracht der Zeit noch einige Klarstellungen auch gegenüber der Öffentlichkeit! Es darf nicht der Eindruck entstehen, als wenn Sozialdemokraten dieses Hauses kein Interesse daran hätten, daß der Druck in alle Richtungen, die hier verantwortlich handeln müssen, nicht erhöht wird. Um eben diesen Druck zu erhöhen, um rasch zu handeln, um zu einer auskömmlichen Regelung in der gesamten Bundesrepublik für diese Opfergruppen zu kommen, haben wir diesen Antrag, der Ihnen vorliegt, eingebracht.

- (A) Er stimmt überein mit einer Forderung der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen der deutschen Länderparlamente und des Deutschen Bundestages. Er stimmt überein mit einer Grundtendenz der Meinung der Ministerpräsidenten der A-Länder. Wir sind mit vielen in dieser Republik der Meinung, daß wir möglichst noch in diesem Jahr, möglichst noch in dieser Legislaturperiode eine Lösung auf Bundesebene erreichen können.
- Ich will an dieser Stelle sagen, daß es falsch ist, wenn Sie behaupten, Herr Fücks, und ich bedauere, daß wir vielleicht in dieser Frage jetzt zu einem kleinen Streit kommen, daß die Bundestagsfraktion einmal so eben durch die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses akzeptiert hat, daß ihre Anträge einfach verschwinden und für absolet erklärt werden.
- (Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Daß sie für erledigt erklärt werden!)
- Der Abgeordnete Waltemathe hat, ich darf Ihnen das einmal zitieren, am 26. Juni 1986 vor dem Deutschen Bundestag erklärt:
- „Wir Sozialdemokraten stimmen also der Entschließung zu. Wir sind uns bewußt, daß dies der erste Schritt ist, und für uns, und wir meinen, für alle Fraktionen, sind damit die Anträge zwar formal erledigt, aber bestimmt nicht inhaltlich. Die Inhalte werden wir weiterverfolgen.“
- (B) Wir werden uns nicht davon abbringen lassen, noch in dieser Legislaturperiode auf der Grundlage des angeforderten Berichtes und nach Anhörung der Betroffenen einen Gesetzentwurf über eine Stiftung einzubringen, die noch vorhandenes Unrecht und Ungerechtigkeiten lindern muß. Es muß gelingen, auch da, wo wir uns einigen, noch in dieser Legislaturperiode zu materiellen Lösungen zu kommen. Es ist höchste Zeit, aber es ist noch nicht zu spät, wenigstens den heute noch lebenden Opfern ihre Ehre und ihre Menschenwürde wiederherzustellen und ihnen, soweit es möglich ist, eine gerechte Entschädigung zu gewähren.“
- Insofern, Herr Fücks, sind wir der Meinung, daß es auch die Aufgabe dieses Landtages ist, mit der von uns vorgelegten Entschließung und diesem Antrag dafür zu sorgen, daß auch aus den Ländern in der gleichen Weise die Forderungen in Richtung Bund, in Richtung Bundesregierung erhoben werden. Wir sind bereit, auch als Sozialdemokraten dieses Bundeslandes, in einer solchen Bundesstiftung mitzuwirken und unseren Anteil dazu beizutragen. Aber die Schwierigkeiten, die die Senatorin für Arbeit hier aufgezeigt hat, liegen auf der Hand.
- Ich bin der festen Überzeugung, daß wir unser Menschenmögliches tun werden, Herr Fücks, und sollte diese Bundesregierung sich aus diesem Thema herauswinden, was nicht auszuschließen ist, dann sage ich Ihnen vor diesem Hause, daß wir Bremer und Bremerhavener Sozialdemokraten nicht ruhen werden. Dieses Thema ist dann in Bremen auf dem
- Tisch. Dies kann ich Ihnen an dieser Stelle versichern! (C)
- (Beifall bei der SPD)
- Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Meine Damen und Herren, die Fraktion der GRÜNEN hat mitgeteilt, daß sie den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 11/644 zurückzieht. Insofern erübrigt sich eine Abstimmung.
- Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 11/667 abstimmen.
- Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und REP)
- Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?
- (CDU und GRÜNE)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.
- Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/698. Hierzu hat die SPD-Fraktion abschnittsweise Abstimmung beantragt, und zwar die Absätze eins und zwei in einem Abstimmungsvorgang und den Absatz drei in einem weiteren Abstimmungsvorgang. (D)
- Ich rufe die Absätze eins und zwei auf.
- Wer diesen beiden Absätzen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesen beiden Absätzen zu, und zwar einstimmig.
- Nunmehr rufe ich den Absatz drei auf.
- Wer dem Absatz drei seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen GRÜNE)
- Stimmenthaltungen?
- (SPD und REP)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Absatz drei ab. Insofern ist der Antrag 11/698 mit den Absätzen eins und zwei von der Bürgerschaft beschlossen.

(A) Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgehandelt. Ich bedanke mich dafür, daß Sie Verständnis für den Beratungsablauf aufgebracht haben. Wir setzen unsere Beratungen um 14.30 Uhr fort.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 13.02 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen die Seniorenkreise Himmelskamp und Neuenkirchener Weg, der Seniorenkreis Am Wall der CDU-Frauenvereinigung und eine Gruppe Bundeswehrangehöriger der Nachschubkompanie 320 aus Schwanewede als Zuhörer teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

(B) **Verhinderung der „Wunderland-Ansiedlung“**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 19. August 1986  
(Drucksache 11/686)

Die Interfraktionelle Besprechung war sich darüber einig, in die Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt auch den Tagesordnungspunkt 23 aus der Stadtbürgerschaft einzubeziehen.

Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu erteilen? — Bitte sehr!

**Senatsdirektor Dr. Hennemann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen der CDU-Fraktion wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat teilt die Auffassung der CDU-Fraktion nicht, daß die Entscheidung für die Ansiedlung eines Einkaufszentrums und eines Freizeitparks in Bremen-Osterholz vom Land Niedersachsen als ein politischer Affront aufgefaßt werden kann. Die Stadtgemeinde Bremen hat sich in der Vergangenheit weitgehend an den Beschluß des Planungsrates Bremen/Niedersachsen vom 2. Juni 1977 gehalten. So wurden in Bremen viele Bebauungspläne zur Verhinderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen aufgestellt, obwohl im Umland entsprechende Großprojekte teilweise direkt an der Landesgrenze und mit der erklärten Absicht errichtet worden sind, Kaufkraft aus Bremen abzuziehen.

(C) Mehrfach hat der Senat öffentlich erklärt, daß der vom Niedersächsischen Minister des Inneren veröffentlichte Runderlaß und die Erklärung der niedersächsischen Gemeinden, Städte und Landkreise dem Senat keine ausreichende Sicherheit dafür geben, daß die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen im Umland rechtlich absolut verbindlich verhindert werden kann. Das Schreiben des Niedersächsischen Ministers des Inneren vom 24. Juli 1986 konnte hieran aus rechtlichen Gründen grundsätzlich nichts ändern.

Der Senat geht im übrigen davon aus, daß die vielfältige und gute Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden durch seine Entscheidung nicht nachhaltig belastet wird.

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

Zu Frage zwei: Das Schreiben des Niedersächsischen Ministers des Inneren ist unterschrieben am 24.7.1986 und beim Senator für das Bauwesen mit Eingangsstempel vom 28.7.1986 versehen worden. Senatsdirektor Kulenkampff verfügte am 4.8.1986 auf dem Schreiben: „Kopie an Senator für Wirtschaft und Außenhandel“. Diese wurde abgesandt am 14.8.1986 gemeinsam mit der Stellungnahme des Senators für das Bauwesen zur Vorlage des Senators für Wirtschaft und Außenhandel für die Sitzung des Senats vom 19. August 1986 zum Thema Wunderland-Ansiedlung. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(D) **Vizepräsident Frau Knorr:** Ich danke Ihnen, Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen findet eine Aussprache statt, wenn dies von Mitgliedern der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangt wird.

Ich frage, ob eine Aussprache gewünscht wird. — Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Hollweg.

Abg. **Hollweg** (CDU)\*: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe eben von Herrn Senatsdirektor Dr. Hennemann gehört, daß Senator Lenz heute nicht hier sein kann. Den Grund, den er mir genannt hat, muß man akzeptieren, obwohl ich es eigentlich doch sehr schade finde —.

(Abg. **Tiedemann** [SPD]: Entweder akzeptieren Sie das oder nicht!)

Lieber Herr Tiedemann, so einfach ist das auch nicht! Es ist schon schade, daß bei diesem wichtigen Thema, bei dem es wirklich auch um die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen geht, wovon auch ein Teil unserer Zukunft abhängt, der

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Senat hier so verhältnismäßig schwach vertreten ist.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja nicht nur eine Frage von Senator Lenz, sondern eine Frage des Gesamtsenats.

Meine Damen und Herren, die SPD und der von ihr getragene Senat haben alle, wie ich finde, auch hier im Hause vorgetragene fundierten — und ich habe mich wenigstens damals bemüht, und ich erinnere mich, Kollege Fücks auch —, sehr sachlich vorgetragene Gründe gegen diese Ansiedlung an der Hans-Bredow-Straße in den Wind geschlagen und, wie ich finde, noch einmal wieder ganz deutlich gemacht, was wir meinen, wenn wir von Arroganz der Macht und von Ignoranz sprechen.

Ich finde das eigentlich sehr schade. Ich habe meine damalige Rede noch einmal nachgelesen, und ich muß sagen, ich finde sie eigentlich sehr gut.

(Heiterkeit — Abg. Beckmeyer [SPD]:  
Und da haben Sie beschlossen, Sie halten sie  
heute noch einmal!)

Ich darf Ihnen sagen, liebe Kollegen, ich habe mir richtig einmal Mühe gegeben, um auch noch einmal zu testen, ob es denn immer so sein muß und immer so bleiben muß, daß niemals Argumente irgendwo hier in diesem Hohen Hause überkommen können.

(B) (Abg. Frau Uhl [SPD]: Wie geht das denn?)

Meine Damen und Herren, Sie haben gegen die gesamte Bremer Wirtschaft dieses Wunderland beschlossen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich darf Ihnen sagen, zu den Jungen Unternehmern — —.

(Abg. Klatt [SPD]: Gehören Sie auch!)

Nein, leider nicht mehr, aber ich habe sie mit gegründet! Ich habe diesen Arbeitskreis mitbegründet. Darauf bin ich sehr stolz.

Ich darf Ihnen sagen, als ich 25 Jahre alt war,

(Abg. Frau Uhl [SPD]: Lang, lang ist es her!)

das ist so das Mittelalter im Bereich der Jungen Unternehmer, ähnlich wie bei Ihnen mit den Jusos, glaube ich wenigstens, ich war da ja noch nicht, mit 25 Jahren war ich ein glühender Verfechter der reinen Lehre der freien Marktwirtschaft. Ich habe aber gelernt, nicht zuletzt auch durch die Zusammenarbeit mit Ihnen allen hier im Hohen Hause, was der entscheidende Unterschied ist zwischen der reinen Marktwirtschaft

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Und der  
freien Marktwirtschaft!)

und der sozialen Marktwirtschaft, der freien und der sozialen Marktwirtschaft! (C)

(Beifall bei der CDU)

So leicht, lieber Herr Beckmeyer, legen Sie mich nicht aufs Kreuz! Meine Damen und Herren, das ist ja in der Tat ein großer Unterschied.

Wir bedauern ganz außerordentlich, daß es zu diesem Beschluß gekommen ist, und ich muß Ihnen sagen, wir bedauern auch die Art und Weise, wie hier im Vorfeld die Diskussionen gelaufen sind. Ich habe da selbst ein Erlebnis gehabt.

Im Ortsamt Osterholz waren etwa 70 bis 80 Leute aus der Gegend dort, kleine und mittelständische Unternehmer, die dort ihre Sorgen vorgetragen haben, und sie sind abgekanzelt worden von dem Ortsamtsleiter, der die Sprache der Mehrheit Ihrer Fraktion gesprochen hat. Dort war ein kleiner Kaufmann, der uns erzählt hat, daß er etwa drei bis vier Mitarbeiter beschäftigt und daß, wenn Wunderland kommt, er zunächst einmal diese Mitarbeiter entlassen muß und daß wahrscheinlich seine Frau und er den Laden schließen müßten.

Darauf hat der Ortsamtsleiter Rosik gesagt, bewerben Sie sich doch, vielleicht können Sie damit hineingehen, noch ist ja die Liste nicht geschlossen. Der Kaufmann entgegnete, das könne er nicht, das koste zuviel Geld. Er habe doch hier alles aufgebaut und sei seit Jahrzehnten an diesem Standort. Dazu sagte Herr Rosik, das täte ihm wahnsinnig leid, aber das wäre der Lauf der Zeit, und das wäre nicht zu ändern. (D)

Meine Damen und Herren, Leute, die so reden, haben keinen Kabeljauverstand.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder  
den Vorsitz.)

Leute, die so reden, sind nach meiner Auffassung zynisch und auch menschenverachtend.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat ist auf der einen Seite wahnsinnig stolz darauf, daß er in schwierigen Verhandlungen mit dem Investor erreicht hat, daß er kostenlos die Bäume umpflanzt, aber für die Menschen, die davon vor Ort, im Umland, in der City und anderswo betroffen sind, interessiert man sich nicht besonders.

Nun könnten Sie sich wenigstens für die Arbeitnehmer interessieren, wenn Sie schon etwas gegen die Unternehmer haben, denn daß Sie etwas auch gegen die kleineren und mittleren Unternehmer haben, kann auch die Regierungserklärung von Koschnick, wo sie zum ersten Mal aufgetaucht sind, nicht weglassen.

Da erinnere ich einmal an die Gelbe-Punkt-Aktion, die Sie unter Ihrem Bundesgeschäftsführer Börner durchgeführt haben. Damals haben Sie nämlich, und zwar in Bremen besonders ausgeprägt, allen kleinen und mittleren Geschäften einen gelben Punkt an das Schaufenster geklebt, die die Lockvogelangebote

(A) von Co-op und anderen Großen nicht mitmachen wollten, weil sie zu teuer waren. Sie wurden diskriminiert. Ich will hier nicht einen Zusammenhang herstellen mit dem Judensterne, das ist vielleicht etwas zu weit hergeholt,

(Unruhe bei der SPD)

aber, meine Damen und Herren, denken Sie darüber nach, was das bedeutet hat für diese Leute!

(Abg. Tepperwien [SPD]: Eine Entgleisung, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, daß für jeden neugeschaffenen Arbeitsplatz in den großen Einrichtungen 2,5 Arbeitsplätze verlorengehen. Beim Wertkauf-Objekt war von 700 Mitarbeitern die Rede, ich glaube, jetzt sind es 150 oder 160, nichts ist in Erfüllung gegangen. Tatsache ist aber — die Untersuchungen im einzelnen fehlen ja noch, Herr Dr. Hennemann, aber man arbeitet wohl daran —, daß in dem Bereich dort viele Arbeitsplätze verlorengegangen sind.

Meine Damen und Herren, die ganze SPD ist allerdings nicht Ihrer Meinung. Einer, mit dem ich einmal als junger Unternehmer diskutiert habe, Wolfgang Roth, der damals gefürchtete Juso-Führer —.

(Heiterkeit bei der SPD)

(B) Ja, wir haben uns mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen auseinandergesetzt, und die Jusos gehörten damals noch dazu, meine Damen und Herren!

Roth hat am 4.2., und das werden Sie wahrscheinlich wissen und möglicherweise auch intern diskutiert haben, mit Dr. Vogel und der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag zum Thema Wettbewerb und Verbraucherschutz im Einzelhandel eingebracht. Ich will daraus einen Absatz zitieren, weil er deutlich macht, worum es auch hier geht.

„Im Einzelhandel ist es in den letzten Jahren zu einem Verdrängungswettbewerb und zu einer Konzentration gekommen, der kleine und mittlere Betriebe in großer Zahl zum Opfer gefallen sind. Dies gilt insbesondere für den Lebensmitteleinzelhandel. Die Zahl der Unternehmen in diesem Bereich ging seit 1968 um über 45 Prozent zurück. Nur ein Prozent der Unternehmen im Nahrungs- und Genußmittelhandel haben heute bereits einen Marktanteil von rund 60 Prozent.“

Die anhaltende Konzentration wirtschaftlicher Macht im Einzelhandel vernichtet selbständige Existenzen und Arbeitsplätze. Sie gefährdet funktionsfähige wettbewerbliche Marktstrukturen und damit auf längere Sicht auch Verbraucherinteressen. Die Verdrängung selbständiger Einzelhändler beeinträchtigt darüber hinaus die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs vor allem in ländlichen Gebieten. Viele Gemeinden sind bereits ohne lokale Versorgungsmöglichkeiten. Betroffen davon sind insbesondere alte und sozial schwache Bürger, die weit

(C) entfernt von Einkaufszentren oder Verbrauchermärkten diese nicht erreichen können.“

Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die ich in der April-Sitzung hier vorzutragen versuchte. Das hat etwas zu tun mit der Wirkung von Verbrauchermärkten auf die Urbanität von Städten.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen nach all dem sagen, daß der Senat und auch die SPD-Fraktion nach unserer Überzeugung gegen die Landesverfassung verstoßen.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Jawohl! In der Landesverfassung steht unter Artikel 40: „Selbständige Klein- und Mittelbetriebe“ — ich zitiere, Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung — „in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel und Schifffahrt sind durch Gesetzgebung und Verwaltung zu schützen und zu fördern.“ Zu schützen und zu fördern! Da frage ich Sie, was das mit Schutz zu tun hat, was der Ortsamtsleiter da vor Ort den Leuten gesagt hat, in Ihrem Auftrag natürlich.

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren, wie ich finde, sehr interessanten Zitat, nämlich dem, das ich im „Handelsblatt“ gelesen habe. Die Originalunterlage habe ich leider noch nicht bekommen. Ihr Kollege oder Ihr Parteifreund Christoph Zöpel, bedeutendes Mitglied im Kabinett Ihres Kanzlerkandidaten und nordrheinwestfälischer Minister für Stadtentwicklung, hat sich dieses Themas angenommen. Mit einem Erlaß will er die Ansiedlung von Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese begrenzen, Überschrift übrigens: „Verödung bremsen“.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Er hat auch keinen Stadtstaat!)

Ja, ich komme noch auf den Stadtstaat! Ich zitiere: „Denn seiner Ansicht nach führt die Ansiedlung von SB-Warenhäusern, Verbrauchermärkten und großen Fachmärkten am Stadtrand oder auf unbeplanten Flächen in den Innenstadtbereichen zu einer starken Ablenkung des Einkaufsgeschehens aus den Stadtzentren ins Umland. Die Innenstädte veröden und verlieren an Attraktivität. Die Versorgung der Bürger, die kein Auto besitzen, wird gefährdet, moniert Zöpel während einer Pressekonferenz in Düsseldorf.“

Dann geht das so weiter, ich brauche das hier nicht alles noch einmal vorzulesen.

(Abg. Frau Leinemann [SPD]: Ja, das will ich aber!)

Das Zitat ist mindestens viermal so lang. Ich habe nicht soviel Zeit, aber ich stelle Ihnen das gern zur Verfügung, wenn Sie nicht wissen, was Ihre eigenen Parteifreunde sagen, die etwas davon kennen.

(C)

(D)

(A) Es soll ja sogar in Bremen einige geben, die mehr davon kennen.

(Abg. Klein [CDU]: Die sind nicht hier!)

Ich kann sie aber nicht mehr loben, weil bei mir der Verdacht aufkommt, daß da auch ein bißchen Doppelstrategie im Spiel ist. So geht das natürlich nicht, daß jemand zwei, drei Tage vor der letzten, vor der entscheidenden Sitzung des Senats gewisse Leute anruft und sagt, ich habe heroisch gekämpft, bis zuletzt, aber in zwei Tagen wird das nun anders entschieden, um sich da schon vorher abzusichern. Das finden wir nicht gut so. Aber es soll doch der eine oder andere gekämpft haben, und es muß ja auch eigentlich so sein, daß auch in Bremen Leute Bescheid wissen über das, was hier wirklich stattfindet.

Meine Damen und Herren, der Senat sagt, dies alles schade der Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen nicht. Ich bin der Meinung, daß Bremen Niedersachsen den Handelskrieg erklärt hat.

(Lachen bei der SPD)

Ich will nicht sagen, daß hier SS-20 aufgestellt worden sind und daß die anderen jetzt nachrüsten mit Pershing, aber, meine Damen und Herren, ich habe im April hier sagen können, daß die möglichen Vereinbarungen mit Niedersachsen noch nie auch nur annähernd politisch so abgesichert waren wie zum damaligen Zeitpunkt. Heute und nach dem Brief von Herrn Hassenbier aus dem Innenministerium, nachdem weitere Gespräche auch mit Albrecht und anderen stattgefunden haben, sage ich Ihnen, die Sache hätte jetzt auch juristisch für die wirklich großen in Frage kommenden Märkte abgesichert werden können.

(Beifall bei der CDU)

Wir bedauern zutiefst, daß Bremen diese Chance ausgeschlagen hat, denn ich finde, und das hören wir ja auch von Senator Grobecker und anderen, Bremen hat die Unterstützung — ich will gar nicht von Wohlwollen reden, das höre ich auch nicht gern als Bremer — und die finanzielle Hilfe im vertikalen wie auch im horizontalen Finanzausgleich bitter nötig.

(Beifall bei der CDU — Abg. Tiedeman [SPD]: Einen Rechtsanspruch!)

Ich finde, daß auch aus dieser Sicht zu diesem Zeitpunkt diese Entscheidung eine ungeheure Provokation bedeutet.

Meine Damen und Herren, das rote Licht leuchtet schon auf! Ich hätte gern noch vorgelesen aus dem Brief von Hassenbier und Radio Bremen zitiert, wo darüber berichtet wurde. Es hat ja vor kurzem wieder eine Sitzung des Planungsrats stattgefunden. Nach meiner festen Auffassung ist das Klima total vergiftet. Ich befürchte, daß wir uns alle über Wun-

derland oder die Auswirkungen von Wunderland noch sehr, sehr wundern werden. (C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, hier jetzt einzugehen auf die Verhandlungen des Senats oder auf das, was daraus bekanntgeworden ist, ist erstens deshalb schwierig, weil man das nur aus der Zeitung kennt — ich wenigstens —, und zweitens würde das hier auch den Rahmen meiner Zeit sprengen. Ich will nur wenige Anmerkungen machen.

Ich glaube nicht, daß es möglich ist, mit dem Investor — und das habe ich damals schon gesagt — zu erreichen, daß alle dort tätigen Firmen ihren Steuersitz in Bremen nehmen. Das halte ich für völlig ausgeschlossen. Ich weiß gar nicht, wer das alles bezahlen soll.

Bei der Konventionalstrafe ist von 20 Millionen DM die Rede bei einem gewissen Zeitpunkt. Das hört sich toll an. Ich habe das einmal nachgerechnet — vielleicht kann ich nicht gut rechnen, aber immerhin —, und ich komme dabei auf 0,8 bis 0,9 Prozent vom Umsatz als Konventionalstrafe. Wenn der Laden gut läuft, dann lachen sie darüber und zahlen das aus der Westentasche, und wenn der Laden ganz schlecht läuft, was ja auch einige befürchten, dann weiß ich nicht, was hinter dieser GmbH und Co. KG steht, aber das wird der Senat sicherlich besser wissen.

Ich kann Ihnen nur sagen, ich fürchte, die SPD und der SPD-Senat haben Bremen mit dieser Entscheidung für das Projekt Wunderland erneut einen Bärendienst erwiesen. (D)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schmurr.

(Abg. Klatt [SPD]: Carl Heinz im Wunderland!)

Abg. Schmurr (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede von Herrn Hollweg hat bewiesen, daß durch Wiederholungen Argumente auch nicht besser werden. Das zur Qualität seiner Reden!

(Beifall bei der SPD)

Ich will von meinen eigenen Reden nicht sprechen. Ich finde, ich habe auch gute Reden gehalten, und ich habe mich sehr ernsthaft mit Gegenargumenten auseinandergesetzt, das können Sie überhaupt nicht bestreiten.

(Abg. Hollweg [CDU]: Sie haben das verhängnisvolle Papier erarbeitet!)

Bei Abwägung aller Argumente sind wir zu dieser Entscheidung gekommen, zu der wir selbstverständlich auch stehen.

(A) Ein Wort zu Wirtschaftssenator Werner Lenz! Werner Lenz befindet sich zur Zeit in einer Konferenz der IG Metall hier ganz in der Nähe, und ich glaube, daß er dort eine wichtige Funktion erfüllt. Da geht es nämlich im Grunde genommen um das Überleben einer ganzen Branche, um das Überleben einer ganzen Region, und ich glaube, er ist deswegen auch entschuldigt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:  
Das Überleben entscheidet nicht die IG  
Metall!)

Nein, aber es ist ganz wichtig, Herr Klein, daß man mit den Gewerkschaften darüber redet, was aus den Arbeitsplätzen von Arbeitnehmern wird. Dafür sind die Gewerkschaften ja wohl noch zuständig.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:  
Das ist nicht wichtiger als eine Parlaments-  
sitzung!)

Meine Damen und Herren, lassen wir dieses Geplänkel sein, lassen Sie uns zum Thema kommen! Wir diskutieren ja heute schon zum dritten Mal, und diese Diskussion dreht sich im Kreis, ich sage Ihnen das ganz offen. Aber der Investor kann sich darüber nur freuen, denn eine bessere Reklame kann für ihn gar nicht gemacht werden. Nun sind die Leute erst recht neugierig geworden.

(B) (Beifall bei der SPD)

Im übrigen sind wir froh, daß wir heute wieder einmal darüber sprechen können, denn wir sind der Meinung, daß die Bevölkerungsmehrheit hier eben noch nicht zu Wort gekommen ist, sondern immer nur eine kleine Lobby von Leuten, die lästige Konkurrenz verhindern möchte. Die Verbraucher denken darüber anders, da sind wir ganz sicher.

(Beifall bei der SPD — Abg. Hollweg  
[CDU]: Und dieser Herr Zöpel, das ist ein  
Idiot?)

Meine Damen und Herren, daß sich das Wunderland überhaupt noch ansiedelt, ist für mich offen geblieben ein Wunder. Die SPD-Fraktion hat in ihren Beschlüssen so harte Auflagen erteilt, daß ich persönlich geglaubt habe, darauf geht der Investor überhaupt nicht ein. Diese Auflagen haben es ja auch in sich. Ich glaube, das können Sie überhaupt nicht bestreiten. Für jeden Rücktritt vom Vertrag muß der Investor harte und hohe Vertragsstrafen zahlen.

(Abg. Klein [CDU]: Es sei denn wirtschaftliche Notlage!)

Ob es die Arbeitsplätze angeht, ob es den Steuersitz angeht, ob es den Branchenmix angeht, es gibt überhaupt kein Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland — das müßten Sie erst einmal beweisen —, daß eine Landesregierung mit einem Investor so

hart verhandelt hat, wo es ja auch immerhin um Arbeitsplätze geht. (C)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Schmurr, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage von Herrn Klein anzunehmen?

Abg. Schmurr (SPD): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Klein!

Abg. Klein (CDU): Herr Kollege, trifft es denn nicht zu, daß bei jeder einzelnen Konventionalstrafe, die da vereinbart ist mit der Gesamtsumme von insgesamt 20 Millionen DM, der Investor die Möglichkeit hat, sich der Strafen zu entziehen mit der Behauptung der wirtschaftlichen Notlage? Ist das nicht eine Generalklausel zum Ausstieg, wenn es dazu kommen sollte, was Sie hier so beschwören?

(Abg. Frau Stieringer [CDU] meldet  
sich zu einer Zwischenfrage.)

Abg. Schmurr (SPD): Frau Stieringer, lassen Sie mich das zu Ende führen! Meine Redezeit ist leider begrenzt.

(Abg. Fücks [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

Ich will erst einmal diese Frage beantworten. Herr Klein, wenn Sie in die Verträge sehen, dann wissen Sie, daß diese Notlage nur in wirklich äußerst extremen Fällen angeführt werden darf. Darüber sind sich auch beide Seiten im klaren. Ich bin sicher, daß der Investor keine Vertragsstrafe zu zahlen braucht, denn er ist wild entschlossen, diese Investitionen dort zu tätigen, und er ist ja auch bereit, die Investitionssummen vorher nachzuweisen. Er nimmt teure Bankbürgschaften auf. Wo hat es das in der Bundesrepublik schon einmal gegeben? (D)

Ich will noch eine Bemerkung machen zum Tagesordnungspunkt der Stadtbürgerschaft. Die Stadtgemeinde Bremen macht noch ein ganz gutes Geschäft dabei, denn sie verdient an dem Grundstücksgeschäft 1,3 Millionen DM. Ich glaube, auch das muß man sehen. Der Investor ist bereit, alle Verkehrsmaßnahmen, die notwendig sind, aus seiner Tasche zu bezahlen, selbstverständlich auch die Verlegung der Baumschule.

Meine Damen und Herren, die Jungen Unternehmer sind schon zitiert worden, wenn ich das richtig weiß. Die Jungen Unternehmer haben das ja erkannt, und ich zitiere hier aus dem „Weser-Kurier“: „Wir begrüßen die mutige Entscheidung des Senats, das Projekt Wunderland zu genehmigen.“ Sie sind nämlich auch zu der Erkenntnis gekommen, daß Kaufkraft nach Bremen zurückgeholt wird, daß 60 bis 70 Bewerber sich schon angemeldet haben und daß eine Vereinbarung mit Niedersachsen nicht möglich ist.

Ich möchte, Herr Hollweg, das ist ja wohl Ihr Wunsch gewesen, hier heute über das Verhältnis mit

- (A) Niedersachsen diskutieren, das entnehme ich jedenfalls der Ihrer Großen Anfrage. Sie selbst haben herzlich wenig dazu gesagt, Sie haben Bekanntes wiederholt.

(Abg. Seifriz [SPD]: Wem stehen denn die Jungen Unternehmer eigentlich nahe?)

Zu den niedersächsischen Interventionen! Sie beziehen sich im wesentlichen auf das Schreiben des niedersächsischen Innenministers. Ich kann Ihnen nur sagen, diese ganzen Geschichten schillern wie Seifenblasen und gehen den Weg alles Irdischen, wie es Seifenblasen so geht, sie zerplatzen, wenn man sie näher betrachtet.

Seifenblase Nummer eins: der Beschluß des Niedersächsischen Landtags vom 20. März 1986! Mit Verlaub, meine Damen und Herren, das ist ein typischer Beschluß nach dem Motto Friede, Freude, Eierkuchen. Wenn man nach der Substanz fragt, dann ist in diesem Beschluß des Landtags überhaupt nichts enthalten. Da sollen Beschlüsse über Bebauungspläne überprüft werden. Der Landtag appelliert, keinen kommunalen Wettbewerb um Einzelhandelsprojekte zu führen, dann sollen Mitteilungen über Einzelhandelsprojekte gemacht werden und so weiter. Substantiell ist in diesem Beschluß überhaupt nichts enthalten.

- (B) Die zweite Seifenblase: das gemeinsame Handeln der Umlandgemeinden! Da schreibt der Minister, und er wiederholt einen Beschluß der Umlandgemeinden, in dem es heißt, daß man keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit dieser fast durchweg von den politischen Gremien gefaßten Beschlüsse hat. Aber gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß wir Zweifel haben, denn die entscheidenden Gemeinden wie Buchholz, Ottersberg und Stuhr haben sich in den politischen Gremien eben nicht an diesen Entscheidungen beteiligt! Der Minister sagt ja selbst in seinem Schreiben, daß das alte Baurecht strittig sei.

Die dritte Seifenblase: die rechtlichen Möglichkeiten, die man nun wirklich in Niedersachsen hat! Da sagt der niedersächsische Innenminister, mit der Landtagsentschließung, die ich eben zitiert habe, habe man nun endlich die Instrumente, um eine Ansiedlung eines solchen Projektes in allen Gemeinden des Planungsraumes zu verhindern.

Ich kann dazu nur sagen, gut gebrüllt, Löwe! Die Planungshoheit liegt immer noch bei den Gemeinden. Bei näherem Betrachten werden mit den relevanten Gemeinden, zum Beispiel Ottersberg und Stuhr — das steht alles in diesem Schreiben —, nur Gespräche geführt, oder man verschafft sich einen Überblick, das ist dann das, was man an gesetzlichen Möglichkeiten hat. Man kann darüber nur lachen.

Es gibt nur einen einzigen Punkt, den ich sehr ernst nehme. Es gibt den Paragraphen 17 im Niedersächsischen Landesraumordnungsgesetz, der spricht von der Anpassungspflicht der Gemeinden. Danach kann nämlich die obere Landesplanungsbehörde

verlangen, daß die Bebauungspläne an die Ziele der Raumordnung angepaßt werden. (C)

Nun, meine Damen und Herren, diese Ziele sind vorhanden. Sie stehen in den Raumordnungsplänen, aber man richtet sich eben nicht danach. Erst als Bremen so handeln will wie die Umlandgemeinden seit Jahrzehnten, will man mit seinen eigenen Zielen ernst machen und diese in die Tat umsetzen. Leider, meine Damen und Herren, um einige Jahre zu spät!

(Zuruf des Abg. F ü c k s [GRÜNE])

Nennen wir doch jetzt auch einmal die Pferdefüße dieses ganzen Geschäftes beim Namen! Da nenne ich als erstes Beispiel Möbel-Kraft in Buchholz in der Nordheide. Wir haben in der Zeitung lesen können, die Firma baut kräftig weiter, investiert, und es wird auch ein riesiger Möbelsupermarkt dort entstehen.

Zweites Beispiel: Dodenhof, immer wieder zitiert! Die Firma wird ausweiten, sie hat Gelände aufgekauft als Abwehr gegen Möbel-Kraft, und sie wird aller Voraussicht nach einen Autobahnanschluß bekommen.

Drittes Beispiel: Steenken hat ja in Stuhr angefragt und einen positiven Bauvorfragebescheid bekommen. Er gilt immerhin, das ist ihm noch im Januar bestätigt worden: „Die Gültigkeit der Bauvorfrage wird hiermit bis zum 28. November 1986 verlängert.“ Sie gilt also noch, er hat also einen Rechtsanspruch darauf, in Mackenstedt bauen zu dürfen.

Schließlich das vierte Beispiel: Ich erfahre gerade eben, daß gestern im Beirat Huchting diskutiert worden ist, daß Ratio — und Ratio liegt an der Landesgrenze von Bremen — in Brinkum ausweiten will, weil die Firma sonst nicht mit der Konkurrenz Schritt halten kann. (D)

Meine Damen und Herren, und nun frage ich mich, ob das ein Handelskrieg ist, ob das eine Kampfansage an das Umland ist, was wir hier machen! Jahrzehntelang, meine Damen und Herren, haben bremische Stellen und insbesondere der Senator für das Bauwesen in Niedersachsen interveniert, als ein Verbrauchermarkt nach dem anderen an der Landesgrenze entstanden ist. In Ihlpohl, in Posthausen, in Mackenstedt, überall ist interveniert worden, aber man hat sich — entschuldigen Sie den Ausdruck! — einen Scheißdreck darum gekümmert, sondern man hat kräftig investiert und hat praktisch seine eigenen Ziele ausgehöhlt.

Trotzdem, meine Damen und Herren, hat sich Bremen immer treu an die Absprachen von 1977 gehalten. Wir haben jedenfalls versucht, einen Markt nach dem anderen in Bremen zu verhindern, und der Bausenator hat sich dafür von Gericht zu Gericht zerren lassen. Niedersachsen hat während dieser ganzen Jahre gegen die eigenen Grundsätze verstoßen. Wo sind denn die Grundsätze von der zentralörtlichen Gliederung eingehalten worden, oder daß solche Dinge nur an zentralen und integrierten Standorten entstehen sollen? Keiner der bekannten Orte ist ein zentraler Ort oder ein integrierter Stand-

(A) ort. Erst als Bremen eine positive Zusage ins Auge faßte, hagelte es Proteste.

Da frage ich einmal, wo bleiben denn die Proteste Anfang dieses Jahres, das ist ja noch gar nicht so lange her, als Steenken die positive Antwort aus Stuhr bekam, er könne sein Wunderland in Stuhr bauen beziehungsweise in Mackenstedt? Wo sind da die Proteste aus Niedersachsen geblieben? Das, meine Damen und Herren, ist eben die Realität in Niedersachsen!

Wer verhält sich denn nun unfreundlich gegen seinen Nachbarn, wer versaut denn das Klima für eine Zusammenarbeit? Wer begeht denn nun wem gegenüber einen Affront nach dem anderen? Ich glaube, meine Damen und Herren, wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen. Das sollten sich unsere Freunde in Niedersachsen auch einmal merken.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, bei dieser ganzen Diskussion — mir macht das auch keinen Spaß, weil wir ja nachbarschaftlich zusammenleben müssen — ist nun wirklich Porzellan genug zerschlagen worden, und zwar sind nicht wir daran schuld, denn die anderen sind doch mit den Konzentrationen im Lebensmitteleinzelhandel und bei Verbrauchermärkten angefangen, nicht wir hier in Bremen. Ich glaube, wir sollten nun endlich herauskommen aus dem Wust von Verdächtigungen, leeren Versprechungen und Drohungen. Zusammenarbeit mit Niedersachsen wollen wir selbstverständlich, aber auf einer fairen Grundlage mit gleichen Rechten und Voraussetzungen auf beiden Seiten.

(B) Der Beschluß zum Wunderland steht, das werden Sie auch heute durch diese Bürgerschaftsdebatte nicht mehr ändern, er wird von uns auch nicht mehr rückgängig gemacht. Die Gegner sollten sich nun endlich einmal damit abfinden und sich wichtigeren Fragen als Wunderland zuwenden. Mit Niedersachsen selbst gibt es Zusammenarbeit auf vielen Ebenen und viele Berührungspunkte. Wir haben eine gute Zusammenarbeit, und wir sollten diese Zusammenarbeit auch fortsetzen. Ich bin sehr dafür.

Den Kaufleuten in der Innenstadt und überall dort, wo Proteste gekommen sind, sagen wir, krepeln Sie die Ärmel auf, aber nicht nach dem Motto „Es gibt viel zu tun, warten wir's ab“, sondern sie sollten das tun, was ich als Schlagzeile in der „Bild-Zeitung“ gelesen habe am Beispiel Ostertor: „Wunderland? Jetzt macht das Ostertor Dampf!“

Ich glaube, in diesem Sinne sollten die Geschäftsleute an die Fragen herangehen, sie sollten Dampf machen, aber nicht in Richtung Senat, sondern sie sollten vor ihrer eigenen Haustür kehren, da haben sie genug zu tun. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, noch eine Frage von Frau Stieringer anzunehmen?

Abg. **Schmurr** (SPD): Endfragen sind zwar nach der Geschäftsordnung nicht erlaubt, aber ich gestatte diese Zwischenfrage! (C)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Frau Stieringer!

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Herr Kollege, ich habe es nur getan, weil Ihre Zeit doch noch nicht abgelaufen war!

(Heiterkeit)

Darf ich Sie noch einmal fragen, Herr Kollege, Sie haben gesagt, Sie nähmen den Paragraphen 17 des Raumordnungsgesetzes sehr ernst, und Herr Kollege Hollweg hat Ihnen den Artikel 40 der Landesverfassung wirklich ganz klar vor Augen geführt. Darin steht eindeutig, daß kleine selbständige Geschäfte und Unternehmen zu fördern sind.

(Abg. **Tiedemann** [SPD]: Wann wollen Sie denn fragen? — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte keinen Redebeitrag, eine Frage!

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Darf ich Sie bitten, darauf zu antworten, ob Sie das überprüft haben, wie Sie da die Verpflichtung des Senats sehen, und ob Sie wirklich keinen Verstoß darin sehen?

Abg. **Schmurr** (SPD): Frau Stieringer, ich fand den Vorwurf von Herrn Hollweg, daß wir gegen die Landesverfassung verstoßen, reichlich lächerlich, und ich glaube, es erübrigt sich, darauf eine Antwort zu geben. Wir haben uns in Bremen viel Mühe gegeben, ich erinnere nur an das Mittelstandsprogramm, ich erinnere daran, was die Stadtgemeinde Bremen allein in der Innenstadt tut, um Kaufkraft wieder in die Innenstadt zu lenken, und zwar nicht nur für die großen Kaufhäuser, die sich heute beschweren, sondern auch für die vielen kleinen Geschäftsleute, für den Mittelstand, der in der Innenstadt zu Hause ist. Ich halte das für reichlich lächerlich, Frau Stieringer. (D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks.

Abg. **Fücks** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um mit der Landesverfassung zu beginnen: Darin steht ja auch das Recht auf Arbeit.

(Abg. **Stelljes** [SPD]: Ja, sehr gut!)

Es wäre natürlich schön, wenn das auch einmütig von allen Fraktionen reklamiert würde. Allerdings fürchte ich, daß das Verfassungsrecht sich als ohnmächtig erweist gegenüber der wirtschaftlichen Realität, in der wir leben, und daß es sehr weitreichender wirtschaftlicher Veränderungen bedarf, um dieses Recht auf Arbeit für alle zu verwirklichen, die es wollen.

- (A) Das gilt im übrigen auch für das Existenzrecht der kleinen Einzelhandelsgeschäfte, die ja nicht einfach durch politische Entscheidungen ruiniert werden, sondern die durch die wirtschaftliche Konkurrenz und den Zentralisierungsprozeß ihrer Existenz beraubt werden, der eben Resultat unserer hochgelobten Marktwirtschaft ist.

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

Zu der Rede von Herrn Schmurr! Sie hat doch sehr erinnert an die Genfer Abrüstungsverhandlungen, Herr Schmurr, wo beide Seiten den Willen zur Abrüstung unaufhörlich beteuern und dann jeweils den anderen beschuldigen, er würde pausenlos aufrüsten, um damit die eigene Aufrüstung zu legitimieren. So ähnlich spielt sich auch jetzt der Konflikt zwischen Bremen und Niedersachsen in der Ansiedlung von Verbrauchermärkten und Einkaufszentren ab. Ich finde, Ihre Rede war noch einmal ein ganz deutlicher Ausdruck der Mentalität, aus der dieser Mehrheitsbeschluß des Senats geboren worden ist, nämlich eine Mischung von Fatalismus und Revanchegegnung.

Das ist auch in den Zwischenrufen Ihrer Fraktionen deutlich geworden. Immer wenn etwa Herr Hollweg darauf hingewiesen hat, daß jetzt in Niedersachsen Möglichkeiten entstanden sind, an denen der Bremer Senat hätte anknüpfen können, um ein Stillhalteabkommen zu vereinbaren, dann sind Zwischenrufe gekommen: „Aber was war in den letzten Jahren, was war mit Ihlpohl, was war mit Mackenstedt?“

- (B) Richtig, Niedersachsen hat systematisch eine solche aggressive Standortpolitik betrieben. Die Frage ist nur, wie Sie darauf antworten, entweder mit dieser — Entschuldigung! — Klein-Fritzchen-Mentalität, die sagt, jetzt sind wir am Drücker, jetzt sind wir an der Reihe, und gehen selbst zu einer aggressiven Standortpolitik über, oder suchen Sie nach einer Gelegenheit, eine Vereinbarung zu treffen, die zu einer vernünftigen Regionalpolitik führt. Ich denke, die CDU hat in diesem Punkt recht, daß Niedersachsen aus der eigenen Interessenlage heraus diesmal stärker als je zuvor bereit gewesen wäre, eine solche Vereinbarung zu treffen.

(Glocke)

**Vizepräsident Frau Knorr:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen?

**Abg. Fücks (GRÜNE):** Ja, sehr gern!

**Vizepräsident Frau Knorr:** Bitte sehr, Herr Schmurr!

**Abg. Schmurr (SPD):** Herr Fücks, sind Sie der Meinung, daß es über das Wunderland eine solche Diskussion gegeben hätte, wie sie zur Zeit stattfindet, wenn Steenken sich nur in Niedersachsen beworben hätte und nicht hier in Bremen?

**Abg. Fücks (GRÜNE):** Ja, da kann ich Ihnen ziemlich genau sagen, was passiert wäre: Bremen wäre nämlich heftig Sturm gelaufen gegen dieses Ansiedlungsprojekt, mit den gleichen Argumenten, mit denen jetzt Niedersachsen gegen dieses Projekt protestiert hat! Genau das hätte stattgefunden, wie damals bei Massa in Ritterhude, Bremen hätte aus eigenem Interesse heraus versucht, dieses Projekt zu verhindern.

(Abg. Stelljes [SPD]: Was hätte man erreicht? — Abg. Tepperwien [SPD]: Meinen Sie, daß Niedersachsen dann mit uns eine Vereinbarung getroffen hätte?)

Es ist gut möglich, daß Niedersachsen sich dagegen gesperrt hätte, natürlich, das kritisieren wir doch aber gerade!

(Abg. Klein [CDU]: Massa haben wir aber verhindert!)

Herr Klein wirft gerade ein, Massa wurde ja verhindert, es gibt also auch ein positives Gegenbeispiel. Wir kritisieren doch gerade, daß beide Seiten immer dann, wenn sie selbst sich einen Vorteil versprechen, sich einen Dreck — um Ihren Ausdruck aufzugreifen, Herr Schmurr — um ihre Grundsätze kümmern. Es müßte Ihnen doch zu denken geben, daß alle programmatischen Leitsätze der SPD das Gegenteil von dem aussagen, was Sie dann in der Praxis tun.

Wenn man die Antwort auf die Große Anfrage noch einmal studiert, dann heißt es dort zur Begründung dafür, daß die Wunderland-Entscheidung so gefallen ist:

„Die Erklärungen der niedersächsischen Gemeinden, Städte und Landkreise und des niedersächsischen Ministers des Inneren haben für den Senat keine ausreichende Sicherheit dafür gegeben, daß die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen im Umland rechtlich absolut verbindlich verhindert werden kann.“

Das ist nun in der Tat eine Formulierung, die das Unmögliche verlangt. Sie wissen ganz genau, daß es in der Politik bei parlamentarischen Wahlen und wechselnden Mehrheiten keine absoluten Sicherheiten für einen unbestimmten Zeitraum gibt.

Unsere Kritik ist, daß Sie zu keinem Zeitpunkt den ernsthaften Versuch gemacht haben, eine Vereinbarung zu erzielen, die mit einer — ich sage einmal — weitgehenden Sicherheit dazu geführt hätte, daß Wunderland weder nach Bremen noch nach Niedersachsen kommt. Sie haben zum Beispiel unseren Antrag nie ernsthaft bedacht, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abzuschließen zwischen Bremen und den Umlandgemeinden über die Ansiedlungspolitik in der Region. Sie haben niemals den Vorschlag aufgegriffen, eine Verbrauchermarktkonferenz in Bremen einzuberufen, bei der die niedersächsische Landesregierung und die Gemeindever-

(C)

(D)

(A) waltungen im Umland hätten zum Schwur kommen müssen, wie sie es mit Wunderland halten.

Versuche, diese politische Entscheidung auf die Spitze zu treiben und wirklich klare Verhältnisse herzustellen, sind eigentlich gar nicht unternommen worden, weil von Anfang an ein anderes Interesse federführend war, nämlich umzuschalten auf eine aggressive Standortpolitik gegenüber dem Umland. Das ist in der Langzeitwirkung auch für Bremen fatal.

Ich halte eine Argumentation, die sagt, wir nehmen jetzt das bremische Interesse wahr, für ganz kurzsichtig. Es ist doch eine Erkenntnis, die überhaupt nicht mehr zu bestreiten ist, wenn man einigermaßen rational über das Problem diskutiert, daß die Zunahme solcher Einkaufszentren an der Peripherie der Städte verheerende Konsequenzen hat, und zwar sowohl für das Sozialgefüge und die Urbanität der Städte als auch für die Arbeitsplatz- und die Steuerbilanz.

Es ist doch nicht so, daß Sie wirklich ein Mehr an Arbeitsplätzen für Bremen gewonnen hätten.

(Abg. H o l l w e g [CDU]: Im Gegenteil!)

Wenn es denn tatsächlich zu 600 Arbeitsplätzen bei Wunderland kommt — darüber werden wir gleich noch sprechen —, dann wird der größte Teil dieser Arbeitsplätze in den Bremer Einzelhandelsgeschäften verlorengehen, und es werden noch darüber hinaus selbständige Existenzen vernichtet. Diese Vergleichszahl, die Herr Hollweg genannt hat, ist ja statistisch unumstritten, daß, gemessen am Umsatzaufkommen, für einen Arbeitsplatz in Verbrauchermärkten 2,7 Arbeitsplätze in Einzelhandelsgeschäften verlorengehen.

Jetzt sagen Sie, wir haben zumindest die 600 Arbeitsplätze bei Wunderland abgesichert mit Konventionalstrafen. Heute ist im „Weser-Kurier“ in einem Leserbrief nachzulesen — und ich wäre interessiert, ob diese Auffassung richtig ist —, daß die Konventionalstrafe pro nicht geschaffenen Arbeitsplatz 3500 DM als einmalige Zahlung beträgt. Das bedeutet, daß der Investor mit einer Ablösesumme von einer Million DM die Zahl der vereinbarten Arbeitsplätze von 600 auf 300 halbieren könnte. Das ist bei dem Investitionsvolumen und den Umsätzen, um die es dort geht, dann in der Tat ein Klacks.

Außerdem hat Herr Klein bereits darauf hingewiesen, daß unter Berufung auf eine wirtschaftliche Notlage das gesamte System der Konventionalstrafen ausgesetzt werden kann. Natürlich wird nur unter Berufung auf eine wirtschaftliche Notlage der Investor seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Wie wasserdicht ist also diese Vereinbarung?

Was das Steueraufkommen betrifft, so hat der Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung in einer Untersuchung ermittelt, daß das Steueraufkommen des Einzelhandels bei einem gegebenen Umsatz von einer Million DM um 13 650 DM höher liegt als bei einem gleichen Umsatz eines Verbrauchermarktes.

Sie verlieren also unter dem Strich Steuern, wenn die Wunderland-Ansiedlung dazu führt, daß die Umsätze im bremischen Einzelhandel sich weiter bei diesen großen Projekten konzentrieren. Auch das ist eine ziemlich kurzsichtige Rechnung, die Sie dabei angestellt haben.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Selbst die Berufung auf die Verbraucherinteressen, Herr Schmurr, nehmen Sie doch nicht ernst, weil die Verödung der Nebenzentren allemal schwerer wiegt als der Einkaufsgewinn durch einen weiteren Verbrauchermarkt, von denen es schon Dutzende im Bremer Umland gibt.

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Aber darüber entscheiden doch die Verbraucher, Herr Fücks!)

Sie haben eine politische Verantwortung für die Entwicklung der Infrastruktur der Stadt, und Sie können sich nicht einfach auf die Abstimmung mit dem Automobil zurückziehen. Es gibt genügend Alternativen für diejenigen, die den Einkauf in solchen Verbrauchermärkten bevorzugen, aber es gibt dann keine Alternativen mehr für diejenigen, die nicht die Mobilität und die Kaufkraft aufbringen, um in diesen Zentren einzukaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Aber das ist ein Denkfehler bei Ihnen! Wir verhindern nicht sämtliche Verbrauchermärkte, vor allen Dingen nicht die vor unseren Grenzen!)

Ich weiß, ich sage ja gerade, daß die letzte Legitimation, weil es keine positive Begründung für Wunderland gibt, immer ist, wir können nicht anders, und das ist genau dieser Fatalismus, den wir kritisieren.

Wir werfen Ihnen vor, daß Sie keine Anstrengungen für eine Vereinbarung mit Niedersachsen unternommen haben. Statt dessen haben Sie eine Entscheidung getroffen, wie es im ursprünglichen Entwurf der Regierungserklärung von Klaus Wedemeier auch hieß, eine aggressive Akquisitionspolitik zu betreiben auf Kosten gutnachbarschaftlicher Kooperation mit Niedersachsen. Das heißt überhaupt nicht, die Politik von Niedersachsen in der Vergangenheit zu rechtfertigen, aber irgendwann muß man versuchen, aus dieser Spirale des Irrsinnigen auszusteigen.

Diese Gelegenheit ist verpaßt worden, und da paßt es dann auch sehr gut dazu, daß der Bremer Senat die Gelder für die Gemeinsame Landesplanung mit Niedersachsen aufgekündigt hat. Das ist ein weiterer Schritt in der Aufkündigung der Kooperation, und das kann am Ende nur gegen die bremischen Interessen ausschlagen, gerade weil wir ein Stadtstaat sind.

An dieser Entscheidung ist nichts mehr zu rütteln, aber wir befürchten, daß sie für die Zukunft fatale

(A) Auswirkungen hat. Es ist höchste Zeit, daß ein Meinungsumschwung insoweit stattfindet, daß in der Konkurrenz aller gegen alle die Zukunft für uns nicht gesichert werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Hollweg.

Abg. **Hollweg** (CDU)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schmurr hat hier seine Rede vorgelesen, ohne auf einige wichtige Dinge einzugehen,

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Ich lege Wert darauf, daß ich nicht abgelesen habe, Herr Hollweg!)

die ich angesprochen habe, und deshalb melde ich mich hier noch einmal zu Wort.

(Abg. Frau **Leinemann** [SPD]: Oh, er liest ab!)

Ja, meistens lese ich ab!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Lassen Sie sich nicht irritieren, Herr Abgeordneter Hollweg! — Bitte, fahren Sie fort!

(B) Abg. **Hollweg** (CDU): Seien Sie doch nicht so empfindlich! Ich habe doch überhaupt nichts Böses gesagt.

(Abg. Frau **Leinemann** [SPD]: Das war auch nur eine Feststellung! — Abg. **Bortscheller** [CDU]: Er hat nur gesagt, daß Herr Schmurr lesen kann!)

Meine Damen und Herren, diese Diskussion haben wir ja nicht erst seit gestern oder seit April, sondern ich möchte noch einmal daran erinnern, daß dies alles ein gewisser Prozeß ist. Im April vor einem Jahr hat hierzu der damalige Bürgermeister Koschnick an meinen Fraktionsvorsitzenden Neumann geschrieben. Ich habe das hier schon zitiert in der Sitzung im April dieses Jahres. Auf all diese Dinge geht Herr Schmurr aber nicht ein und wiederholt immer nur seine Argumente.

(Zuruf von der CDU: Darf er auch nicht!)

Das darf er auch nicht, das ist auch alles sehr schwierig, aber immerhin.

Seit etwa zwei Jahren hat sich in Niedersachsen Grundlegendes geändert, Beweis unter anderem, Massa in Ritterhude wurde abgelehnt. Der Brief von Koschnick an Neumann — ich habe ihn jetzt nicht hier, sonst würde ich Ihnen den noch einmal wieder

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) vorlesen — macht deutlich, daß wir hier auf einem guten Weg waren.

Herr Schmurr, der Gipfel dessen, was Sie hier ausgeführt haben, ist für mich, daß Sie sagen, Sie haben ungeheuer viel für den Mittelstand getan, Sie haben jetzt das Mittelstandsförderungsprogramm geschaffen.

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Als Beispiel!)

Mein Kollege Klein würde zu diesem Programm sagen, das ist nichts als weiße Salbe. Das haben wir hier aber auch besprochen, darauf will ich nicht noch einmal eingehen. Von der Substanz her ist es fast gar nichts gegenüber dem, was Niedersachsen auf diesem Sektor geschaffen hat!

Meine Damen und Herren, wenn man wirklich sich für den Mittelstand einsetzen will, dann tut man das nicht nur mit Programmen, nicht mit irgendwelchen Reden, die aufgeschrieben und verlesen werden, sondern dann kann man das festmachen an vielen einzelnen Äußerungen, weil eben aus diesem Programm fast gar nichts herausgekommen ist, weil auch leider — das ist noch ein anderes Thema im Verlauf dieser Sitzung — das wirtschaftspolitische Aktionsprogramm nicht so greift, wie auch wir uns das gewünscht haben, an dem haben wir ja auch noch mitgearbeitet,

(Abg. **Schmurr** [SPD]: Darüber bekommen Sie noch Bescheid!)

(D) von der Substanz her ungefähr die Hälfte des gesamten Programms Klöckner und einige Große, und in den Bereichen, wo mehr herauskommen könnte, wird das zum Teil gar nicht richtig angenommen.

Also, meine Damen und Herren, das zieht hier in Bremen alles nicht so richtig, denn immer wieder, wenn man einmal an einem konkreten Fall beweisen könnte, daß man es ernst und gut mit der Wirtschaft meint, tritt man sie in den Hintern. Daran ändert auch nichts, daß die Freunde von der Jungen Union, und das tut mir eigentlich auch richtig leid, heute so ein bißchen als nützliche Idioten

(Abg. **Kudella** [CDU]: Nicht die Junge Union!)

zwar nicht so direkt bezeichnet worden sind,

(Abg. **Tepperwien** [SPD]: Das sagen Sie, wir haben das nicht gesagt!)

aber die Wirkung ist so ein bißchen vorhanden,

(Abg. **Kudella** [CDU]: Du hast gesagt Junge Union!)

und davor wollte ich sie eigentlich schützen.

(Abg. **Tepperwien** [SPD]: Wir haben das nicht gesagt, Herr Kollege!)

(A) Meine Freunde bei den Jungen Unternehmern wollen keine nützlichen Idioten sein und sind es auch nicht. Ich habe Ihnen ja gesagt, wie die jüngeren Unternehmer über die Marktwirtschaft denken, und ich finde, das ist auch gut so. Wir werden eben klüger. Die meisten von Ihnen sind vom Marxismus geprägt.

(Lachen bei der SPD)

Herr Dittbrenner, darüber lachen Sie, aber es gibt ja einige bei Ihnen, die bekennen sich dazu, auch öffentlich. Auf Ihrem letzten Parteitag haben, wenn ich das richtig weiß, aber nur zwei mit Nein gestimmt, und drei haben sich der Stimme enthalten oder so ähnlich, alle anderen sind nach wie vor für die Vergesellschaftung, wo das angebracht ist.

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

Die anderen sagen, wie damals Kunick gesagt hat, wir müssen die Betriebe, die dafür reif geworden sind, vergesellschaften.

So geht das andauernd, und immer wieder können wir das lesen. Das ist eben ein Klima, in dem Wirtschaft, vor allen Dingen mittelständische Wirtschaft nicht gedeihen kann. Daran, ob der neue Großkonzern gedeihen kann, für den Herr Lenz heute unterwegs ist, habe ich auch meine großen Zweifel. — Herzlichen Dank!

(B) (Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann.

**Senatsdirektor Dr. Hennemann\*):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hollweg, bei aller Zurückhaltung, ich denke, ich sollte einige Punkte ansprechen, die so nicht stehenbleiben können.

Der erste Punkt: Sie haben diese Entscheidung als motiviert aus einem Gefühl der Arroganz von Macht oder Ignoranz bezeichnet. Ich denke, es ist deutlich geworden, daß hier ein sehr sorgfältiger Abwägungsprozeß stattgefunden hat. Das geht auch daraus hervor, daß Sie als Beleg für Ihre These, daß der Abwägungsprozeß nicht ordnungsgemäß war, den Ortsamtsleiter zitieren, der sich hier nicht verteidigen kann. Ich schließe daraus, daß Sie mit dem Abwägungsprozeß im Senat einverstanden sind.

Der zweite Punkt: Herr Schmurr hat schon darauf hingewiesen, daß die gesamte Bremer Wirtschaft das Projekt ablehnt. Ich denke, dies ist nicht nur der Bereich der Jungen Unternehmer, es gibt auch andere, die die oberzentrale Funktion Bremens sehen und in diesem Sinne diese Ansiedlung mit tragen.

Der dritte Punkt, von dem ich meine, daß er nicht so stehenbleiben kann, ist, daß Sie hier den Eindruck erwecken, als wäre diese Entscheidung allein Sache des Senats gewesen. Ursache für diese Prozesse,

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Herr Hollweg, ist eine Veränderung des Verbraucherverhaltens. Hierauf muß man, glaube ich, hinweisen. Es ist keineswegs so, daß hier die großflächigen Einzelhandelsunternehmen gegen die kleinen und mittleren Unternehmen konkurrieren, sondern hier sind zwei Stufen, und da haben Sie eine über schlagen.

In den siebziger Jahren hat es die Konkurrenz der sogenannten kleinen Unternehmer und Tante-Emma-Läden gegen die Warenhäuser gegeben. Hier sind die kleinen Existenzen aufgrund eines veränderten Verbraucherverhaltens untergegangen, und jetzt findet im wesentlichen die Auseinandersetzung der großen Warenhäuser gegen diese großen Einrichtungen statt, die das Ganze zu einem Verbraucherlebnis machen. Diese Veränderung, Herr Hollweg, unterliegt nicht staatlichem Handeln.

Der vierte Punkt, der, meine ich, nicht unwidersprochen bleiben kann, ist Ihr Hinweis auf das Verhalten der SPD-Bundestagsfraktion. Wenn die Bundestagsfraktion der Sozialdemokraten sich um eine bundesweite Regelung bemüht, die Fehlentwicklungen verhindert oder zumindest abmildert, dann findet das unsere Zustimmung. Aber solange es dafür eine Mehrheit im Bundestag nicht gibt, muß man mit der Realität leben. Das Oberzentrum Bremen hat sich auf die Realität einzustellen, die es hier vorfindet.

Der fünfte Punkt war Ihre Frage nach der Abwägung des Schutzgebotes in Artikel 40 der Landesverfassung. Herr Hollweg, die Antwort ist relativ einfach. Mit der Wunderland-Ansiedlung bekommen 40 bis 50 kleinere und mittlere Unternehmen in Bremen eine Chance. Wenn wir diese Investition nicht gestatten würden, hätten sie keine Chance, denn die Einrichtungen würden im niedersächsischen Umland entstehen.

Das gleiche gilt im übrigen für die Arbeitnehmer. Man kann nun rechnen, ob das per Saldo aufgeht oder nicht, ich sage Ihnen nur, ohne Wunderland-Ansiedlung wäre Bremen um 600 Arbeitsplätze ärmer. Das ist der Fakt.

Der sechste Punkt: Ich fand, Ihr Argument sollte nicht stehenbleiben, daß Bremen diese Entscheidung in Abwägung auf mögliche Unterstützung Niedersachsens bei anderen schwierigen Verhandlungen hätte treffen sollen. Hier war eine Entscheidung zu treffen, und es ist ausgeführt worden, daß der Senat sehr sorgfältig abgewogen hat zwischen der Priorität der Beziehung zu den Umlandgemeinden auf der einen Seite und den Interessen Bremens als Oberzentrum auf der anderen Seite. Wir haben uns für das letztere entschieden. Bei diesen Überlegungen kann nicht ein eventuelles Verhalten Niedersachsens in ganz anderen Fragen eine Rolle spielen. Ich denke, das wäre nicht angemessen.

Der letzte Punkt: Sie haben hier die Vertragsstrafen angedeutet. Ich darf noch einmal sagen, Herr Hollweg, daß der Investor Vertragsstrafen akzeptiert hat, obwohl hier keine Förderung vorliegt. Ich glaube, das muß man ganz deutlich machen.

(C)

(D)

(A) Im übrigen zu Ihrem Schlußargument! Ich denke, Sie sollten noch einmal rechnen, wenn Sie dieses Argument weiter benutzen wollen. 0,8 Prozent, wenn Sie das auf 20 Millionen DM beziehen — ich will diese Zahl weder dementieren noch bestätigen —, bedeuteten einen Umsatz von zwei Milliarden DM. Ich denke, das haben Sie nicht gemeint. Der Investor rechnet mit einer Umsatzgröße von etwa 200 Millionen DM.

Einige Punkte auch zu Ihnen, Herr Fücks! Erstens: Sie sagten, das ist hier Bremen und Niedersachsen. Ich denke, Sie übersehen eine wichtige raumordnerische Komponente. Der Unsinn, der hier entsteht, ist die gigantische Investition in Posthausen, das ist weit draußen, das hat mit oberzentraler Funktion nichts zu tun. Bremen ist das Oberzentrum dieses Raumes. Das ist Punkt eins. Dieses Kriterium müßten Sie berücksichtigen.

Zweitens: Sie haben hier von Racheakten oder Rachmentalität gesprochen. Ich denke, Sie sollten berücksichtigen, daß weder Bremen noch Niedersachsen investiert, sondern hier ist ein Investor, der eine Bauerlaubnis haben möchte, und wenn Niedersachsen es in Posthausen gestattet, das ist unser Argument, dann muß Bremen als Oberzentrum eine solche Investition auch zulassen.

Drittens: Sie bedauern, daß hier eine Spirale, wie Sie gesagt haben, des Irrsinns entsteht. Ich antworte Ihnen noch einmal, hier ist ein Verbraucherverhalten Grundlage einer Entwicklung. Dieses Verbraucherverhalten können Sie durch staatliches Handeln, jedenfalls von Bremen aus, nicht verhindern oder einschränken. Hier gibt es entweder bundesweite Lösungen oder keine, aber nicht bremische Einzellösungen.

(B) Zum Schluß! Sie haben sich auf das WAP bezogen. Ich denke, Herr Hollweg, die Debatte sollten wir führen beim WAP. Ich kann das überhaupt nicht stehen lassen, daß Sie sagen, daß das WAP nicht greift. Wir messen den Erfolg des WAP an den Arbeitsplatzzahlen, und ich denke, daß hier nachgewiesen werden kann, daß das wirtschaftspolitische Aktionsprogramm schon jetzt ein voller Erfolg ist.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Senatsdirektor Dr. Hennemann:** Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Fücks!

Abg. Fücks (GRÜNE): Herr Dr. Hennemann, könnten Sie und noch Auskunft geben über das Verkehrskonzept, mit dem der Senat gedenkt, das Pkw- und Lkw-Aufkommen im Zusammenhang mit der Wunderland-Ansiedlung so aufzufangen, daß es nicht zu einer Terrorisierung der Anwohner kommt? Bei einem Jahresumsatz von 200 Millionen DM ist ein solcher Markt auf rund eine Million Kunden angewiesen, und wenn davon 900 000 mit dem Auto

kommen, sind das pro Tag im Schnitt 3000. Das wären pro Stunde im Schnitt 300 und pro Minute fünf. Gibt es ein Verkehrskonzept, wie man diese Mehrbelastung auffangen kann?

(C)

**Senatsdirektor Dr. Hennemann:** Da kann ich Ihnen sagen, wir werden das sehr sorgfältig prüfen. Es ist ein Gutachten bei einem neutralen Gutachter in Auftrag gegeben worden, und der Investor hat sich verpflichtet, die hieraus folgenden Infrastrukturleistungen zu finanzieren. Ich denke, es gibt eine sehr verträgliche Lösung in diesem Raum.

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Wie die aussehen soll!)

Das steht noch nicht fest, weil das Gutachten noch nicht ausgewertet ist. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Drucksache 11/686, Kenntnis.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe auf der Senatsbank!

(D)

(Beifall bei der SPD)

#### Bericht über die bremischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 1986  
(Drucksache 11/654)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Herr Senator Kröning.

**Senator für Inneres Kröning:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Senat legt der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit einen Bericht über bremische Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vor. Vor zehn Monaten hatte die Bürgerschaft einstimmig diesen Bericht gefordert, nachdem der Senat bereits ein Jahr zuvor auf eine entsprechende Frage ausführlich geantwortet hatte. Alle Fraktionen dieses Hauses sind sich einig in der Wachsamkeit gegenüber dem Rechtsextremismus im Lande Bremen.

Der Bericht ist aus Beiträgen der Ressorts Inneres, Bildung, Wissenschaft und Kunst sowie Jugend und Soziales zusammengesetzt und geht auf die Situation in Bremen und in Bremerhaven ein. Im Namen des Senats empfehle ich den Bericht der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Lektüre aller, die meine Kollegen im Senat und mich und besonders

- (A) unsere Verwaltungen bei dem steten Bemühen unterstützen, jeden Rückfall in Barbarei zu verhindern!

Der Senat sieht die Hauptaufgabe in der geistig-politischen Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Organisationen und Aktivitäten und damit in der Bildungs- und Jugendarbeit. Doch auch für Verfassungsschutz und Polizei ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Schwerpunkt. Der Bericht gestattet es, allen Mitarbeitern, die an dieser zentralen Aufgabe beteiligt sind, für ihren Einsatz und ihre Loyalität zu danken.

Ich will bei dieser Einbringung, meine Damen und Herren, den Bericht nicht zusammenfassen, geschweige denn wiedergeben, sondern nur einen Teilaspekt, nämlich die Stellung des Neonazismus, herausheben. Die Neonazis bilden nur einen Bruchteil des Rechtsextremismus, aber dieser aktivste und auffälligste Teil des Spektrums ist nicht weniger gefährlich als die gesamte altnazistische Mehrheit. Der Nährboden des Rechtsextremismus ist nicht nur die unbewältigte Vergangenheit der Altnazis, sondern auch die unverarbeitete Gegenwart der Neonazis, mit einem Wort, ihr Mangel an Integration. Hier liegt nach Auffassung des Senats die eigentliche Aufgabe für Bildungs- und Jugendarbeit, auf die mit den Beobachtungen der Sicherheitsbehörden, für die ich spreche, nur hingewiesen werden kann.

- (B) Bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus müssen die „nationaldemokratischen“ und die „national-freiheitlichen“ Organisationen NPD und DVU — letztere hat am Wochenende in Bremen wieder Furore gemacht — und die neonazistischen Gruppen unterschieden werden. Gewalttätige Aktivitäten bis hin zum rechtsextremistischen Terrorismus gehen ausschließlich auf das Konto der Neonazis. Die Neonazis knüpfen zum überwiegenden Teil direkt an den Nationalsozialismus an und erstreben einen NS-Staat im Sinne Adolf Hitlers. Eine Minderheitslinie bezieht sich allerdings auch auf die sozialistische Komponente des früheren Nationalsozialismus und sieht ihr historisches Vorbild in bewußter Abkehr vom Hitlerismus in der sozialrevolutionären Ausprägung von Gregor und Otto Strasser sowie Ernst Röhm.

Das Erscheinungsbild der neonazistischen Szene wird bundesweit durch eine Vielzahl von Gruppierungen, Grüppchen und Einzelpersonen geprägt, die keine strategische Einheit bilden, jedoch vielfältige Querverbindungen aufweisen. Die Gesamtzahl der erkennbar gewordenen Neonazis in der Bundesrepublik beträgt etwa 1400 Personen. Ihre Zahl hat in den letzten Jahren leicht zugenommen. In Bremen können diesem Bereich insgesamt nicht mehr als 20 Personen zugerechnet werden, obgleich man einräumen muß, daß im Umfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit — auch der beabsichtigten Propaganda dieser Gruppen — sehr viel mehr Menschen in unserem Land stehen.

(Unruhe — Glocke)

- (C) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte, die Unterhaltung einzustellen. Wer sich unterhalten will, kann nach draußen gehen!

**Senator Kröning:** Ich will kurz die organisatorischen Strukturen des Neonazismus schildern, weil darauf der Bericht bei der gebotenen Komplexität und zugleich Kürze nicht eingehen konnte.

Die Hitler-Linie wird im wesentlichen durch die Kühnen-Bewegung repräsentiert. Sie besteht bundesweit aus 200 Personen. Nachdem die Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten — unter dem Kürzel ANS/NA weithin bekannt — im Jahr 1983 durch den Bundesinnenminister nach dem Vereinsgesetz verboten worden ist, hat Kühnen seine Anhänger nahezu geschlossen in die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, abgekürzt FAP, überführt, eine bereits seit 1979 bestehende Partei, die bis dahin unauffällig mit etwa 100 Mitgliedern dahingevegetiert hatte. Landesverbände der neonazistisch unterlaufenen und ausgeweiteten FAP bestehen inzwischen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg, Hessen und seit dem vorigen Jahr in Bremen, Kreisverbände auch in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bayern.

- (D) Kühnens Neonazis haben durch diesen Schachzug das Verbot ihres Vereins faktisch unterlaufen und genießen durch den Unterschlupf in einer Organisation mit Parteistatus den Schutz des Artikels 21 des Grundgesetzes. Innerhalb der FAP spielen die Kühnen-Anhänger inzwischen eine dominierende Rolle. Der Parteivorsitzende Pape wird lediglich als Galionsfigur auf diesem Posten belassen. Alle anderen wichtigen Positionen sind auf dem Bundesparteitag am 7. Juni 1986 in Stuttgart mit Neonazis besetzt worden. Auch die politischen Inhalte haben inzwischen eine eindeutige rechtsextremistische Ausrichtung.

Die FAP nahm 1985 an der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der Kommunalwahl in Frankfurt ohne nennenswerten Erfolg teil. Gewalttätige Tendenzen wurden bei Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern, teilweise sogar mit der Polizei, offenbar. Beide Tendenzen sind auch in Bremen zu verzeichnen.

Das hiesige Grüppchen der FAP hat sich schon nach einer Beteiligung an der Bürgerschaftswahl 1987 erkundigt, und es ist auch hier schon zu gewalttätigen Konfrontationen gekommen. Die sonstigen öffentlichen Aktivitäten der FAP — nicht weniger ärgerlich — bestehen im Verteilen von Flugblättern und in Schmier- und Klebeaktionen mit vorwiegend ausländerfeindlicher Tendenz. Gegenwärtig ist unter den Anhängern von Kühnen, der bis 1988 eine Freiheitsstrafe verbüßt, eine Auseinandersetzung ausgebrochen, die eine Spaltung und eine Schwächung der Bewegung möglich erscheinen läßt.

Eine politische Initiative für ein Verbot der FAP, das wegen ihres Parteistatus beim Bundesverfassungsgericht beantragt werden müßte, ist erstmals von mir 1985 ergriffen worden. Das Bundesamt für

- (A) Verfassungsschutz prüft seitdem immer noch die Beweislage.

Die SPD-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtags hat gefordert, daß die Landesregierung ein Verbot herbeiführt. Wir stehen unter den sozialdemokratischen Innenministern und -senatoren in Kontakt über die Frage, wie wir die Angelegenheit voranbringen können. Sogar der frühere niedersächsische Innenminister Möcklinghoff hat nach aufsehenerregenden Auftritten der FAP in seinem Bundesland öffentlich ein Verbot der FAP befürwortet. Wir meinen, daß, falls der Bundesinnenminister nicht tätig werden sollte, ein Verbotsantrag über den Bundesrat gestellt werden muß.

Eine zweite Gruppierung ist die Nationalistische Front, NF genannt. Sie verfolgt die nationalrevolutionäre Linie des Neonazismus. Sie wurde 1985 gegründet. In ihr haben sich zahlreiche neonazistische Kleingruppen in vielen Städten, besonders in München, Kassel, Heidelberg, aber auch in Bremen, zusammengeschlossen. Im Rahmen dieses Fusionierungsprozesses ist auch die frühere Bremer Nationalrevolutionäre Arbeiterfront in der Nationalistischen Front aufgegangen. Bundesweit beträgt die Mitgliederzahl dieser Organisation bisher gegenwärtig 40 Aktivisten. Weitere 100 Personen werden als Sympathisanten betrachtet.

- (B) Vielleicht sind zum geistigen Standort dieser Organisation die nachfolgenden Zitate interessant: Die NF bezeichnet sich als „Teil der weltweiten Bewegung der Befreiungsnationalisten“ zur Zerschlagung des „Internationalen Imperialismus“. Sie fordert die Herstellung einer vereinten souveränen deutschen Nation auf der Grundlage des „Modernen Nationalismus“. Sie ruft zum Kampf gegen den „US- und Sowjetimperialismus“ auf und will die Nation von ausländischer Bevormundung befreien. Sie wendet sich höchst aktuell gegen „sogenannte Gastarbeiter und Scheinasylanten“.

Die Aktivitäten der NF in Bremen beschränken sich auf gelegentliches Verteilen von Pamphleten. Allerdings ist uns bekannt — das will ich gern mitteilen —, daß die Anhänger dieser Organisation die FAP bei der Bundestagswahl unterstützen wollen.

Eine weitere wichtige Gruppierung ist die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige, genannt HNG. Diese im Jahre 1979 gegründete Organisation ist die zahlenmäßig stärkste Gruppierung im neonazistischen Lager. Sie versteht sich als rein karitative Gefangenenhilfsorganisation, nicht als politische Organisation. Sie betreibt keine politische Propaganda, sondern sie unterstützt nach ihrer Satzung nur Vereinsmitglieder, die aus politischer Motivation einsitzen.

Auch diese Organisation gerät inzwischen durch Beitritte aus Kreisen der verbotenen ANS/NA in das Fahrwasser der Kühnen-Gruppe. Insgesamt hat sie — das muß hervorgehoben werden — eine Klammerfunktion im zersplitterten Neonazibereich. Dies zeigt sich insbesondere an internen Veröffentlichungen, die unter dem farblosen Titel „Nachrichten der

HNG“ bekannt sind. Diese Publikationen vermitteln den Gesinnungsgenossen in den Haftanstalten durch Verbreitung von Durchhalteparolen Zuversicht und das Gefühl der Geschlossenheit mit der gesamten neonazistischen Szene.

Ich will nun noch die Auslandsverbindungen ansprechen, die die Neonazis unterhalten und die besonders bekanntgeworden sind durch den Namen Lauck aus USA/Nebraska, der Schriften seiner dort gänzlich unbedeutenden NSDAP/AO auf merkwürdigen Wegen an Interessen in der Bundesrepublik versendet, und durch den Deutsch-Kanadier Zündel, dessen Traktate ebenfalls der ideologischen Ausrüstung in der Bundesrepublik dienen, aber leider im Ausland noch stärker beachtet werden als bei uns und großen Ärger erregen.

Bedeutender sind die direkten Kontakte, die zwischen deutschen Neonazis und Gesinnungsgenossen, vor allem in Frankreich, Belgien und Großbritannien, bestehen. Die heutige Tagespresse weist auf lebendige Aktivitäten von solchen Gesinnungsgenossen in Großbritannien hin. Der Einfluß und die Bedeutung dieser internationalen Beziehungen sollten nicht unterschätzt werden. Es erwachsen dem Rechtsextremismus und besonders der Spielart des Neonazismus daraus in der Bundesrepublik beträchtliche Möglichkeiten, die den Sicherheitsbehörden Schwierigkeiten machen.

Zum Schluß etwas zu den Verbindungen zu Skinheads und Fußballfans! Innerhalb der Bundesrepublik — und auch in Bremen — sind die Einflußversuche von Rechtsextremisten und besonders von Neonazis auf diese Gruppen der Subkultur immer wieder und zu Recht ein wichtiges Thema.

Die Skinhead-Bewegung, die Ende der sechziger Jahre in Großbritannien als eine Gegenbewegung zu den Hippies und Mods entstand, versteht sich als „aussterbende Gruppe derer, die noch die wahre Männerwelt hochhalten“. Ich glaube, das ist eher beängstigend als komisch. Sie sucht eine enge Anbindung an Fußballfans, ist jedoch insgesamt unpolitisch. Die erkennbare Betonung jedoch von nationalistischen und rassistischen, antisozialistischen und vor allen Dingen antisemitischen, sogar insgesamt ausländerfeindlichen Elementen machen die Skins als Manövriermasse für Neonazis interessant. Kühnen hat bereits vor Jahren erklärt, seine Bewegung werde sich die Skins als „Kampftruppe“ nutzbar machen.

Obwohl die meisten Anhänger der Skinheads die Neigung zur kontinuierlichen politischen — unter unserem Aspekt neonazistischen — Betätigung vermissen lassen und eher für kurzfristige Randalen sind, gibt es mannigfaltige institutionelle und persönliche Verbindungen von Skinheads zu Neonazis. Skinheads und Fußballfans können zwar nicht als Rekrutierungsfeld für Neonazis bezeichnet werden, das Potential muß jedoch im Auge behalten werden!

Ich will zusammenfassen und zur Lage des deutschen Neonazismus sagen: Erstens, obwohl die ANS/NA verboten ist, setzen die Neonazis ihre

(C)

(D)

- (A) Sammlungsbestrebungen — gegenwärtig in der FAP — fort. Zweitens: Vor allem die Neonazis sind bestrebt, ihre Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen auszubauen. Drittens: Die Bemühungen von Neonazis, Subkulturgruppen für rechtsextremistische Aktionen einzusetzen, halten an. Viertens: Es ist eine Gewalteskalation in der Auseinandersetzung zwischen Rechtsextremisten und ihren politischen Gegnern — besonders vom entgegengesetzten politischen Extrem — zu beobachten.

Daraus folgt, daß der Neonazismus zwar gegenwärtig keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung bildet, jedoch der inneren Sicherheit in zunehmendem Maße Probleme bereitet. Gerade die dem Rechtsextremismus innewohnende Irrationalität und Unberechenbarkeit stellt ein gefährliches Potential dar. Die Jugendunruhen und die Ausbrüche von Fremdenhaß in anderen westeuropäischen Ländern sind auch eine Warnung für die Bundesrepublik!

Neben politischen Antworten, meine Damen und Herren, die besonders in den Bereichen Arbeit, Freizeit und Ausbildung gefunden werden müssen, bleibt es unser aller Aufgabe, den Nationalsozialismus und seine gesellschaftlichen und ideengeschichtlichen Ursprünge jeder Generation neu als den Irrweg bewußt zu machen, den Deutschland nie wieder gehen darf. Der Nationalsozialismus, so können wir sagen, befindet sich im politischen Getto, aber er bleibt indirekt wirksam. Alle Demokraten müssen ihn weiterhin unter Kontrolle behalten. — Ich danke Ihnen!

(B)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Thomas.

Meine Damen und Herren, es ist etwas ungewöhnlich! Der Abgeordnete Thomas war noch nicht im Parlament. Er ist zur ersten Parlamentssitzung gekommen und war schon stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Der erste Parlamentstag ist noch nicht vorbei, da hat er schon die erste Parlamentsrede gehalten. Wenn Sie dieses Tempo beibehalten wollen, haben Sie sich viel vorgenommen.

(Abg. Klein [CDU]: Beziehen Sie das auch auf den Abschluß seiner Tätigkeit hier?)

Das gilt nur für den ersten Tag!

Bitte sehr, Herr Abgeordneter Thomas!

Abg. **Thomas** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde! Die Fraktion der GRÜNEN begrüßt es, daß mit dem Bericht über die bremischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eine detaillierte Darstellung des organisierten Rechtsextremismus im Lande Bremen vorliegt. Zudem gibt der Bericht Auskunft über die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Rechtsextremismus im Bildungs- und Jugendbereich.

Der Bericht stellt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und seines Einflusses zu Recht fest, daß die geistig-politische Auseinandersetzung von großer Bedeutung ist. Hier sind auch die politischen Parteien und wir Politiker besonders gefordert.

Bevor ich zu Konsequenzen für die Politik komme, noch einige Bemerkungen zu dem Bericht selbst! Ich bin nicht bereit, Herr Senator Kröning, an dieser Stelle eine Grundsatzdebatte über den Verfassungsschutz zu führen. Dies würde von der Diskussion über Ursachen und Einflüsse des Rechtsextremismus ablenken. Ich lehne es auch ab, daß mit der Vorlage dieses Berichtes versucht wird, die Existenz und Tätigkeit des Verfassungsschutzes zu begründen. Wir GRÜNEN sind aus prinzipiellen Gründen gegen eine geheime Tätigkeit staatlicher Organe, die weder von der demokratischen Öffentlichkeit noch von uns als parlamentarischer Partei kontrolliert werden kann.

Die wenigen Informationen, die ich über den Verfassungsschutz und seine Methoden in Bremen habe, stammen aus der Presse: Die Graudenzer Straße, die Bespitzelung einer Friedensinitiative in der Neustadt und die Bespitzelung der Lehrerin Kathrin Mosler sind mir noch in Erinnerung. Sie haben mein Mißtrauen in das Vorgehen, die Methoden und die Existenz eines Verfassungsschutzes bestärkt.

Als makaber empfinde ich es auch, daß zumindest nach dem Bericht von Herrn Zimmermann die VVN, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, vom Verfassungsschutz observiert wird, also jene Organisation, Herr Senator Kröning, die nach Ihrem Bericht gewalttätigen Angriffen der Rechtsextremisten in Bremen ausgesetzt war. Auch wenn es entsprechende Vorfälle aus Bremen nicht gibt, aber mit Bombenanschlägen — wie an der Haftanstalt Celle durch den Verfassungsschutz — ist die Verfassung ganz sicher nicht zu schützen.

Natürlich ist in Einzelfällen, zum Beispiel zur Verhinderung terroristischer Anschläge, das Eingreifen der Sicherheitsbehörden auch präventiv erforderlich. Es wäre naiv, davor die Augen zu verschließen. Wir GRÜNEN wenden uns aber dagegen, einer staatlichen Behörde einen Blankoscheck für unkontrollierbare geheimdienstliche Tätigkeiten auszustellen. Im übrigen ist ein Großteil der Informationen über den Rechtsextremismus, die dieser Bericht ausweist, öffentlich zugänglich und auch von einer normalen Behörde zu sammeln. Der beste Schutz der Verfassung liegt für uns immer noch darin, daß viele Bürgerinnen und Bürger ihre demokratischen Grundrechte wahrnehmen, sich aktiv an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beteiligen und dabei von staatlicher Seite nicht behindert werden.

Zurück zum Bericht des Senats! In der Vorbemerkung heißt es — ich zitiere —: „Rechtsextreme Ideologien werden von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt, wie Wahlergebnisse immer wieder zeigen.“ Ich halte diese Einschätzung, Herr Senator, insofern für falsch, weil

(C)

(D)

(A) der Einfluß von rechtsextremistischer Ideologie, die Existenz von Ausländerfeindlichkeit, Rassenhaß und Antisemitismus, leider nicht an Wahlergebnissen ablesbar ist.

Eine Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen weist aus, daß 13 Prozent der Wähler in der Bundesrepublik ein rechts-extremes Weltbild haben. Die Sinus-Studie liefert einen wichtigen Beitrag zur Selbstaufklärung unserer politischen Kultur. Sie sollte an jeder Schule für Lehrer vorhanden sein. Sie liefert für die praktische Politik eine Fülle von Strategien. Wir dürfen die Einflüsse des Rechtsextremismus nicht verniedlichen. In besonders zugespitzten historischen Situationen kann seine Existenz zu gefährlichen politischen Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse führen.

Ich möchte jetzt zu Konsequenzen überleiten, die dieser Bericht und die Existenz rechtsextremer Ideologien und Organisationen unserer Meinung nach in der Politik erfordern. Leider ist die vielbeschworene Einigkeit aller Demokraten in dieser Frage oft nur verbal, das praktische Verhalten sieht anders aus. Mir ist bewußt, daß die Zunahme von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß viele Länder betrifft und nicht nur isoliert in der Bundesrepublik existiert. Aus der deutschen Geschichte und den Verbrechen des Nationalsozialismus leitet sich jedoch eine besondere Verantwortung der Politiker ab, behutsam und Verantwortungsbewußt mit Problemen, die sich zum Beispiel aus dem Zusammenleben verschiedener Völker und Rassen und aus der Zunahme von Flüchtlingen ergeben, die Schutz in der Bundesrepublik suchen, umzugehen.

(B) Wenn sich ein Mann wie Strauß hinstellt, meine Damen und Herren, und erklärt, jeder Ausländer brauche nur das Wort Asyl zu stammeln, dann könne er schon in der Bundesrepublik bleiben, dann ist diese Sprechweise diskriminierend und muß jeden Demokraten erschrecken und zugleich empören. Das Schüren reaktionärer und fremdenfeindlicher Ressentiments in der Bevölkerung, um damit auf Stimmenfang zu gehen und um jeden Preis an der Macht zu bleiben, ist beschämend für unser Land. Wenn das die geistig-moralische Erneuerung in der Bundesrepublik ist, dann sind diese Politiker dabei, die ausländerfeindliche Propaganda der NPD der sechziger Jahre heute hoffähig zu machen.

Überhaupt sind einige Politiker der CDU/CSU zu einem Freund-Feind-Denken zurückgekehrt, mit Geißler an der Spitze, das besonders uns GRÜNE im niedersächsischen Wahlkampf getroffen hat. Wenn wir als parlamentarischer Arm der westdeutschen ETA, wie es Stoltenberg ausgedrückt hat, bezeichnet und als Straftäter und Kriminelle hingestellt werden, dann ist keine rationale politische Auseinandersetzung mehr möglich.

Meine Damen und Herren, diese Sprechweise ist nicht weit von dem entfernt, was auch an Beschimpfungen in Briefen Rechtsradikaler an unsere Partei steht. Erst heute morgen hat mir unser Geschäftsführer, Herr Oellerich, einen neuerlichen Brief der

(C) Initiative für Ausländerstopp, die Sie auch in Ihrem Bericht, Herr Senator, erwähnt haben, aus Bremerhaven — Ausländer raus, bevor der Volkszorn erwacht — gegeben. Dort heißt es zum Schluß: „Die GRÜNEN sind der organisierte kriminelle Abschaum des asozialen Gossenpöbels.“ Das ist nicht der erste Brief, den wir erhalten!

(Zuruf des Abg. G a s s d o r f [CDU])

Ich weiß nicht, was es darüber zu lachen gibt! Ich meine, daß die Sprechweise einer Reihe von verantwortlichen Politikern in diesem Lande das politische Klima vergiftet.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Wenn ich hier etwas lese und darüber lache, muß das mit Ihnen nichts zu tun haben!)

Ach so, Sie sollten aber vielleicht lieber zuhören!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Gassdorf, ich wußte gar nicht, daß Sie sich angesprochen fühlen!

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Ich habe Sie auch nicht angesprochen, Herr Präsident!)

Abg. **Thomas** (GRÜNE): Aber vielleicht können Sie einmal bei diesem Beitrag zuhören!

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Die Ohren habe ich an der Seite!)

Gut, dann lachen Sie leise, damit ich es nicht falsch verstehe!

Die Sprechweise verantwortlicher Politiker der CDU/CSU vergiftet das politische Klima, grenzt Minderheiten aus und schürt Vorurteile gegen Andersdenkende. Es ist genau das Klima, von dem auch Rechtsradikale profitieren.

In diesem Zusammenhang kann ich auch nicht die bremische Rechtsabspaltung von der CDU, die Republikaner, unerwähnt lassen. Auch ihre Publikationen, vor allem die Zeitung „Republikanischer Anzeiger“, sind voll von Begriffen wie Überfremdung und ausländerfeindlichen Gedanken. In der Zeitung fand ich den Satz: „Es ist nicht unmoralisch zu fordern, daß der uns verbleibende Teil Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleibt.“ So wird eine irrationale Angst vor sogenannter Überfremdung geschürt.

In einem NPD-Blatt, das auch noch unverschämterweise in meinem Abgeordnetenfach lag, heißt es: „Ausländerstopp und die Abschiebung von Scheinasylanten sind das Gebot der Stunde, wenn wir nicht zur Minderheit im eigenen Land werden sollen.“

Die fast gleiche Sprechweise verschiedenster konservativer und rechtsextremistischer Organisationen ist wirklich bezeichnend. Die Ablenkung von den wirklichen sozialen Problemen der Gesellschaft

(C)

(D)

(A) und der Verantwortung, die wir aus der Geschichte von Kolonialismus und Krieg verpflichtet sind zu übernehmen, eint sie. Sie schüren Fremdenhaß und Feindbilder.

Meine Damen und Herren, um den Einfluß des Rechtsextremismus zurückzudrängen, ist die Verbesserung der Lage der Jugend von besonderer Bedeutung. Der Bericht des Senats listet die wichtige Arbeit, die in Bremen im Jugendbildungsbereich und in der Jugendarbeit geleistet wird, ausführlich auf. Diese Arbeit wird auf Dauer aber nur von Erfolg gekrönt sein — und dies richtet sich an die Adresse des Senats, vielleicht kann das Senator Kröning an seinen Kollegen, der für den Jugendbereich zuständig ist, weitergeben —, wenn es erstens keine finanziellen Kürzungen in diesem Bereich gibt und zweitens die Lage der Jugend insgesamt und ihr Verhältnis zur Politik positiv verändert werden.

Die Jugendarbeitslosigkeit und der Mangel an Lehrstellen bedeuten für viele junge Menschen frühzeitig in ihrem Leben eine Situation von Perspektivlosigkeit und ein Gefühl, nutzlos zu sein. Für sie entsteht ein Verlust sozialer und individueller Identität. Die Reaktionen darauf sind verschieden: Rückzug ins Private, Einnahme von Drogen — vor allem von Alkohol —, Zulauf zu Sekten oder als schrecklichsten Ausdruck von Sinnlosigkeit des Lebens Selbstmord. Für manche von ihnen ist das Leben zu Ende, bevor es richtig begonnen hat.

(B) Rechtsextremen nutzt ein Klima von gnadenloser Konkurrenz der sozialen Kälte, die einhergeht mit der Verfolgung Andersdenkender, der Diskriminierung von Abweichlern, der Verpflichtung auf Prinzipien aggressiver Selbstbehauptung und der Aussonderung von Hilflosen und Schwachen. Die Ideologie der Leistungsgesellschaft verkommt unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Ellbogen-Gesellschaft.

Solidarisches Verhalten und menschliche Empfindungen haben hierin keinen Platz. Rechtsextreme Ideologien fordern ja gerade sozial-darwinistischen Kampf, das Recht des Stärkeren, das Prinzip von Befehl und Gehorsam im sozialen Leben, Härte im Umgang mit der Jugend, Frauenfeindlichkeit und die Dominanz des Mannes in allen Lebensbereichen.

Auch die Politikverdrossenheit Jugendlicher und das Gefühl, doch nichts ändern zu können, weil die Bedrohungen durch Atomraketen, Umweltzerstörung und den Überwachungsstaat übergroß sind, muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Rechtsextreme Tendenzen unter Jugendlichen werden dadurch begünstigt, daß diese oft nicht zu demokratischen Verhaltensweisen ermutigt werden. Elternhaus und Schule versagen hier häufig. Demokratie muß im Alltag aber erfahrbar sein, und an die Stelle von falsch verstandener Treue, Gehorsam und Autoritätsgläubigkeit müssen Selbstbestimmtheit und Eigenverantwortlichkeit treten.

Die Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Situation und eine politische Kultur der Toleranz sind also ganz entscheidend für die Bekämpfung

(C) rechtsradikaler Ideologien in all ihren Erscheinungsformen. Oft bleibt jedoch die Abgrenzung von Rechtsradikalismus undeutlich. Es wird zwar ein klarer Trennungsstrich gegenüber buchstabengetreuer Nachahmung des Nationalsozialismus gezogen, aber — und dies weist der Bericht des Senats auch aus — damit ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der breiten Palette rechtsradikaler und faschistischer Gruppen, Organisationen und Parteien genannt.

Hinzu kommt für mich, daß die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus die Bekämpfung gefährlicher aktueller Tendenzen zum autoritären Staat und zu neuen Formen gesellschaftlicher Ausgrenzungen und rassistischer Diskriminierung nicht überdecken darf. Moderne Erscheinungsformen von autoritärer Herrschaft wie staatliche Repressionen, sei es im bayerischen Wackersdorf oder im Hamburger Polizeikessel, sei es durch zunehmende Überwachung, die Schleppnetzfahndung, den maschinenlesbaren Personalausweis oder sei es durch die Datensammelwut staatlicher Behörden, tragen dazu bei, die angepaßte Bürgerin und den angepaßten Bürger zu schaffen, die nicht wagen, den aufrechten Gang zu gehen.

Wir dürfen nicht vergessen, was im Ausland allemal für undenkbar gehalten wird, hat in Deutschland eine unselige Tradition. Volkszählung, Ausweispflicht und Meldewesen wurden hierzulande von den Nationalsozialisten teils überhaupt erst eingeführt, teils zur Perfektion gebracht. Wir stehen heute in einer parlamentarischen Demokratie vor dem Problem, daß durch die Überwachung und die Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger eine technische Infrastruktur geschaffen wird, die zunehmend totalitären Charakter trägt.

(D) Diese Gefahren werden von vielen verantwortlichen Politikern entweder nicht erkannt oder bewußt heruntergespielt. Nur so ist es zu erklären, daß der Datenschutz, gemessen an der großen Herausforderung, vor der er steht, immer noch ein Mauerblümchendasein fristet. Aber gerade hier geht es um den Schutz der Verfassung und erkämpfter demokratischer Rechte.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute über Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit, über Führergläubigkeit und die Diskriminierung von Minderheiten und Andersdenkenden sprechen, dann dürfen wir nicht die Augen vor der aktuellen Tendenz zum autoritären Staat verschließen, sonst bleibt unsere entschlossene Ablehnung des Rechtsextremismus unglaubwürdig.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen, daß das politisch-kulturelle Klima im Lande Bremen es den Rechtsextremisten schwermacht hat, Einfluß zu gewinnen. Dort, wo sie öffentlich auftraten, war ihnen der Protest demokratischer und antifaschistischer Organisationen gewiß.

Ich glaube, wir sollten auch an diese Organisationen an dieser Stelle für ihr Engagement Dank sagen, denn auch ihre Proteste sind ein wichtiger

- (A) Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Es bleibt meine Hoffnung, daß auch in Zukunft engagierte Sozialdemokraten, GRÜNE, Jusos und die gesamte demokratische antifaschistische Bewegung in Bremen gemeinsam den Anfängen wehren werden. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

Abg. Frau **Leinemann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es ist schon makaber, heute morgen über einen Härtefonds für die Opfer des Nationalsozialismus zu diskutieren und jetzt über Neonazismus. Dies beides steht ja unmittelbar in einem Zusammenhang. Ich habe den Bericht des Senats sehr aufmerksam gelesen und möchte mich an dieser Stelle auch im Namen meiner Fraktion für diese ausführliche Mitteilung bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten den Bericht hier im Hause gemeinsam gefordert. Alle Abgeordneten wollten über diese Mitteilung des Senats erfahren, wie es in Bremen mit den Rechtsradikalen aussieht. Wenn man sie dann aufmerksam liest, ist man doch erschüttert. In Bremen gibt es also zwölf bekannte rechtsradikale Organisationen. Außerdem sind 50 Sympathisanten, die diese Organisationen mit Geldspenden unterstützen, vorhanden.

(B)

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

Ich weiß gar nicht, was sind das eigentlich für Menschen? Wissen sie ihr Geld nicht an anderer Stelle besser anzulegen, als solche Organisationen zu unterstützen? Ich habe dafür überhaupt kein Verständnis. Kein Abgeordneter kann davon ausgehen, dies ist nur ein Bericht, und wir können anschließend wieder zur Tagesordnung übergehen, das können wir leider, sage ich, nicht.

Am Sonntag habe ich mir einmal angesehen, was das für Menschen sind, die zum Senator-Bölen-Hof kamen. Es war eine Veranstaltung der DVU, der Deutschen Volksunion, und sie war, wie alle diese Gruppierungen, zu feige, sich unter ihrem richtigen Namen anzumelden. Sie hatten sich beim Hotelier als Seniorentreffen angemeldet. Als man sie dann ankommen sah, waren das — auch nach dem äußeren Erscheinungsbild — die ewig Gestrigen, alte verknöcherte Typen.

Wir könnten diese Leute ja vergessen und sagen, solche alten verknöcherten Typen wird es ewig geben, und auf die brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen. Aber es gibt leider immer wieder eine Gruppe von gewalttätigen Jugendlichen, die sich gerade durch diese Typen angesprochen fühlt, Jugendliche, die anfänglich an Politik gar nicht interessiert sind. Das läuft nur nebenbei.

Diese gewalttätigen Jugendlichen sind überall dort zu finden, wo sie meinen, daß es Krawall geben könnte. Sie mischen sich natürlich in diese rechtsradikalen Gruppierungen, und sie mischen sich genauso unter die Zuschauer in Fußballstadien. Sie sind zur Gewalt bereit und mischen sich auch unter friedliche Demonstranten, wenn es zum Beispiel zu Demonstrationen gegen Atomkraftwerke kommt. Auf einer dieser friedlichen Demonstrationen ist es in Hamburg durch gewalttätige Jugendliche ja sogar zum Tod eines jungen Türken gekommen. Bei den Rechtsextremisten haben diese Gruppierungen das richtige Betätigungsfeld.

(C)

Aber es gibt nicht nur die zur Zeit aktive DVU. Wir haben in diesem Jahr in Bremen eine Veranstaltung gehabt, mit der eine andere Gruppierung versucht hat, sich unter anderem Namen einzuschleichen, das war die Konservative Aktion. Mich hat dabei am meisten empört, daß sie Briefe an Bürger verschickt hat, auch an Abgeordnete dieses Parlaments. Ich möchte, wenn Sie gestatten, Frau Präsidentin, aus einem dieser Briefe zitieren, da vielleicht doch nicht alle wissen, was in diesen Briefen steht.

„Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr,“ — dann schreiben sie den Namen aus — „Willy Brandt läßt den sozialistischen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) auf bösartigste Weise randalieren. IG-Metall-Funktionär Steinkühler spricht bereits von Streiks und brennenden Städten. Brandt paktiert schamlos und offen mit den GRÜNEN, von denen etliche sicher eher ins Gefängnis statt in das Parlament gehörten. Er schämt sich nicht einmal, in Polen dem Verbrechergeneral Jaruselski die Füße zu küssen und gleichzeitig seinem ‚Kollegen‘ Friedensnobelpreisträger Lech Walesa, aus dem Weg zu gehen.“

(D)

Er fördert als Chef der übermächtigen Sozialistischen Internationale die Kommunistenregierung in Nicaragua, die anständige Sozialdemokraten im eigenen Land umbringt, und möchte in Südafrika am liebsten von heute auf morgen eine schwarze kommunistenfreundliche Regierung aus der Taufe heben, die zwangsläufig im Blutbad und Chaos enden würde.“

Zum Schluß schreibt sie dann: „Helfen Sie uns mit einer Spende, daß das geplante Buch gegen Brandt die größtmögliche Verteilung findet. Das deutsche Volk muß über diesen Mann aufgeklärt werden, der von eigenen Parteifreunden als Vaterlandsverräter bezeichnet wurde. Für die Kampagne gegen Brandt brauchen wir Ihre Hilfe. Das Buch wird in etwa zwei Monaten auf den Markt kommen, wir werden es Ihnen dann kostenlos zusenden. Fordern Sie möglichst viele Exemplare zum Verteilen in Ihrem eigenen Bekanntenkreis an!“ — Soweit das Zitat!

Schlimm ist für mich, von wem dieser Brief unterschrieben ist: von Chlodwig Prinz zu Lippe, Ludek Pachmann, Michael Stamme und Joachim Siegerist, ehemaliges Mitglied der CDU!

(Zurufe von der SPD — Unruhe bei der CDU)

- (A) Dieser Herr Siegerist, der noch vor ein paar Jahren für die CDU tätig war und im Wahljahr 1975 sogar Herrn Neumann im Parlament dazu veranlaßte, einen Untersuchungsausschuß zu fordern, dieser Herr Siegerist schreibt Briefe gegen diesen demokratischen Staat und seine Repräsentanten und richtet sich damit gegen alle Demokraten!

(Beifall bei der SPD)

Er ist ja zur Zeit noch Organisator von CDU-Kundgebungen. Mir ist allerdings aus Bremer CDU-Kreisen bekannt geworden, daß sich die Bremer CDU schon lange von diesem Mann distanziert hat. Darüber bin ich froh, und dafür kann man sich nur bedanken.

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Er ist gar kein Mitglied der CDU! Was soll das denn?)

Ich greife deswegen die CDU in Bremen ja auch gar nicht an. Ich hoffe nur, daß die CDU in Bremen bei ihrem politischen Standpunkt bleibt und solche Leute gar nicht erst wieder hochkommen läßt.

Beim Asylrecht habe ich da schon wieder ein wenig Sorge, aber wir werden ja noch bei einem weiteren Tagesordnungspunkt darüber beraten.

Herr Siegerist glaubt, auch weiterhin in der Politik mitmischen zu können. Die Konservative Aktion hat jedenfalls in Bremen bei ihrem Treffen im Deutschen Haus für Wirbel gesorgt. Der Hotelier des Senator-Bölken-Hofs war wesentlich geschickter als der Pächter des Deutschen Hauses, der weniger Gespür hatte und seine Räume an die Konservative Aktion vermietete. Als eine Gruppe von friedlichen Demonstranten eine Menschenkette bildete, um diese Leute möglichst nicht in das Deutsche Haus kommen zu lassen, hat sich Herr Ludek Pachmann auf ungewöhnliche Art Zugang verschafft. Er hat die friedlichen Demonstranten mit Tränengas besprüht. So sieht das im Lande Bremen aus!

- (B) Die Wähler, die von dieser Gruppe angesprochen werden, kommen kaum aus den Reihen der SPD und auch nicht aus den Reihen der GRÜNEN. Die Wähler, die hier angesprochen werden, kommen aus einem rechten Lager. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn die CDU zu der Mitteilung des Senats genauso Stellung nimmt wie wir und begrüßt, daß der Senat in aller Deutlichkeit die Gefahr aufzeigt und sich von diesen Neonazis distanziert hat. Es sollte uns hier um die Gemeinsamkeit aller Demokraten gehen. Ich glaube, mit diesen Elementen möchte keiner von uns persönlich zu tun haben.

Ich meine aber auch, daß mein Appell an die Bundesregierung, die zur Zeit noch aus der CDU und der FDP besteht, zu richten ist und daß die CDU in Bremen ihren Einfluß auf sie ausüben kann, damit es endlich zum Verbot dieser Parteien oder Gruppierungen kommt.

Herr Senator Kröning hat die FAP angesprochen, die ausschließlich aus Rechtsradikalen besteht. Sie macht sich insbesondere an die jungen Menschen

- heran, an sogenannte Skinheads, wobei ich nicht sagen möchte, daß alle, die ihren Kopf kahlgeschoren haben, zu den Rechtsradikalen gehören. Aber in Bremen gibt es eine Gruppe von zirka 30 jungen Menschen, die dazu gehören.

(Zurufe)

Ich habe eben nicht gesagt, die, die ihre Haare aus anderen Gründen verloren haben, sondern die ihren Kopf kahlgeschoren haben!

In dem letzten Flugblatt, das die FAP verteilt hat, heißt es: „Wir fordern die Neugründung eines deutschen Heeres unter deutschem Oberbefehl, Schließung der Gesamtschulen und die Förderung von Eliteschulen,“ — das kommt mir irgendwie bekannt vor — „Rückführung aller Fremdarbeiter, Asylanten zurück in ihre Heimatländer“ und so weiter.

(Unruhe — Glocke)

**Vizepräsident Frau Knorr:** Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Abg. Frau **Leinemann** (SPD): Die Senatsbank ist nicht sehr interessiert!

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Warum wohl, Frau Leinemann!)

In Niedersachsen kandidiert die FAP sogar für die Kommunalwahlen. Unwillkürlich erinnern sich da ältere Mitbürger, und ich gehöre zu ihnen, an die Zeit vor 1933. Auch damals wurde die Gefahr des Nationalsozialismus heruntergespielt. Wehret den Anfängen, ein Verbot dieser Organisationen ist fällig!

Lassen Sie mich noch ganz kurz auf den Bericht des Senats zurückkommen! Auf Seite sechs heißt es: „Eine ausschließlich auf dem Aspekt des Rechtsextremismus ausgerichtete Lehrveranstaltung hat es bei der Ausbildung der Lehrer im Erhebungszeitraum nicht gegeben.“ Das finde ich bedauerlich. Ich würde den Senat bitten, daß hierauf bei der Ausbildung der Lehrer mehr Wert gelegt wird. Unter dem Aspekt des Rechtsextremismus sollte auf solche Lehrveranstaltungen nicht verzichtet werden.

Bei der Lehrerfortbildung heißt es ebenfalls: „Eigene Lehrveranstaltungen zu dem Aspekt Rechtsextremismus, insbesondere bezogen auf die Gegenwart, fehlten bisher.“ Die SPD-Fraktion erwartet, daß dieses Thema insgesamt noch einmal aufgearbeitet wird, damit wir sicher und ruhiger in die Zukunft sehen.

Ich glaube nicht, daß wir in Bremen bei den künftigen Wahlen mit diesen Organisationen viel Schwierigkeiten haben werden. Sie werden in Bremen keine große Resonanz finden. Aber wichtig wäre es schon, daß die Jugend besser aufgeklärt würde, denn nur eine politisch aufgeklärte Jugend kann dafür

(C)

(D)

(A) sorgen, daß sich künftig nationalsozialistisches Gedankengut nicht wieder durchsetzt.

Mein Appell geht an alle Demokraten hier im Hause, lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß unsere Jugend besser informiert wird, und zwar besser als die, die damals alles falsch gemacht haben! — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Knorr:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir schon fast gedacht, daß dieser Bericht dazu benutzt werden soll, hier ein Tribunal gegen die CDU und ihre Repräsentanten zu bilden.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen möchte ich als erstes die Anwürfe, die Herr Thomas gleich in seiner ersten Rede vor dem Parlament gegen die CDU/CSU und ihre Vertreter erhoben hat, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Auch Frau Leinemann hat ja sofort in die gleiche Kerbe geschlagen. Frau Leinemann, ich kann Ihnen nur sagen, wenn Sie sich in Ihrer Partei auf der linken Seite so abgrenzen würden wie wir auf der rechten Seite, dann wären wir auch schon ein ganzes Stück weiter!

(Beifall bei der CDU)

Zum Bericht des Senats! Meine Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, daß gerade weil sich zwei Drittel des gesamten Berichts mit Bildungspolitik, mit Lehrerfortbildung und Schülerweiterbildung befaßt, auch der Bildungssenator anwesend gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Es ist sehr interessant gewesen, was der Herr Senator Kröning eben dargestellt hat, nur wäre es natürlich auch interessant gewesen, dies im Bericht zu lesen, man hätte dann natürlich auch darüber diskutieren können.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte hier zur FAP einmal etwas sagen! Wir haben überhaupt keine Schwierigkeiten, und wir wären sofort dafür, diese Organisation zu verbieten. Ich glaube, jeder CDU-Landesminister und auch der Bundesminister wird sich dieser Meinung anschließen. Doch es ist eine ganz andere Frage, wie wirksam ein solches Verbot überhaupt ist. Wir wissen doch alle, drei andere Buchstaben, und schon sind dieselben

(C) Leute wieder da. Man muß also woanders ansetzen und nicht gleich in erster Linie nur an ein Verbot denken.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich jetzt, weil die meisten es nicht getan haben, mit dem Bericht selbst noch einmal ein bißchen beschäftigen. Zunächst aber, wie alle anderen das gemacht haben, eine Vorbemerkung! Der Rechtsextremismus, das ist ja wohl eindeutig, hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Es bleibt aber auch festzuhalten, daß es sich hier um eine kleine Minderheit handelt, die zur Zeit jedenfalls keine Chancen hat, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu gefährden. Unser Ziel muß es sein, daß dies so bleibt und daß die extreme Rechte in unserem Land keine Chancen hat.

(Beifall bei der CDU)

Der Bericht des Senats enthält zwar eine genaue Aufteilung der einzelnen rechtsextremistischen Gruppen, deren Publikationen und auch deren verschiedene Straftaten, aber der Teil Publikation und der Teil Maßnahmen weisen unseres Erachtens doch erhebliche Mängel und Lücken auf. Darauf möchte ich im nachfolgenden näher eingehen.

Die aufgeführten Organisationen und Publikationen besitzen meines Erachtens sehr wohl als Meinungsmacher eine erhebliche Bedeutung. Sie sind nämlich nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt einer politisch extremen Position zu bewerten, da es den rechten Organisationen zuallererst nicht darauf ankommt, eine neofaschistische Erziehung zu bekommen, sondern auf das Nutzbarmachen jugendlicher Aggressionen, des jugendlichen Idealismus und der jugendlichen Bindungsbereitschaft in einer feststrukturierten Organisation. Sie wissen ja, daß gerade Jugendliche bei solchen Schlagworten und Idealen besonders anfällig sind und daß man da eben besonders aufpassen muß.

Die dazu passenden Zeichen und Embleme wie Hakenkreuz und andere Dinge werden so eingesetzt, daß sie als Erkennungszeichen für eine extreme Lebenshaltung aufgefaßt werden sollen. Die wenigsten Jugendlichen allerdings — und da können wir nur von Glück reden — lassen sich dann tatsächlich vor diesen rechtsextremistischen Karren spannen. Sie benutzen die Symbole tatsächlich nur als äußeres Zeichen, als sogenannte Null-Bock-Generation oder als Dokumentation ihrer Aussteigermentalität. Es ist also sehr schwer zu unterscheiden, ob es sich bei den Aktivitäten einzelner Jugendlicher lediglich um Provokation oder um provokatorisches politisches Verhalten handelt. Gerade hier aber muß die Ausbildung und Aufklärung ansetzen. Auch die Lehrer müssen in den Stand gesetzt werden, solche Zusammenhänge im Unterricht anhand aktueller Probleme zu analysieren.

Die Pädagogik und mit ihr die Bildungspolitik dürfen allerdings nicht nur auf dem Sektor rechtsextre-

- (A) mistischer Verhaltensweisen ansetzen, sondern sie muß, auch wenn wir politisch ehrlich bleiben wollen, die breitgefächerte Palette des Extremismus insgesamt berücksichtigen, daß heißt Extremismuserscheinungen von rechts und von links.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß bei dieser Gelegenheit auch einmal darauf hinweisen, daß die linksextremistischen Gruppen wesentlich stärker und straffer organisiert sind, wesentlich mehr Zulauf haben, wesentlich brutaler agieren, sogar mit regelmäßigen Terroranschlägen — wir sehen die täglichen Aktivitäten der RAF — und mittlerweile zu einer erheblichen Gefahr für viele Menschen in diesem Land geworden sind.

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Das sind doch keine Linken!)

Das sind auch linksextremistische Gruppen!

(Abg. Frau **Leinemann** [SPD]: Das sind Verbrecher!)

Ja, vom Extremisten zum Terroristen ist es nicht weit, Frau Leinemann!

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Sehen Sie, das sind so diese dummen Sprüche!)

- (B) Herr Stichweh hat heute noch nichts gesagt, deswegen muß er das jetzt nachholen!

(Abg. Frau **Bernbacher** [GRÜNE]: Das ist ja ungeheuerlich, was Sie hier sagen! Dafür müssen Sie sich entschuldigen! — Abg. **Klein** [CDU]: Sie wissen offenbar nicht, was Extremismus ist! — Zurufe von der SPD und von der CDU — **Präsident Dr. Klink** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich verstehe Ihre Aufregung gar nicht, ich würde mich erst einmal informieren, wie das genau heißt!

(Zurufe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Ich möchte einige Punkte aufzählen, warum ich die Diskussion des Gesamtkomplexes Links- und Rechtsextremismus für so wichtig halte und warum ich die schulische Aufklärung, wie sie im Bericht geschildert ist, für nicht ausreichend halte. Im Bericht wird zum Beispiel auf einzelne militante Gruppen eingegangen, er läßt jedoch die Frage offen, in welchem Umfeld sich diese Personen befinden oder befinden und wie groß die Bereitschaft in diesem Umfeld ist, sich extremistischen Gruppen anzuschließen oder nicht.

Die politische und historische Aufarbeitung ist notwendig, dringender denn je. Sie verunsichert aber die heutige Jugend, wenn sie nicht durch die Nach-

kriegsgeschichte und die Bedeutung Deutschlands in der heutigen Zeit ergänzt wird. Dazu gehört zum Beispiel auch das Thema deutsche Teilung, das sehr oft zur politischen Agitation in rechtsextremistischen Zirkeln benutzt wird.

Es muß also auch gesagt werden, daß das deutsche Volk nach dem Kriege das freieste und liberalste Grundgesetz mit allen erdenklichen Möglichkeiten zur Entfaltung einer freien Persönlichkeit geschaffen hat. Man sollte auch wissen, daß wir mit allen friedlichen Mitteln darauf hinarbeiten müssen, daß eines Tages die deutsche Teilung überwunden wird. Das gehört unseres Erachtens zur Geschichtserziehung dazu.

Das Problem der Spontaneität von Jugendlichen wird in dem Bericht überhaupt nicht aufgegriffen. Es ist meines Erachtens sehr wichtig, daß auch aktuelle Ereignisse unmittelbar im Unterricht behandelt werden müssen. Der Unterricht muß zum Beispiel terroristische Anschläge aktuell behandeln. Es muß den Jugendlichen klargemacht werden, daß es nicht mit Gegengewalt geht, sondern nur mit den gesetzlichen Mitteln unseres Rechtsstaates, auch wenn teilweise bei terroristischen Aktionen die Wut der Leute so groß ist, daß sie am liebsten zurückschlagen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Zuletzt möchte ich noch darauf eingehen, daß ich generell die Behandlung der extremen Linken im Zusammenhang mit dem Problem des Rechtsextremismus vermissem.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ja, darüber wird gelacht, aber es ist sehr wichtig, weil der Linksextremismus natürlich auf der anderen Seite Gegenreaktionen hervorruft und damit natürlich auch dazu beiträgt, daß es auf der anderen Seite extremistische Erscheinungen gibt.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Klein** [CDU]:  
Siehe die Weimarer Zeit!)

Das muß man deutlich feststellen!

Ein großes Problem in den Schulen ist, daß häufig die Schüler sehr einseitig beeinflusst werden.

(Abg. Frau **Leinemann** [SPD]: Fordern Sie doch einmal einen Bericht über den Linksextremismus! Wir hatten nur gemeinsam zum Rechtsextremismus einen gefordert!)

Frau Leinemann, ich habe vorhin gesagt, daß ich zu dem Gesamtkomplex Extremismus einige Ausführungen machen werde. Das tue ich hiermit!

Ich bin auch der Meinung, daß dieser Bericht, um das abzuschließen, nur ein Anfang in der Aufklärungskampagne zum linken wie zum rechten Extremismusbereich sein kann und daß wir weiter anfangen müssen, verstärkt in beide Richtungen auf-

- (A) zu klären, damit weder der linke noch der rechte Extremismus hier eine Chance hat.

(Beifall bei der CDU)

In dem Bericht ist auch etwas auf die Ausländerfeindlichkeit eingegangen worden. Diesen Komplex, den der Kollege Thomas sehr ausführlich angesprochen hat, möchte ich nicht näher behandeln, weil das ein Thema ist, zu dem man allein eine Viertelstunde sprechen könnte. Ich möchte nur ganz deutlich sagen, daß nicht gleich jeder, der sich kritisch mit der Ausländerproblematik und der Ausländerpolitik der einen oder anderen Regierung und des einen oder anderen Bundeslandes befaßt, heute als Rechtsextremist bezeichnet werden darf. Das ginge meines Erachtens viel zu weit und würde die Diskussion zur Eskalation bringen. Deswegen, meine Damen und Herren, soll man hier ganz vorsichtig diskutieren und sachlich argumentieren.

Zusammenfassend: Der Bericht ist ein Anfang, wir müssen aber genauso auf der anderen Seite weitermachen, um dem Extremismus in Deutschland keine Chance zu geben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

- (B) Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

#### **Investitionsprogramm für das Land und die Stadtgemeinde Bremen**

Mitteilung des Senats vom 10. Juni 1986  
(Drucksache 11/647)

Wir verbinden hiermit:

#### **Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. Juni 1986**

Mitteilung des Senats vom 19. August 1986  
(Drucksache 11/689)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte einige Bemerkungen machen, erstens zum Haushaltsvollzug dieses Jahres 1986 und zweitens zum vorgelegten Investitionsprogramm unter besonderer Berücksichtigung der vorgelegten Investitionsrate für den Haushalt 1987. Die Bemerkungen halte ich für angebracht, weil in den letzten Tagen vom Senat in den bremischen Medien Euphorie im Zusammenhang mit der bremischen Haushaltslage vermittelt wurde.

Herr Bürgermeister Wedemeier hat gemeint, Optimismus sei angebracht, eine Tageszeitung schreibt in der Überschrift: „Wedemeier: Wieder Optimismus

- angesagt!“, und auch Herr Senator Grobecker schlägt in dieselbe Kerbe: „Haushaltssituation bessert sich!“ (C)

(Abg. **Wille** [SPD]: Das wurmt Sie! — Abg. **Hoeyer** [SPD]: Wundert Sie das, oder irritiert Sie das?)

Höhere Steuereinnahmen und Minderausgaben von etwa 20 Millionen DM für Zinsen in diesem Jahr! Wir haben immer wieder kleinere Beträge geliehen und so den Zinsrückgang völlig ausgeschöpft und erwarten, daß bis zum Ende des Jahres voraussichtlich 100 Millionen DM mehr in der Kasse sind als geplant.“ Und so weiter! Ich will das im einzelnen hier nicht weiter zitieren, Sie haben das alle in den letzten Tagen gelesen.

Eine Äußerung von Bürgermeister Wedemeier ist mir besonders in Erinnerung geblieben, er meinte öffentlich, wenn wir so weitermachen, dann hätten wir Mitte der neunziger Jahre den Durchschnitt der Verschuldung der Länder erreicht, und Herr Grobecker meinte, schon Anfang der neunziger Jahre seien wir, was unsere Finanzpolitik angeht, über den Berg.

Meine Damen und Herren, alle diese Aussagen entbehren einer sachlichen Grundlage.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Hört, hört!)

- Es wäre gut, wenn man sich zu ihnen bekennen könnte, aber all die Zahlen, die der Senat selbst erarbeitet und in den Gremien vorgelegt hat und die wir auch hier bei den Haushaltsberatungen erörtern werden, widersprechen dieser Euphorie, im Gegenteil, sie bezeugen, daß die finanzpolitische und damit wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Perspektive Bremens mittel- und langfristig nach wie vor außerordentlich ungünstig ist. Dazu heute ein kurzer Beitrag bezogen auf den Vollzug 1986 und auf das Investitionsprogramm und die Investitionsrate 1987! (D)

Wie sieht es mit dem Vollzug aus? Wir haben einen geringfügigen Steuermehreingang, ungefähr 30 Millionen DM, in diesem Jahr zu erwarten. Das liegt im Anschlag, der Anschlag lag bei 0,9 Prozent plus. Gleichzeitig haben wir zu erwarten einen Mehreingang aus dem normalen horizontalen Länderfinanzausgleich von 85 Millionen DM, altes Recht, das hat mit Karlsruhe überhaupt nichts zu tun. Der Anschlag war 302 Millionen DM für 1986, und wir können damit rechnen, daß in diesem Jahr 387 Millionen DM eingehen werden.

Wie ist das zu erklären? Das ist damit zu erklären, meine Damen und Herren, daß nach 1985 sich die Schere des bremischen Wirtschaftswachstums wieder öffnet zu Lasten Bremens, der Bundesdurchschnitt ist höher, und wir sinken in unserem Wirtschaftswachstum ab. Das wird zum Teil ausgeglichen durch die Mehreinnahmen im Länderfinanzausgleich, weil ja immer das Unterschreiten der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft — und die Steuerkraft hängt ja von der Wirtschaftskraft ab — durch das horizontale Ausgleichssystem ausgeglichen

- (A) wird. Daß der Finanzsenator im nächsten Jahr in seinem Entwurf die höchste Einnahmerate aus dem Länderfinanzausgleich veranschlagt, die wir je hatten, nämlich 403 Millionen DM, ist ein weiteres Indiz dafür, daß selbst der Finanzsenator damit rechnet, daß nicht nur in diesem Jahr sich die Schere weiter öffnet und sich schon geöffnet hat, sondern daß dies sich fortsetzen wird im nächsten Jahr, denn sonst könnte er es nicht verantworten, einen derart hohen Einnahmeanschlag aus dem Länderfinanzausgleich einzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist der krasse Gegenbeweis, der unwiderlegbare Gegenbeweis, die Fakten kommen aus dem Bereich des Senats gegen diese Euphorie. Bei dieser Lage muß man sagen, die gezeigte Euphorie vermittelt den Eindruck, daß sich der Senat selbst in die Tasche lügt, und das scheint er aus psychologisch taktischen Gründen zu tun. Wir müssen hier dafür sorgen, daß der Realismus zum Tragen kommt, denn nur eine realistische Diagnose ist die wichtigste Voraussetzung für eine realistische, heilkräftige Therapie.

(Beifall bei der CDU)

- (B) In dem Zusammenhang, meine Damen und Herren, muß auch der Investitionsplan erwähnt werden und die Investitionsrate, die hier veranschlagt wird für den Haushaltsentwurf 1987. Sie haben den Investitionsplan bekommen, wir haben ihn geprüft und festgestellt, daß die Rate 1987 netto 8,6 Prozent von den volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben beträgt, das ist nach wie vor eine viel zu geringe Rate, sie liegt weit am Ende im Ländervergleich. Insoweit ist in den letzten Jahren in Bremen eine Besserung nicht eingetreten. Ich darf das kurz Ihnen vorhalten, und ich beziehe mich hier nur auf die Nettoinvestitionsrate, also ohne irgendwelche Bundeszuschüsse.

Wir hatten 1982 acht Prozent Nettorate, 1983 8,8 Prozent, 1984 7,9, 1985 8,2, 1986 7,3 Prozent, und jetzt sind 1987 im Anschlag im Einklang mit dem Investitionsplan 8,6 Prozent vorgesehen, viel zu wenig! Bayern hat mehr als das Doppelte mehr! Vor allen Dingen ist diese Investitionsrate nicht eine Rate, die rentierliche, die Wirtschaft anregende Investitionen zum Gegenstand hat, sondern wegen der Finanzklemme hat sie ausschließlich Reparaturen, Inventar, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, Gewährleistungen, Darlehen, selbst Bürgschaften zum Gegenstand. Alles das wird hier in Bremen in den Topf der Investitionen geworfen, und eine wirklich wertschöpfende, rentierliche Investition, die die Wirtschaftskraft steigert, ist nicht da.

Meine Damen und Herren, die Investitionen zum Beispiel für den Hafen sind für 1987 um 40 Millionen DM auf sage und schreibe 32 Millionen DM gekürzt worden! Damit sind die nötigsten Reparaturen nicht mehr darstellbar, geschweige denn Neuinvestitionen nach dem Hafentwicklungspan! Der Finanzsenator hat erklärt, wir bekommen

etwas aus der Anerkennung des Hafenlastenausgleichs, und hat natürlich für 1987 bereits einen Anschlag vorgesehen, dann Hafeninvestitionen zu tätigen. Nur, meine Damen und Herren, das steht in den Sternen. Die Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich werden 1987 geführt werden, er soll ab 1988 gelten, und eines steht jetzt schon fest, die Verhandlungen werden nicht nur schwierig sein, sondern außerordentlich hart. Sie wissen ja, wenn es ums Geld geht, hört es mit der Gemütlichkeit auf. Hoffen wir, daß wenigstens in diesem Punkt der Hafeninvestitionen das Erwartete zur Verfügung gestellt wird, damit die nötigsten Unterhaltungsarbeiten vollzogen werden können!

Warum, meine Damen und Herren, ist das so wichtig, daß wir in der Investitionsrate Fortschritte erzielen? Wir haben von 1976 bis 1984 ein Stagnieren unseres Wirtschaftswachstums zu beklagen. Wir haben damals etwas über dem Bundesdurchschnitt gelegen, damals — 1976 — lag Bremen bei 11,1 Prozent und der Bund bei neun Prozent Realzuwachs, gemessen auf der Basis von 1972, seitdem stagnieren wir. Bis 1984 hat Bremen lediglich 0,4 Prozent reales Wachstum zugelegt, während der Bund uns bis 1984 auf 24,4 Prozent reale Steigerung überholt hat und damit die anderen Länder selbstverständlich auch. Wenn ich hier vom Bund spreche, meine ich den Bundesdurchschnitt. Lediglich 1985 hatten wir ein Übersteigen des Bundesdurchschnitts beim Wirtschaftswachstum von lediglich 0,3 Prozent real, kein Grund zur Euphorie! Trotzdem wurde das hier euphorisch bejubelt, und nach 1985, wie ich durch die Einnahmen des Länderfinanzausgleichs belegt habe, sackt wieder das Wirtschaftswachstum in Bremen ab, und die Schere öffnet sich weiter.

Dies kann auch und gerade durch wertschöpfende öffentliche Investitionen gewendet werden, gebessert werden, und deswegen bekämpfen wir diese niedrige Veranschlagung. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, daß der Senat plant, bei seiner günstigen Planung L 5, daß diese niedrige Investitionsrate auf zehn Prozent von 1990 bis 1995 festgeschrieben wird, bis dahin liegt sie etwa bei 11,5 bis zwölf Prozent. Und damit ist in der Tat das Licht am Ende des Tunnels nicht sichtbar oder der Boden der Talfahrt nicht zu erkennen. Wir wehren uns dagegen, daß eine solche unangemessene und die bremische Wirtschaftskraft nicht fördernde Investitionsrate hier langfristig festgeschrieben wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns orientieren am Wirtschaftswachstum des Bundesdurchschnitts und der Länder, und wir müssen für wirtschaftliche Investitionen eintreten. Würde man diese Zielsetzung ernst nehmen, dann müßten wir unsere Investitionsrate auf 20 Prozent mindestens anheben, also verdoppeln, und wir müßten ungefähr 200 Millionen DM im Jahr mehr veranschlagen, aber natürlich kommt es dabei darauf an, die Investitionen

(C)

(D)

(A) entsprechend zu strukturieren. Erlauben Sie mir abschließend dazu einige Vorschläge!

Öffentliche Investitionen sollten veranschlagt werden, die im direkten Zusammenhang mit Privatinvestitionen stehen. Hierzu zählen unter anderem Mittelstandsförderung, Technologieförderung und Außenwirtschaftsförderung. Öffentliche Investitionen sollten veranschlagt werden, die private Investitionen induzieren — entschuldigen Sie den Fachausdruck! —, anregen, veranlassen, anstoßen, vor allem durch Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit im Standortwettbewerb. Hierzu zählen unter anderem die Weiterentwicklung der Forschungs- und Entwicklungsstruktur, Qualifizierung von Arbeitnehmern, Steigerung der Attraktivität der Innenstadt und Ausbau der Messe- und Tagungskapazitäten.

Herr Senator, ich bedauere mit meinem Kollegen, daß Herr Wirtschaftssenator Lenz nicht hier ist, aber ich bin sicher, Herr Senator Grobecker, daß Sie es ihm entsprechend vermitteln werden.

Schließlich sollten öffentliche Investitionen vollzogen werden, deren vorübergehende Beschäftigungswirkung sich aus der Durchführung der Investition selbst ergibt, die aber keine Folgeleistungen für die öffentliche Hand mit sich bringen. Dies sind unter anderem Wohnungsbaumaßnahmen, Wärmedämmung und Fernwärme.

Meine Damen und Herren, hier in Parenthese: Wir halten es nach wie vor für unsinnig, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus einzustellen, wie es der Senat in seinen berüchtigten aufgabenkritischen Maßnahmen beschlossen hat.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das ist unsinnig, weil Eigentumsmaßnahmen damit gefördert werden, und Eigentumsmaßnahmen auf bremischem Gebiet sind wichtig, um die Fernwanderung zu verhindern. Es ist doch nicht möglich, politisch hinzunehmen, daß bis 1995 Tausende von bremischen Bürgern in die Ferne wandern — und das sind auch und gerade die Leistungsträger —, ohne daß man hier politische Maßnahmen der Gegensteuerung ergreift. Das wäre eine solche Maßnahme, und ich bitte, beherzigen Sie das, und setzen Sie sich mit der CDU-Bürgerschaftsfraktion bei den Haushaltsberatungen für 1987 dafür ein, daß diese unselige und viel zu geringe Veranschlagung der Investitionen unterbleibt, daß ein erhöhter Anschlag ausgewiesen wird, und zwar unter Berücksichtigung vor allen Dingen der verbenden, der rentierlichen Investitionen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klatt.

Abg. **Klatt** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Klein ist im Haushaltsrecht ein alter Hase. Ich schätze seinen Sachverstand. Wir kommen bei den Beratungen im Haushaltsausschuß

immer gut zurecht, aber hier in der Bürgerschaft läuft der Kollege Klein dann immer zur Hochform auf und dramatisiert einige Dinge, die eigentlich gar nicht zu dramatisieren wären. Einige Fragen, Kollege Klein, die Sie hier gestellt haben, hat Herr Senator Grobecker bereits in der Eröffnungssitzung am 19. August beantwortet. Von Ihrer Seite kam kein Widerspruch, also gehe ich davon aus, daß das auch zu Ihrer Zufriedenheit beantwortet wurde. Wahrscheinlich wird Senator Grobecker noch auf die einzelnen Punkte hier zu sprechen kommen.

(C)

Nun zur Haushaltslage! Uns liegt ein Zwischenbericht zur Haushaltslage vor, der mit dem 30.6.1986 abschließt. Das kann nur eine Momentaufnahme über die Haushaltssituation und eine kassenmäßige Entwicklung sein. Der Senat kann noch keine gesicherten Zahlen vorlegen, da noch nicht genau erkennbar ist, wie sich die wirtschaftliche Situation im Land Bremen entwickelt und wie die Steuereinnahmen endgültig am Jahresende aussehen. Insofern kann man noch nicht endgültig zu diesen Zahlen Stellung nehmen.

Ich wage in einigen Punkten eine Prognose. Aus dem Zwischenbericht ist zu entnehmen, daß die Steuereinnahmen zum 30.6. um 1,4 Prozent gestiegen sind. Das ist eine erfreuliche Tatsache, die wir seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen hatten. Insofern teile ich auch die Meinung von Senator Grobecker, die er in der Presse geäußert hat, daß wir einen leichten Optimismus zu verzeichnen haben. Das ist also positiv, Kollege Klein, insofern müßten Sie, wenn Sie die Zahlen richtig gelesen haben, zur Kenntnis nehmen, daß wir eine leichte Zunahme bei den Steuereinnahmen haben. Auf jeden Fall ist es positiv!

(D)

Von den Gesamtsteuereinnahmen hat das Land Bremen 799 Millionen DM erhalten. Dies ist ein Plus von 2,6 Prozent. Bedauerlicherweise sind die Einnahmen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zurückgegangen. An die Stadtgemeinde Bremen flossen 353 Millionen DM, dies ist ein Rückgang von 0,8 Prozent, an Bremerhaven wurden 50 Millionen DM überwiesen, das ist ein Rückgang von 1,9 Prozent. Das heißt also, die Gemeinden haben einen leichten Rückgang, aber das Land Bremen hat einen Zuwachs an den Steuern zu verzeichnen.

Die Erhöhung der Landessteuer läßt sich insbesondere durch eine Veränderung der Kraftfahrzeugsteuer erklären. Die Belastung der Steuerzahler bei nicht schadstoffarmen Pkw ist um 19,4 Prozent gestiegen. Daher resultiert diese enorme Zunahme der Landessteuern. Von den gesamten Steuereinnahmen des Landes bis zum 30.6. wurden allein 439 Millionen DM Bundessteuern direkt nach Bonn überwiesen, 439 Millionen DM also waren ein Durchlaufposten, die sofort an Bonn weiter überwiesen wurden.

Im letzten Jahr hatten wir einen Kreditrahmen, der durch einen Beschluß der Bremischen Bürgerschaft im Haushaltsgesetz festgesetzt wurde. Der Kreditrahmen für 1985 wurde zu 126 Millionen DM nicht ausgeschöpft. Erstmals also wurde der Kredit-

(A) rahmen nicht ganz ausgeschöpft. In etwa werden wir auch in diesem Jahr eine bestimmte Summe verzeichnen können, wir werden also den Kreditrahmen für 1986 ebenfalls nicht ausschöpfen. Es wird wahrscheinlich nicht so hoch wie im letzten Jahr, aber das ist auf jeden Fall schon einmal erfreulich, daß wir nicht alle Kredite, die wir im Haushaltsgesetz haben, beanspruchen müssen. Wir werden wahrscheinlich durch die Steuereinnahmen, wenn es machbar ist, und es sieht so aus, daß wir es machen können, die erhöhten Ausgaben für Schiffbau- bürgerchaften, für die Veränderung der bremischen Werftenstruktur und die Erhöhung der Sozialhilfe auffangen können. Wenn es sich also weiter so entwickelt, wie wir es jetzt feststellen, werden wir wahrscheinlich keine Nachbewilligungsanträge in diesem Hause stellen müssen. Das bedeutet, daß wir die Mehrausgaben durch Steuererhöhungen auffangen und den Kreditrahmen nicht ganz ausnutzen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, daß ich jetzt einige Zahlen nennen müßte über die Kreditaufnahme, die immer noch sehr beängstigend ist. Da hat der Kollege Klein natürlich völlig recht. Wir haben 1986 einen Kreditrahmen von 724,7 Millionen DM, den wir ausschöpfen könnten. Nach dem Ist vom 30.6. haben wir bereits 391,6 Millionen DM an Krediten ausgegeben. Das ist volkswirtschaftlicher Wahnsinn, wenn wir so viele Zinsen bezahlen müssen. Ich habe das einmal ausgerechnet, an Zinsen haben wir nach dem Stand vom 30.6. — also in sechs Monaten — 391,6 Millionen DM ausgegeben. Das bedeutet pro Monat 65,27 Millionen DM. Wenn ich das umrechne auf einen Tag, haben wir bis zum 30.6. 2,18 Millionen DM pro Tag an Zinsen aufgewendet. Sie wissen, wir streiten uns manchmal über 10 000 DM, so daß diese hohe Zinsbelastung natürlich Wahnsinn ist. Sollte diese Debatte eine Stunde dauern, dann bedeutet das, daß wir in dieser Stunde über 90 000 DM Zinsen an die Banken zahlen. Das heißt also, die Arbeitnehmer eines Großbetriebs müßten erst einmal ein Jahr lang arbeiten, damit wir für diese eine Stunde die Zinsen bezahlen können.

Wir müssen von den Zinsen herunter. Insofern teile ich auch die Auffassung von Senator Grobecker — auch wir im Haushaltsausschuß —, daß das wichtigste Problem die Reduzierung unserer Zinsbelastung ist. Wir haben im Haushalt 1987 — ich will der Haushaltsdebatte nicht sehr vorgreifen, aber einige Zahlen muß ich nennen, weil der Kollege Klein sie auch genannt hat — einen Nachteilsausgleich aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24.6.1986 eingeplant. Wir bekommen einen Nachteilsausgleich, und zwar eine Abschlagszahlung, wie die letzten Informationen aus Bonn sind, in Höhe von wahrscheinlich 260 Millionen DM. Wir haben uns im Haushaltsausschuß — das steht auch in der Eröffnungsvorlage — so geeinigt, daß wir diese Summe von 260 Millionen DM ausschließlich

zur Senkung der Nettokreditaufnahme benutzen werden, ausschließlich! (C)

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja schwierig, man erweckt Hoffnungen und Erwartungen, wenn man sagt, wir bekommen jetzt fast 300 Millionen DM als Nachschlag. Um dem vorzubeugen werden wir im Haushaltsgesetz 1987 auf jeden Fall, da sind wir uns mit der CDU einig, einen entsprechenden Sperrvermerk anbringen, damit auf keinen Fall ein Ressort etwas von diesen 260 Millionen DM abbekommt, einen Sperrvermerk, daß diese Mittel nur zur Senkung der Kreditaufnahme dienen!

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. F ü c k s [GRÜNE])

Ja, genau! Das ist eine Erhöhung der Investitionsausgaben. Das würde auch bedeuten, daß das, wenn wir weiter Kredite aufnehmen, völliger Wahnsinn wäre.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das habe ich aber nicht gesagt!)

Nein, aber das wäre die Konsequenz, oder Sie müssen sagen, wo Sie Geld streichen wollen! Woher wollen Sie das Geld nehmen?

(Abg. K l e i n [CDU]: Sie sind ja noch Volontär! Da gibt es ja noch Möglichkeiten!)

Wenn wir unsere Nettokreditaufnahme von zur Zeit 775 Millionen DM um diese 260 Millionen DM reduzieren könnten, hätten wir nur noch eine Nettokreditaufnahme von 515 Millionen DM. Das heißt, wir senken mit dieser Maßnahme mit einem Schlag die Nettokreditaufnahme um ein Drittel. Das heißt auch, die Zinsen sinken. Dann bekommen wir wieder Handlungsspielraum und können auch bessere Haushaltsmaßnahmen durchführen. (D)

(Abg. K l e i n [CDU]: Das ist eine einmalige Zahlung, wenn sie überhaupt kommt!)

Kollege Klein, Sie sind doch auch dafür, daß wir das Geld bekommen, oder nicht?

(Abg. K l e i n [CDU]: Das ist eine einmalige Zahlung!)

Sie sollten aber die Dinge hier nicht so zerreden, Sie sollten wie wir Optimismus ausstrahlen!

(Beifall bei der SPD — Abg. K l e i n [CDU]: Ich bin Realist! — Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Aufschwung!)

Ich komme nun zum Investitionsplan! Der Investitionsplan wird immer vom Senat aufgrund des Paragraphen 50 des Haushaltsgrundsatzgesetzes vorgelegt. Das bedeutet, das erste Planungsjahr ist das laufende Haushaltsjahr — also 1986 —, und der Planungszeitraum läuft bis 1989. Die Jahresnettosummen, die der Investitionsplan enthält, sind auf der

(A) Grundlage des Finanzplans, der bis 1989 gilt, erarbeitet worden. Die Investitionsplanung basiert auf der Grundlage der Regierungserklärung von Bürgermeister Wedemeier vom 22. Oktober 1985. Darin hat der neue Präsident des Senats zu diesem Bereich drei Punkte vorgestellt.

Der erste Punkt war, der Anteil investiver Ausgaben, die längerfristig beschäftigungsfördernd wirken, wurde gesteigert. Das haben Sie auch gesagt, Kollege Klein.

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Kollege Klatt liest auch den „Konjunkturspiegel“!)

Ja, das ist die Wiedergabe der Regierungserklärung von Bürgermeister Wedemeier, das ist richtig, das hat der „Konjunkturspiegel“ übernommen. Aber entscheidend ist ja das, was unser Regierungschef sagt, und nicht, was in der Zeitung steht.

(Beifall bei der SPD) — Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Wer hat denn das nur geschrieben!)

Wer das geschrieben hat? Ich weiß nicht, ob Sie daran beteiligt waren! Mit Sicherheit nicht, Herr Kollege!

(Abg. F ü c k s [GRÜNE]: Herr Haller!)

Als Punkt zwei der Investitionsplanung wurde dann von Bürgermeister Wedemeier dargestellt, daß die Zukunftsvorsorge bedeutet, daß wir investieren müssen, um auch längerfristig Arbeitsplätze zu sichern.

(B)

Als Punkt drei sollten Investitionen in den Plan eingearbeitet werden, die auf jeden Fall Dauerarbeitsplätze sichern. Das hat also absoluten Vorrang.

Wenn ich jetzt die Zahlen des Investitionsplans nehme, dann haben wir 1986 eine Nettoinvestition von 488 Millionen DM. Diese Investitionsausgaben steigen bis 1989 auf 624 Millionen DM. Es ist schlimm, wenn man hier einige Zahlen nennen muß, aber letzten Endes ist es ja die Grundlage unseres Handelns. Also kann ich Ihnen hier einige Zahlen nicht ersparen, denn diese bilden die Grundlage unseres Handelns, also muß ich Ihnen auch hier einige Quoten nennen.

(Beifall bei der SPD)

Es sieht also im Investitionsplan so aus — das hat der Kollege Klein hier nicht dargestellt —, daß sich der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben zwar auch erhöhen wird, aber nicht auf zehn Prozent 1990, das ist eine falsche Interpretation. Wir haben also vor — wenn Sie den Plan richtig gelesen hätten, dann hätten Sie es auch erkannt — 1986 einen Anteil von 10,5 Prozent und 1989 einen Anteil von 12,1 Prozent.

(Abg. K l e i n [CDU]: Ich habe ab 1990 gesprochen, zehn Prozent!)

Ja, ich komme noch darauf! Sie suchen sich immer die Zahlen heraus, die nach Ihrer Meinung am negativsten sind! (C)

(Abg. K l e i n [CDU]: Unsinn!)

Doch, doch, Kollege Klein! Die Quote steigt also bis 1989 auf 12,1 Prozent. Der Investitionsplan enthält eine Investitionsreserve für 1987 von 3,7 Millionen DM und steigt dann bis 1989 auf 22 Millionen DM. Diese Reserve soll nur als Drittmittelfonds verwendet werden, und zwar vorrangig zur Komplementierung von Drittmitteln, zum Beispiel für EG-Programme. Wenn wir also EG-Mittel bekommen, sollen diese Mittel eingesetzt werden. Da ist also eine Reserve für das Jahr 1989 von 22 Millionen DM enthalten, Herr Kollege Klein.

Jetzt komme ich zum Schluß! Festzustellen ist, daß wir die Investitionsausgaben weiter erhöhen müssen, weil hierdurch Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir dürfen es aber nicht so machen, daß wir die Kredite erhöhen, teure Zinsen zahlen, die Banken finanzieren und davon dann die Investitionen tätigen. Das ist natürlich falsch. Deshalb müssen wir, wenn wir die Gelder aus Bonn bekommen — das hatte ich ja vorhin gesagt, daß wir da einen gewissen Spielraum haben —, das ist auch anvisiert in der Arbeitsgruppe des Präsidenten des Senats, die Investitionsausgaben weiter erhöhen, und zwar drastisch, damit wir auch zur Konsolidierung des Haushalts kommen. Wir werden dann auch den Arbeitsmarkt stärken und natürlich auch, wenn wir mehr investieren, mehr Steuern hereinbekommen. Insofern ist es eine positive Maßnahme. (D)

Es besteht ein Mißverständnis zwischen der Nettokreditaufnahme und den Nettoinvestitionen. Sie alle wissen ja, das hat mein Vorgänger, Herr Stäcker, ja jedesmal in den Haushaltsberatungen dargestellt, der Paragraph 18 der Landeshaushaltsordnung sieht vor, daß die Einnahmen aus Krediten, das heißt also der Kreditrahmen, nicht höher sein dürfen als die Summe der Ausgaben für Investitionen. Hiervon kann nur dann eine Ausnahme gemacht werden, wenn eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes vorliegt. Dies haben wir ja schon seit vielen Jahren dargestellt, daß wir eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes haben. Ich meine aber, daß wir, wenn die Gelder aufgrund des Prozesses, den wir in Karlsruhe gewonnen haben, kommen, diese Mittel zur Senkung der Kreditaufnahme benutzen können. Dann können wir auch die Investitionen erhöhen und insofern wieder von diesem Paragraphen, der nur eine Notverordnung ist, Abstand nehmen.

Wenn ich die Berichterstattung der letzten Tage über die bremische Haushaltssituation sehe, stelle ich fest, daß die CDU-Fraktion alles viel zu pessimistisch sieht und Herr Senator Grobecker, da unterstützen wir ihn, einen gewissen Silberstreif am Himmel erkennt und meint, es würde besser. Sie wissen ja auch, Kollege Klein, daß auch Kreise der Wirtschaft sehr genau registrieren, wie wir uns hier im

- (A) Haus verhalten und welche Aussagen wir machen. Da bitte ich Sie, daß Sie das im Interesse Bremens auch ein bißchen optimistischer sehen sollten!

(Beifall bei der SPD)

Auch bremische Firmen müssen etwas unternehmen und investieren. Der Name Unternehmer besagt ja, daß die Firmen etwas unternehmen sollen. Wenn sie wissen, daß wir selbst nichts machen, machen sie auch nichts. Deshalb müssen wir vorangehen, investieren und optimistischer sein und nicht so wie Sie pessimistisch an die Sache herangehen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg.  
Klein [CDU])

Doch, wir investieren ja, Herr Kollege Klein!

Ich meine, daß der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Wedemeier, den richtigen Weg eingeschlagen hat. Er hat den Kurs berechnet, das Ziel ist anvisiert, und ich meine, daß er das Ziel mit unserer Hilfe, Herr Kollege Klein, auch erreichen wird. Ein Wandel ist vor einem Jahr durch den neuen Präsidenten erfolgt, und wir sollten ihn dabei unterstützen, genau wie wir den Finanzsenator auch unterstützen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks.

Abg. Fücks (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich stärker auf den ersten dieser beiden Tagesordnungspunkte, die wir jetzt zusammengezogen haben, konzentrieren, nämlich auf den Investitionsplan, und möchte Sie einladen, kurz mit mir einen Gang durch diesen Plan zu machen. Dabei werde ich versuchen zu zeigen, wo uns die Richtung nicht paßt und wo wir Prioritäten verändern möchten in der langfristigen Investitionsplanung. Am Ende, hoffe ich, gibt es noch genügend Zeit, um kurz auf die Kontroverse einzugehen, die sich um die Investitionspolitik des Senats — auch innerhalb der SPD — entwickelt hat.

Ich habe mit Vergnügen zur Kenntnis genommen, daß meine beiden Vorredner hier die Stellungnahme des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung zu ihrer Bibel gemacht haben und daß Herr Klein als investitionspolitische Forderungen der CDU wortwörtlich das Programm zitiert hat, das vom Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung im „Konjunkturspiegel“ —

(Abg. Klein [CDU]: Was richtig ist, muß man tun!)

ja, aber man kann dann auch die Quelle nennen — formuliert worden ist. Bei der Investitionspolitik gibt

- es tatsächlich eine Große Koalition der Sache nach, bei allen sonstigen verbalen Differenzen. (C)

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

Wenn wir diesen Investitionsplan durchgehen — und ich konzentriere mich jetzt nur auf die Hauptsachen —, fällt zunächst im Bildungsetat auf, daß die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden, und das macht den Löwenanteil der Investitionen dieses Etats aus, weitestgehend auf 1987 konzentriert sind und für 1988/89 fast gegen Null schrumpfen. Dementsprechend sinkt der Investitionsetat Bildung nach einer Steigerung in 1987 schlagartig auf fast die Hälfte, und wir befürchten, daß damit die Vernachlässigung der Instandhaltungs- und Reparaturinvestitionen an Schulen festgeschrieben wird.

Bei Wissenschaft und Kunst konzentrieren sich die Investitionen fast vollständig auf den Bereich Hochschulen und Forschung, und dort ist zu sehen, daß alle Ausbaumaßnahmen, die in der Investitionsplanung vorgesehen sind, sich mit dem Begriff der indirekten Wirtschaftsförderung beschreiben lassen. Es handelt sich um die Baumaßnahmen für den Raumfahrt-Lehrstuhl, dafür sind rund sechs Millionen DM veranschlagt, für die Geo-Wissenschaften, den zweiten Abschnitt Produktionstechnik, ein Computer-Investitionsprogramm, den Ausbau des Forschungszentrums für Oberflächentechnik, Zuschüsse für das Alfred-Wegener-Institut, insgesamt brutto rund 98,9 Millionen DM für 1986 bis 1989, ohne daß eine Zielsetzung in Richtung Arbeit und Umwelt in der Forschungs- und Wissenschaftspolitik des Landes sichtbar würde. (D)

Wir werden diesen Faden noch weiter verfolgen, um zu zeigen, daß die Ankündigung, das Land Bremen werde jetzt einen Schwerpunkt Arbeit und Umwelt einrichten, bisher nichts ist als ein uneingelöstes Versprechen. Tatsächlich verbergen sich bisher nur Regelaufgaben unter diesem Begriff. Die gesamte Investitionspolitik einschließlich Wissenschaft und Forschung und erst recht die direkte Wirtschaftsförderung folgt ganz traditionellen Pfaden. Der BAW begründet das auch theoretisch, daß ein Programm „Arbeit und Umwelt“ allenfalls einen drittrangigen Stellenwert in der Investitionspolitik des Landes haben soll. Damit müßte sich die SPD noch einmal auseinandersetzen angesichts ihrer Landesparteitagebeschlüsse.

Im Bereich 31, wo es um den Etat für Arbeit geht, haben wir insgesamt ein Volumen von 19,76 Millionen DM für den Zeitraum 1986 bis 1989, das heißt, im Durchschnitt knapp fünf Millionen DM pro Jahr. Von der Beschäftigungs- und Qualifikationsoffensive, von der der Senat auf Pressekonferenzen jetzt spricht, bleiben eigentlich nur die Drittmittel. Man muß mit dem DGB — Herr Möller hat das ja auch entsprechend klar ausgedrückt — sagen, daß aus Landesmitteln praktisch keine offensive Beschäftigungspolitik stattfindet. Alles, was hier passiert, ist nur

(A) noch komplementär zu Drittmitteln, im wesentlichen der Bundesanstalt für Arbeit oder des EG-Sozialfonds, die nach Bremen gezogen werden. Aber das Arbeitsressort selbst ist absolut kümmerlich ausgestattet und aus eigenen Mitteln heraus gar nicht politikfähig, und das ist angesichts der Arbeitslosenziffern, die wir haben, unserer Auffassung nach für eine sozialdemokratische Regierung ein Armutszeugnis.

Gesundheit und Sport! Da haben wir eine stark sinkende Tendenz der Investitionen, die sowieso auf die Kliniken konzentriert sind. 1986 haben wir noch 59,8 Millionen DM, im Jahr 1989 bleiben davon noch 37,5 Millionen DM. Wir haben den Eindruck, daß sich das Land Bremen aus der Gesundheitspolitik nach und nach verabschiedet. Insofern ist es auch konsequent, daß sich Herr Brückner aus dem Senat verabschiedet.

Die Zuschüsse an Sportvereine aus Wettmitteln für Investitionen belaufen sich auf 1,7 Millionen DM pro Jahr. Das ist eine Zahl, die vielleicht noch einmal Bedeutung bekommt, wenn wir den Ausbau des Weststadions diskutieren, wo bis zu 2,2 Millionen DM an jährlichen Zuschüssen aus dem Haushalt angesagt sind. Das halten wir für eine falsche Relation.

Im Umweltschutz haben wir einen Gesamtetat — und das ist analog zu der kümmerlichen Ausstattung des Arbeitsressorts — für die Zeit von 1986 bis 1989 von 15,47 Millionen DM. Also knapp vier Millionen DM pro Jahr! Das ist die unterste Grenze, auch nach Aussagen von Beamten aus diesem Ressort, um überhaupt den gesetzlichen Pflichtausgaben nachzukommen. Es sind darin zum Beispiel überhaupt keine Reserven für Landaufkäufe, also eine offensive Naturschutzpolitik, enthalten. Die Meßprogramme werden auf dem niedrigsten möglichen Niveau gefahren, zum Beispiel gibt es nur einen Luftmeßwagen, um die Immissionsbelastungen festzustellen. Wir sind vom Investitionsetat dieses Ressorts her nicht in der Lage, elementare Voraussetzungen für offensiven Umweltschutz sicherzustellen, nämlich eine systematische Erfassung der Daten, ob es sich auf das Abwasser bezieht oder auf die Luft oder auf die Bodenkartierung und die Erfassung von Altdeponien. Da muß unbedingt etwas passieren. Wenn wir nach dem groß angelegten Programm „Arbeit und Umwelt“ suchen, im Etat des Umweltressorts finden wir es jedenfalls nicht bis 1989.

Was das Bauwesen angeht, darunter fällt ja auch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, da läßt sich eine interessante Feststellung treffen. Die Maßnahmen und Vorhaben, die nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bestritten werden, wozu der Bund 60 Prozent beisteuert, werden soweit zurückgefahren, daß die Bundeszuschüsse die Bruttoausgaben für die Jahre 1986 bis 1989 übersteigen, offensichtlich wegen der Abwicklung vergangener Investitionsvorhaben. Wir haben Finanzhilfen des Bundes für diesen Zeitraum von 51,5 Millionen DM und Bruttoausgaben von 46,25 Millionen DM, das heißt, ein Überschuß von 5,25 Millionen DM. Das

kann nichts anderes bedeuten, als daß der öffentliche Nahverkehr auch auf Schrumpfkurs gefahren wird und das Land keine Anstrengungen mehr unternimmt, aus eigener Kraft den öffentlichen Nahverkehr so auszubauen, daß eine sinnvolle Eindämmung etwa des Autoverkehrs in der Stadt und eine Reduzierung der Umweltbelastung möglich wäre.

Dasselbe finden wir übrigens beim Städtebau. Inclusive der Sanierungsvorhaben betragen die Nettoinvestitionen, also nach Abzug der Bundeszuschüsse, gerade noch eine Million DM. Soviel wird noch netto aus dem bremischen Haushalt bis 1989 in Städtebauförderung inklusive Sanierung und Wohnumfeldverbesserung investiert. Das ist für die Leute in Kattenturm oder Osterholz-Tenever eine Bankrotterklärung. Da muß man sich wirklich überlegen, ob man diese Stadtteile nicht mittelfristig aufgeben will, wenn man nichts mehr in sie investiert.

Der Um- und Ausbau des Radwegenetzes ist bis 1989 mit 200 000 DM gewürdigt, dagegen Erschließungskosten im Straßenbau 38,8 Millionen DM, Sanierung von Straßen 23,2 Millionen DM ohne Holterfeld, also Folgekosten der Daimler-Benz-Ansiedlung, und ohne Niedervieland. Das ist kein Verhältnis, das akzeptabel wäre, wenn man wirklich offensiv die Verbesserung der Umweltqualität in der Stadt betreiben will. Es gibt keine Mittel, die für Verkehrsberuhigung eingesetzt werden können über das Aufstellen von Schildern hinaus. Wenn Sie wirklich flächendeckend Tempo 30 in den Wohnvierteln praktizieren wollen, aus welchen Etats soll das finanziert werden? Im Investitionsprogramm ist es nicht zu finden, und Sie wissen, daß es nur geht, wenn man dabei bauliche Veränderungen auf den Straßen vornimmt, sonst wird man mehr Polizei einstellen müssen für Verkehrskontrollen, und das wird wiederum den Personaletat belasten, also auch nicht stattfinden.

Müllbeseitigung! Die Rauchgaswäsche in der Müllverbrennungsanlage ist mit 30,5 Millionen DM vorgesehen, und wird als einer der großen Posten des Programms „Arbeit und Umwelt“ ausgegeben. Eine absolute Pflichtausgabe! Der Hauptfuhrpark mitsamt den Reparaturwerkstätten, die dort eingerichtet werden sollen, und der Stadtreinigung, kommt auf 27,1 Millionen DM. Wir finden keine Mittel für die Sanierung von Altdeponien, wir finden keine Mittel für ein flächendeckendes Recycling-Programm, also für die Einrichtung weiterer dezentraler Recycling-Höfe oder Investitionen für die getrennte Sammlung und Wiederaufarbeitung von Wertstoffabfällen. Das gesamte Investitionsprogramm ist weiterhin zugeschnitten allein auf die Müllverbrennung. Das sagt doch etwas aus über die Richtung Ihrer Abfallpolitik und darüber, wie ernst Sie es nehmen mit dem Programm „Arbeit und Umwelt“.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

(C)

(D)

(A) Bei Wirtschaft und Außenhandel, darüber haben wir schon oft diskutiert, brauche ich die einzelnen Zahlen nicht mehr zu referieren, dort ist nach wie vor der Löwenanteil aller Mittel konzentriert erstens auf die Gewerbeflächenerschließung, das halten wir für eine völlig veraltete Schwerpunktsetzung, und zweitens auf die Subventionierung von Großunternehmen. Herr Hollweg hat darauf auch schon hingewiesen. Allein an Daimler-Benz-Folgekosten sind bei einem oberflächlichen Durchgang durch diese weit verstreuten Ausgabenposten ungefähr 77 Millionen DM noch zu summieren. Die Gewerbeflächenerschließung ohne Industriebrachen und ohne Straßenbau im Holter Feld verschlingt zirka 140 Millionen DM mindestens. Vermutlich verbergen sich im Investitionsplan noch mehr Einzelposten dafür.

Betrachten wir dagegen die Darlehen für örtliche Beschäftigungsinitiativen, das ist die groß entdeckte Wende der SPD zu genossenschaftlichen Betrieben, die Wiederentdeckung der genossenschaftlichen Tradition und die Förderung von selbstverwalteten Betrieben, dann finden wir Darlehen für den ganzen Zeitraum bis 1989 von 0,7 Millionen DM. Darlehen, nicht etwa Zuschüsse, nein, rückzahlbare Darlehen! Das ist der Posten, aus dem selbstverwaltete Betriebe und Genossenschaften bis 1989 zu fördern sind.

(Zuruf von Bürgermeister Dr. Scherf)

(B) Ich muß ja einmal zwischendurch nachdenken beim Reden!

**Präsident Dr. Klink:** Das sollte man immer machen!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Sie sollten einmal Ihre Kollegen reden lassen und nicht immer selbst reden!)

Abg. Fücks (GRÜNE): Ja, das ist eine unglückliche Häufung von Punkten zur Wirtschafts- und Arbeitspolitik in der Tagesordnung! Wir sind eben nur fünf, und da muß jeder von uns einen viel größeren Bereich abdecken. Sie dürfen mir glauben, daß ich mich nicht danach dränge, Herr Beckmeyer.

Als Kommentar zum Investitionsprogramm des Wirtschaftsressorts möchte ich Ihnen ein kurzes Zitat vorlesen, das vielleicht einigen von Ihnen bekannt ist, meine Damen und Herren, es lautet:

„Auch die bremische Wirtschaftspolitik, wie sie im Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm, WAP, zusammengefaßt ist, orientiert sich an der Hoffnung auf die unternehmerischen Investitionsentscheidungen mit all den ihnen innewohnenden Risiken. Der Löwenanteil des Programms wird für direkte Investitionszuschüsse und indirekte Unternehmenssubventionen ausgegeben, hier besonders in Form der überdimensionierten Gewerbeflächenerschließung. Gerade diese Gelder könnten anders besser verwendet werden.“

Sie werden es erraten, das ist ein Zitat aus dem Beschluß des SPD-Landesparteitags vom 27. Juni dieses Jahres. In diesem Punkt bin ich ganz mit dem Zitat einverstanden.

Nun hat das eine Kontroverse ausgelöst, die auch ihre lustigen Seiten hat und die von seiten des Senats über den Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung ausgetragen wird. Wir kommen heute vermutlich nicht mehr dazu, diese Kontroverse wirklich auszuleuchten.

Im Grunde geht es aber darum, das der BAW mit der Regierungserklärung von Herrn Wedemeier, mit Herrn Lenz, mit Herrn Grobecker und mit der CDU, heute Herr Klein, sagt, ein Programm „Arbeit und Umwelt“, ökologische Strukturinvestitionen haben allenfalls drittrangige Bedeutung. Vorrangige Bedeutung haben erstens direkte Wirtschaftsförderungssubventionen, die private Investitionen nach sich ziehen, und zweitens die wirtschaftsfördernde Infrastruktur. Das ist genau das Prinzip, nach dem Ihr Programm gestrickt ist. Darüber muß man sich tatsächlich streiten, weil alle qualitativen Zielsetzungen, sozusagen die Gebrauchswertseite von Investitionspolitik, dabei ignoriert werden gegenüber dem einen Ziel, Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Die ganzen Debatten der letzten Jahre über den Zusammenhang von Investition und Umweltzerstörung sind vergessen worden. Alle Ansätze, die sagen, wir müssen wegkommen von dieser absoluten Fixierung auf Wirtschaftswachstum und müssen mehr die qualitativen Fragen in den Vordergrund stellen — ob es die Ökologie ist oder die Lebensqualität in der Stadt — haben in diesem Investitionsprogramm keinen Platz mehr. Das halten wir langfristig auch unter Beschäftigungsgesichtspunkten für fatal, weil Sie sich doch nicht wirklich einbilden können, Sie könnten diese qualitativen Gesichtspunkte ignorieren ohne negative Folgen für den Arbeitsmarkt im Land Bremen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Grobecker.

**Senator für Finanzen Grobecker:** Herr Präsident, ich weiß beim besten Willen nicht, was der Abgeordnete Klein unter Euphorie versteht, meine Damen und Herren! Das, was ich zur Lage des Haushalts gesagt habe, es tut mir ja leid, wenn ich Ihnen da in die Quere gekommen bin, ist schlicht das: Wenn wir so weiterarbeiten, wenn wir uns weiter so anstrengen, dann sind wir 1990 mit dem Schlimmsten durch. Das habe ich gesagt, und dazu stehe ich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich bleibe gern in dem Bild, das Sie benutzt haben, als Sie Herrn Klatt als Volontär bezeichnet haben. Wissen Sie, Herr Klein, ich will ja gern zugeben, daß

(C)

(D)

- (A) Sie ein Altmeister sind, aber der Sprecher des Finanzsenators sind Sie nicht. Das sage ich Ihnen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:  
Das habe ich auch nicht gesagt!)

Es tut mir leid, wenn wir gemeinsam bei dieser Debatte sozusagen Opfer von Zeitverzögerungen sind. Der Investitionsplan ist im April verabschiedet worden, und ich kann nicht dafür, daß dazwischen auch eine Sommerpause liegt. Ich denke aber, wir müssen das berücksichtigen. Es ist deshalb auch eine ordentliche, wie ich finde, parlamentarische Regel, daß man zwischenzeitlich, verehrter Herr Abgeordneter Klein, die Ausschüsse und Deputationen benutzt, um Neuerungen, Erkenntnisse dieser Art auch weiterzugeben. Davon hat Herr Klein hier heute gezehrt, weil ich in der Zwischenzeit den Kollegen im Haushaltsausschuß und in der Finanzdeputation dargelegt habe, wie sich der Etat 1986 weiter entwickelt und was wir möglicherweise — lange debattiert im Haushaltsausschuß anhand der Eröffnungsvorlage — für 1987 zu erwarten haben. Das unterscheidet sich von dem, was hier, es tut mir aufrichtig leid, jetzt noch in dem vorgelegten Investitionsplan steht. Es unterscheidet sich positiv.

- (B) Es gibt keinen Zweifel, die Datenlage hat sich positiv verändert. Es ist noch nicht gut, aber es ist besser geworden. Da können wir uns lange darüber streiten, ob das Glas Wasser halb voll oder halb leer ist, für mich ist es halb voll, wenn es denn halb voll ist.

Nun kann man auch lange darüber reden, es bleibt richtig, daß der Haushaltsentwurf 1986 sich etwas, vorsichtig ausgedrückt, positiver entwickelt, als wir es noch zu Beginn des Jahres oder gar als wir hier darüber in der zweiten Lesung geredet haben im Dezember vergangenen Jahres geglaubt haben. Da sage ich Ihnen, Herr Klein und Herr Fücks, das wird zukünftig zum Prinzip, daß wir unsere Planungen immer einen Tick konservativer, in der Methodik meine ich jetzt, in der Methodik konservativer schätzen, als die Vorgaben der Steuerschätzer und die Vorgaben der wirtschaftswissenschaftlichen Institute und die Vorgaben des Bundes sind, weil ich hier nicht alle 14 Tage ins Plenum will und mit einem Nachtragshaushalt Neuverschuldung nachvollziehen will. Deshalb werden wir zukünftig für alle Planungen immer einen kleinen Abschlag hinsichtlich unserer bremenspezifischen Bedeutung — das, was hier sich abspielt, Einwohnerwanderung zum Beispiel oder geringeres Wirtschaftswachstum — mit einplanen, damit vermieden wird, daß wir hier dauernd stehen.

Ich will Sie jetzt nicht lange aufhalten, vor allem nicht mit Daten, meine Erfahrungen sind, daß das niemand so richtig mitbekommt, Herr Klein, deshalb finde ich es nicht schlecht, wenn Sie so weiterreden, wie Sie eben geredet haben mit den Daten!

(Abg. Klein [CDU]: Aber Sie müssen den Silberstreif einmal ein klein wenig konkretisieren!)

Aber dennoch ist es wohl wichtig, daß wir einmal eben einen kleinen Vergleich machen, Herr Klein. Wenn Sie denn schon die Informationen aus dem Haushaltsausschuß aus der Eröffnungsvorlage für diese Debatte benutzen, es tut mir leid, meine Damen und Herren, dann muß ich ein paar Daten nennen, ganz wenige!

Erstens: Der Ihnen vorliegende Investitionsplan sieht eine Investitionsquote für 1986 von 10,5 Prozent vor, für 1987 11,9, für 1988 11,9 und für 1989 von 12,1 Prozent.

(Abg. Klein [CDU]: Brutto!)

Ich bitte Sie, Herr Klein, machen Sie doch hier der Öffentlichkeit kein X für ein U vor! Es kommt darauf an, wieviel investiert wird, netto oder brutto! Natürlich werden wir jeden Pfennig Drittmittel für uns akquirieren, und dann reden Sie von Nettoinvestitionen! So ein Unsinn!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]:  
Regen Sie sich doch nicht so künstlich auf!  
Dem habe ich doch gar nicht widersprochen!)

Ich bitte um Entschuldigung für diesen nichtparlamentarischen Ausdruck! Es ist purer Unsinn, diese Unterscheidung zu machen. Es kommt darauf an, was denn tatsächlich investiert wird. Darin sind die Drittmittel enthalten. Diese Daten haben wir im Investitionsplan!

Nun die aktuelle Lage! 1986 verbessert sich das ganz vorsichtig, etwa gegen elf Prozent, 1987 verbessert sich das durch Mehrausgaben bei Forschung und Entwicklung, beim WAP, beim Grunderwerb, bei der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur, das sind die Ausgabenzuwächse. Das wird sich auf etwa 12,4 Prozent einpendeln, vielleicht auch 12,5 Prozent. Das ist eine Steigerung, und darüber kann man hier lange reden, es bleibt eine Steigerung und kein Abfall der Investitionsquote, wie der Herr Klein hier klarzumachen versucht.

Wenn wir dann schließlich 1987 die Hafencosten bekommen — Herr Klein, und wir werden sie bekommen, jedenfalls werden wir gemeinsam darum kämpfen, ich nehme an, Sie strengen sich auch an bei Ihren Freunden im Bund und in den Ländern, daß wir die Hafencosten bekommen,

(Beifall bei der SPD)

das ist nicht nur unser Bier gegenüber den anderen Ländern, die christdemokratisch regiert werden, das ist auch Ihr Bier! Benehmen Sie sich wie ein bremischer Patriot, dann bekommen wir die Hafencosten! —

(Heiterkeit bei der SPD)

dann haben wir eine Investitionsquote, meine Damen und Herren, wenn das denn überhaupt eine Richtschnur ist für so etwas, das ist alles nur linear

(A) gedacht und nicht zirkumpolar, um es einmal lateinisch zu sagen, wie Herr Klein immer,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

dann haben wir eine Investitionsquote von 13,8 Prozent. Ich bitte Sie, sich dieses Datum zu merken, Herr Klein! Wenn es gelingt, die Hafencosten abgegolten zu bekommen, haben wir eine Investitionsquote von 13,8 Prozent. Dann halten Sie mir die bayerische Investitionsquote vor! Die ist deshalb so hoch, weil sie aus dem Topf Geld bekommen, das uns gehört. Deshalb ist die Investitionsquote so hoch in Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Also, meine Damen und Herren, wenn ich dann am Schluß noch zu den Vorschlägen kommen darf, die Herr Klein hier so ausgebreitet hat! Ich habe ja viel übrig für so eine Debatte. Herr Klein schlägt vor, wir sollten im privaten Bereich investieren, sozusagen kommunizierend und sich lawinenartig verbreitend. Das haben wir uns ja bei Keynes schon an den Schuhsohlen abgelaufen. Gut, daß Sie auch inzwischen soweit sind. Die Investitionssteigerungen finden statt bei Forschung und Entwicklung, Punkt eins, das hat Herr Klein gefordert. Ich sage Ihnen, Ihre Forderung ist schon erfüllt. Ich erfülle sie hiermit!

(B) Punkt zwei: Sie soll stattfinden beim privaten Bereich, dort, wo also Lohn und Brot verdient werden und Steuern. Dies ist auch meine Auffassung. Grunderwerb zum Beispiel für Gewerbetreibende wird 1987 erhöht um 14 Millionen DM, Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur und WAP wird erhöht um fünf Millionen DM. Da werden wir die Investitionen für den Mittelstand betreiben, von denen Sie geredet und die Sie gefordert haben. Ich kann Ihnen sagen, die Forderung ist schon erfüllt.

Letzter Satz! Herr Fücks, ich habe große Lust, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen, das wissen Sie. Aber ich will hier niemanden aufhalten. Außerdem war es diesmal kein besonders guter Beitrag, auf den ich anspringen kann. Es ziemt sich nicht, Zensuren auszuteilen, ich will nur sagen, wenn Sie das einmal zusammenrechnen, was Sie hier an Forderungen aufgestellt haben, wo wir alles was auch immer machen sollen, dann würde ich Sie dringend bitten, doch einmal über den Kreditrahmen hier zu reden. Das haben Sie noch nie gemacht. Das ist alles wie selbstverständlich. Das einzige Wort, das ich von Ihnen kenne zum Kreditrahmen, ist, wir sollten den Banken Bescheid sagen, daß wir keine Zinsen mehr bezahlen. Das ist der einzige Vorschlag gewesen, den Sie bis jetzt gemacht haben, wir sollten keine Zinsen mehr bezahlen. Ich rate Ihnen dringend, bei dem Warenhauskatalog von Forderungen, den Sie hier eben aufgestellt haben, die Kreditseite unseres Haushalts anzusehen.

Ich sage Ihnen mit der notwendigen Zurückhaltung, Herr Klein und Herr Fücks, wir machen das weder so herum noch andersherum, wir benehmen uns

(C) da wie Diplompragmatiker. Wenn wir die Investitionssumme und die Nettokreditaufnahme auch nur annähernd wieder beieinander haben — und das werden wir gegen das Jahr 1990 haben —, dann ist in diesem Haushalt einiges passiert, dann wird das hier auch aufhören, daß Sie uns hier dauernd von der einen und von der anderen Seite anmachen können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Senator Grobecker, die Sache ist so ernst, daß ich versuchen möchte, ganz gemessen und sachlich zu erwidern, also Ihrer Erregung nicht zu entsprechen.

Sie fragten, was ich unter Euphorie verstehe, Herr Senator Grobecker, im Zusammenhang mit den Verlautbarungen des Senats über die Haushaltslage. Ich halte es für eine unberechtigte Euphorie, wenn zum Beispiel am 2. September in den „Bremer Nachrichten“ Herr Bürgermeister Wedemeier wie folgt zitiert wird: „Mitte des nächsten Jahrzehnts soll Bremens Verschuldung auf dem durchschnittlichen Stand aller Bundesländer angekommen sein.“ Das ist objektiv die Unwahrheit! Sie haben keinen Plan und auch nicht den Schimmer einer Wahrscheinlichkeit dafür anzuführen, daß Sie bis 1995 Schuldenabbau betreiben können bei einer Schuldenhöhe von zur Zeit zwölf Milliarden DM! Das ist die Unwahrheit, hier wird die Bevölkerung betrogen!

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Das halte ich für Euphorie. Wenn Sie einen Grund haben, mir zu widersprechen, nennen Sie mir ein Faktum, das Sie in den Stand versetzt, bis 1995 eine müde Mark Schuldenabbau zu betreiben! Alle Ihre Planungen Ihrer wertvollen Arbeitsgruppen sagen das Gegenteil.

Sie haben weiter gefragt, was ich unter Euphorie verstehe. Ich darf ein Zitat von Ihnen aus der jüngsten Vergangenheit nehmen, Sie haben gesagt, wörtlich hier im „Weser-Kurier“ vom 29. August: „Ich will den Optimismus nicht zu weit treiben, aber wenn wir so weitermachen, sind wir 1990 mit dem Schlimmsten durch.“ 1990! Und nach Ihren eigenen Planungen wird bei der günstigsten Planung ab 1990 die Bruttoinvestitionsrate auf zehn Prozent festgeschrieben bis 1995, und da erdreisten Sie sich zu der öffentlichen Aussage, dann wären wir schon 1990 mit dem Schlimmsten durch! Dann fängt es erst richtig an mit dem Schlimmsten, denn diese Investitionsrate ist ja dann wirklich unerträglich niedrig.

Wir liegen zur Zeit im Bundesdurchschnitt brutto bei 16,8 Prozent — vergessen Sie bitte Bayern, die sind wesentlich höher! —, 16,8 Prozent im Bundesdurchschnitt, und Sie wollen uns weismachen, bei

(D)

(A) der günstigsten Finanzplanung, die Sie auflegen bei 800 Millionen DM Einsparung dann im Jahr, daß wir uns hier zufriedengeben mit jährlich zehn Prozent brutto von 1990 bis 1995, die Ihre eigenen Fachleute in der globalen Planung als unvertretbar niedrig bezeichnet haben? Ich halte es für unangemessen, der Bevölkerung hier in dieser Weise eine Unwahrheit mitzuteilen und zu sagen, man sei schon 1990 mit dem Größten durch, das Gegenteil ist der Fall! Dann geht der Abstieg weiter, wenn hier die Politik nicht grundlegend geändert wird!

(Beifall bei der CDU)

Entschuldigen Sie das Engagement!

(Lachen bei der SPD)

Aber das ist wirklich wichtig, Herr Kollege Kunick, Sie waren, ich glaube, zu Anfang nicht zugegen, es ist wichtig, hier die Realitäten zu vermitteln. Wie wollen Sie denn überhaupt zu einer Besserung kommen, wenn Sie sich selbst in die Tasche lügen und ausgerechnet zu Beginn eines Wahljahres so tun, als seien wir plötzlich mit einigen hundert Millionen DM Mehreinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich aus dem Schneider? Sie haben Ihre Schularbeiten zu machen, nachdem Sie seit 1976 durch Ihre Politik zugelassen haben, daß wir soweit in Bremen mit dem Wirtschaftswachstum abgesackt sind. Versuchen Sie, Ihre Politik zu ändern, und helfen Sie mit, daß dieser Mißstand endlich mittel- oder langfristig beendet und beseitigt wird! — Ich darf mich bedanken!

(B)

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich glaube, auch wenn wir engagiert debattieren, den Bürger will niemand betrügen.

Das Wort hat Herr Senator Grobecker.

**Senator für Finanzen Grobecker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kenne Herrn Klein in mehreren Varianten. Daß er auch so ein Ignorant ist, wie er das hier eben bewiesen hat, so kenne ich ihn noch nicht!

(Abg. K u n i c k [SPD]: Wenn er das will, kann er das auch!)

Ich stelle deshalb in drei Sätzen fest: Erstens: Der Präsident des Senats hat gesagt, daß wir in der Mitte der neunziger Jahre etwa das gleiche Niveau erreichen werden bei der Neuverschuldung, wie das andere Länder auch haben.

Zweitens: Ich habe gesagt — ich habe gesagt —, wir sind, wenn wir so weitermachen, 1990 mit dem Schlimmsten durch, und habe eben in dieser Debatte erklärt, was ich darunter verstehe, nämlich wenn die Investitionssumme wieder in die Nachbarschaft der Nettokreditaufnahme kommt, oder umgekehrt, wenn die Nettokreditaufnahme nicht wesentlich höher mehr ist als die Investitionssumme, dann sind wir

mit dem Schlimmsten durch, und das werden wir gegen 1990 sein. Diese Feststellung habe ich hier eben gemacht, ein Ignorant, wer sie nicht hört!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, daß wir wie ordentliche Diplompragmatiker an diesen Haushalt und die weitere Entwicklung herangehen. Das bedeutet eben auch, wenn Sie das doch bitte zur Kenntnis nehmen, daß wir eben nicht mehr Schätzungen übernehmen, von denen wir in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht haben, daß sie jeweils zu optimistisch sind, sondern daß wir unsere Fortschreibung eher pessimistisch machen, damit wir vom Guten überrascht werden. Das habe ich vorhin dargelegt.

Herr Klein hat jetzt wieder die niedrigen Investitionsquoten genannt von zehn Prozent. Ich habe versucht zu erklären und mich dafür entschuldigt, warum der Investitionsplan denn im April verabschiedet und hier jetzt behandelt wird. Ich habe Ihnen in der Eröffnungsvorlage im Haushaltsausschuß gesagt, wie sich nach unserer gegenwärtigen Einschätzung die Investitionsquote entwickelt, nämlich positiver, als sie noch im Investitionsplan beschrieben worden ist. Ein Ignorant, wer es nicht hören will!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(D)

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Mitteilungen des Senats, Drucksachen 11/647 und 11/689, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir haben es jetzt 17.35 Uhr. Der nächste Punkt, der jetzt an der Reihe wäre, wäre das Thema „Olunfall in Bremerhaven“, Antrag (Entschließung) der Gruppe der REP. Das dauert sicher 45 Minuten oder mehr.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Soviel Öl war das nicht!)

Oder könnten wir das bis 18 Uhr abhandeln?

(Abg. B i s c h o f f [GRÜNE]: Nein!)

Der Antragsteller?

(Zuruf des Abg. O e i n g [REP])

Meine Damen und Herren, dann schlage ich Ihnen vor, daß wir die Punkte aufrufen, bei denen keine Debatte vorgesehen ist. Meine Damen und Herren, dann müssen wir gemäß Paragraph 18 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung die Tagesordnung umstellen: „Die Bürgerschaft kann die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ändern.“ Die Änderung würde jetzt so aussehen, daß wir in Abweichung von der Tages-

- (A) ordnung die Punkte zwölf, 22, 24, 26 und 27 nacheinander aufrufen.

Wer damit einverstanden ist, daß wir die Tagesordnung in dieser Weise umstellen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?  
Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr**

Mitteilung des Senats vom 22. Juli 1986  
(Drucksache 11/678)  
1. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr — BremAG-UnBefG — in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49 vom 27. Juni 1986**  
(Drucksache 11/670)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 50 vom 18. August 1986**  
(Drucksache 11/688)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und REP)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

- (C) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

**Stellungnahme des Senats zum 8. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz**

Mitteilung des Senats vom 22. Juli 1986  
(Drucksache 11/679)

Meine Damen und Herren, interfraktionell ist Einigung darüber erzielt worden, den Bericht ohne Aussprache zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuß zu überweisen.

Die Beratung über die Überweisung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den beiden Wahlen unter den Tagesordnungspunkten 26 und 27.

Die Nachwahlen sind erforderlich geworden durch das Ausscheiden von Herrn Uwe Voigt aus der Bürgerschaft.

Die Wahlvorschläge sind in einem hektographierten Umdruck an die Abgeordneten verteilt worden.

Da jeweils nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahlen gemäß Paragraph 58 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe die beiden Wahlen nacheinander auf:

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung (Aufnahme des Umweltschutzes)**

Die vorschlagsberechtigte Fraktion der GRÜNEN benennt den Abgeordneten Uwe Helmke als Stellvertreter der Abgeordneten Christa Bernbacher.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(D)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Rundfunkwesen“**

Auf Vorschlag der Fraktion der GRÜNEN soll der Abgeordnete Martin Thomas zum Stellvertreter des Abgeordneten Ralf Fücks gewählt werden.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende dessen, was wir heute abhandeln können, wenn wir den Schlußtermin einhalten wollen. Wir kommen morgen um 9.45 Uhr wieder zusammen, und zwar beginnen wir mit der Aktuellen Stunde, dann folgt die Beratung über das Wahlkampfkostengesetz, und dann fahren wir in der Tagesordnung fort.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und wünsche allen einen guten Heimweg. Morgen um 9.45 Uhr sehen wir uns alle wieder.

(Schluß der Sitzung 17.41 Uhr)

(B)

(D)